

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

29. Sitzung

Hannover, den 26. Oktober 2018

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 30:	Stephan Bothe (AfD)25	55
	Ulf Prange (SPD)25	553
Mitteilungen der Präsidentin2531	Christian Calderone (CDU)25	554
Feststellung der Beschlussfähigkeit2531		
ů ů	Tagesordnungspunkt 32:	
Tagesordnungspunkt 31:		
	Erste Beratung:	
Fragestunde2531	Spitzenforschung in Niedersachsen stärker	1
	Universitäten bei der Exzellenzstrategie unt	
a) Welche Bedeutung hat das erfolgreiche Ab-	stützen! - Antrag der Fraktion der SPD und	
schneiden niedersächsischer Universitäten in der	Fraktion der CDU - Drs. 18/185225	
Exzellenzstrategie? - Anfrage der Fraktion der CDU	Dr. Silke Lesemann (SPD)25	556
- Drs. 18/18382531	Christoph Plett (CDU)25	
Jörg Hillmer (CDU)2531, 2538	Susanne Victoria Schütz (FDP)25	
Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und	Eva Viehoff (GRÜNE)25	
Kultur2532 bis 2537	Harm Rykena (AfD)25	
Hanna Naber (SPD)2534	Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und	
Susanne Victoria Schütz (FDP)	Kultur25	56
2534, 2537, 2540	Ausschussüberweisung25	562
Thomas Ehbrecht (CDU)2535		
Harm Rykena (AfD)2535, 2537, 2539	Tagesordnungspunkt 33:	
Eva Viehoff (GRÜNE)2535, 2537, 2541		
Annette Schütze (SPD)2536	Erste Beratung:	
Oliver Schatta (CDU)2536	Fortführung Landesprogramm - Radschn	ell
Alptekin Kirci (SPD)2540	wegenetz für Niedersachsen! - Antrag der Frakt	
. ,	Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/183325	
b) Strafrechtliche Aufarbeitung der Fälle sexuel-	Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE)	
len Missbrauchs in der katholischen Kirche -	2562, 2565, 25	566
Anfrage der Fraktion der FDP - Drs. 18/18542542	Sabine Tippelt (SPD)2563, 25	
Dr. Stefan Birkner (FDP)	Karsten Heineking (CDU) 2565, 25	
2542, 2546, 2547, 2549	Stefan Henze (AfD)25	
Barbara Havliza, Justizministerin 2543 bis 2549	Jörg Bode (FDP)25	
Marcel Scharrelmann (CDU)2545	Ausschussüberweisung25	
Sebastian Zinke (SPD)2547, 2548		
Dr. Esther Niewerth-Baumann (CDII) 25/17		

Helge Limburg (GRÜNE)......2548, 2549, 2552

Tagesordnungspunkt 34: Erste Beratung: Arbeitsplätze in der Windenergiebranche sichern - gesetzliche Rahmenbedingungen verbessern -Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1849......2569 Volker Senftleben (SPD)......2569 **Axel Miesner** (CDU)......2570 Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)2571 Horst Kortlang (FDP)......2572 **Stefan Wirtz** (AfD)......2573 Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz2574 Ausschussüberweisung......2575 Tagesordnungspunkt 35: Erste Beratung: Linksextremismus als Gefahr für die Demokratie wahrnehmen und wirksam bekämpfen! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1855......2575 **Stephan Bothe** (AfD)2575, 2578 Thomas Adasch (CDU)......2578, 2585, 2586 **Deniz Kurku** (SPD)2578, 2580 Julia Willie Hamburg (GRÜNE) Stefan Henze (AfD)......2580, 2583 Harm Rykena (AfD)......2581 Jan-Christoph Oetjen (FDP).....2584 Ausschussüberweisung......2588 Persönliche Bemerkung: **Deniz Kurku** (SPD)2586

Nächste Sitzung2588

Vom Präsidium:

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta (SPD)

Vizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch (SPD)

Schriftführerin Hanna N a b e r (SPD)
Schriftführerin Sabine T i p p e l t (SPD)
Schriftführer Rainer F r e d e r m a n n (CDU)
Schriftführerin Gerda H ö v e l (CDU)

Schriftführerin Gudrun Pieper (CDU)
Schriftführer Heiner Sich ön eick ei (CDU)

Schriftführer Belit O n a y (GRÜNE)
Schriftführerin Hillgriet E i I e r s (FDP)
Schriftführer Christopher E m d e n (AfD)
Schriftführer Stefan H e n z e (AfD)

Auf der Regierungsbank:

Minister für Inneres und Sport Staatssekretär Stephan Manke, Boris Pistorius (SPD) Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister Staatssekretärin Doris Nordmann,

Reinhold H i I b e r s (CDU) Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Staatssekretär Heiger S c h o l z ,

Dr. Carola R e i m a n n (SPD) Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Kultusminister Staatssekretärin Gaby Willamowius, Grant Hendrik Tonne (SPD) Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisie- Staatssekretär Dr. Berend L i n d n e r ,

ung Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitali-

Dr. Bernd Althusmann (CDU) sierung

Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Staatssekretär Rainer Beckedorf, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau-

Barbara Otte-Kinast (CDU) cherschutz

Justizministerin Staatssekretär Dr. Stefan von der Beck, Barbara Havliza (CDU) Justizministerium

Minister für Wissenschaft und Kultur

Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz Olaf Lies (SPD)

Björn Thümler (CDU)

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Staatssekretärin Jutta Kremer,

und Regionale Entwicklung

Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten
Birgit Honé (SPD)

und Regionale Entwicklung

Beginn der Sitzung: 9.02 Uhr.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Guten Morgen! Ich eröffne die 29. Sitzung im 11. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 18. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 30: Mitteilungen der Präsidentin

Ich darf die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Auch heute haben wir ein Geburtstagskind in unseren Reihen, und zwar ist es der Abgeordnete Dirk Adomat. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege!

(Beifall)

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 31; das ist die Fragestunde. Anschließend setzen wir die Beratungen bis einschließlich Tagesordnungspunkt 35 in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Den Tagesordnungspunkt 36 haben wir bereits gestern behandelt. Die heutige Sitzung soll demnach gegen 13.50 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr der Schriftführer Herr Onay mit. Bitte!

Schriftführer Belit Onay:

Es haben sich entschuldigt: von der Landesregierung Ministerpräsident Stephan Weil, von der SPD-Fraktion Markus Brinkmann und Matthias Möhle, von der Fraktion der CDU Sebastian Lechner, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Imke Byl, von der Fraktion der FDP Björn Försterling und von der Fraktion der AfD Herr Lilienthal.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Onay. - Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 31:

Fragestunde

Die für die Fragestunde geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich als bekannt voraus.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich darum, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten.

Wir beginnen mit der Frage der Fraktion der CDU zum Thema

a) Welche Bedeutung hat das erfolgreiche Abschneiden niedersächsischer Universitäten in der Exzellenzstrategie? - Anfrage der Fraktion der CDU - Drs. 18/1838

Sie wird vorgetragen von dem Kollegen Jörg Hillmer. Bitte!

(Unruhe)

- Ich darf um etwas Ruhe bitten. - Einen kleinen Moment noch, Herr Kollege! - Vielen Dank. - Bitte!

Jörg Hillmer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich trage Ihnen die Frage der CDU-Fraktion zur Fragestunde vor:

Welche Bedeutung hat das erfolgreiche Abschneiden niedersächsischer Universitäten in der Exzellenzstrategie?

Am 27. September 2018 wurden im Rahmen der Exzellenzstrategie bundesweit 57 Clusteranträge ausgewählt, die zum 1. Januar 2019 von Bund und Ländern gefördert werden. Ausgewählt wurden Bewerbungen der TU Braunschweig, der Universität Hannover, der MHH, der Universität Göttingen und der Universität Oldenburg. Da der Verbund von Universität Hannover und MHH sowie die TU Braunschweig jeweils mehrfach berücksichtigt wurden, können sie sich ab November 2018 für die zweite Förderlinie "Exzellenzuniversität" bewerben.

- 1. Welche Zwischenschritte sind bis zu einer erfolgreichen Teilnahme der niedersächsischen Bewerber in der Förderlinie "Exzellenzuniversität" zu meistern, um auch in dieser Phase erfolgreich abzuschneiden?
- 2. Welche Rolle spielt im Zusammenhang mit der Exzellenzstrategie der Wissens- und Technologietransfer, damit aus niedersächsischer Forschung innovative Produkte made in Niedersachsen entstehen?

3. Welche Auswirkungen haben die Erfolge in der Exzellenzstrategie auf die forschungspolitischen Weichenstellungen in Niedersachsen?

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Hillmer. - Für die Landesregierung antwortet Herr Wissenschaftsminister Thümler. Bitte!

(Unruhe)

- Herr Kollege Pantazis, vielleicht möchten Sie Ihren Austausch mit Ihrem Kollegen Herrn Bosse draußen fortführen? - Vielen Dank.

Bitte. Herr Minister!

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der 27. September 2018 wird uns als höchst erfolgreicher Tag für die Forschungslandschaft in Niedersachsen in Erinnerung bleiben.

Sechs erfolgreiche Exzellenzcluster werden ab dem 1. Januar 2019 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft in der Exzellenzstrategie zur Förderung der Spitzenforschung an Universitäten für sieben Jahre eine Förderung mit Bundes- und Landesmitteln erhalten.

Dieser erfolgreiche Tag ist möglich geworden, weil an den antragstellenden Einrichtungen mit Unterstützung des Landes intensive und lange Vorarbeiten geleistet wurden. Die Schlüssel zum Erfolg waren präzise Vorbereitungen, gelungene Präsentationen, überzeugende Antworten auf die Fragen der Gutachter.

Am 27. September 2018 hat das Expertengremium sechs von zehn niedersächsischen Clusteranträgen zur Förderung ausgewählt. Vertreter der erfolgreichen Exzellenzcluster, die ab dem 1. Januar 2019 gefördert werden, sind heute hier im Plenum zu Gast. Gestatten Sie mir, die Clustersprecher oder deren Vertreter zu begrüßen und ihnen in diesem Rahmen meine Glückwünsche auszusprechen. Sie alle sitzen - von mir aus gesehen - rechts in der Loge und auf der Tribüne.

(Beifall)

Das von der Leibniz Universität Hannover und der Technischen Universität Braunschweig beantragte Exzellenzcluster "Quantum Frontiers - Licht und Materie an der Quantengrenze: Grundlagen und Anwendungen in der Metrologie" wird in einem interdisziplinären Netzwerk physikalische Konzepte für die Messtechnik von morgen entwickeln. Geleitet wird das Cluster von den Professoren Karsten Danzmann, Andreas Waag und Piet O. Schmidt. Prof. Danzmann kann hier heute leider nicht anwesend sein. Deswegen begrüße ich stellvertretend den Präsidenten der Universität Hannover, Herrn Prof. Epping.

(Beifall)

Mit einem zweiten Physikcluster kann die Leibniz Universität Hannover mit "PhoenixD - Simulation, Fabrikation und Anwendung optischer Systeme" an den Start gehen. PhoenixD ist das Projekt einer breit angelegten Initiative, die Design und Herstellung von Präzisionsoptik neu definieren will. Sprecher von PhoenixD sind die Professoren Morgner, Overmeyer und Kowalsky. Herr Prof. Morgner ist ebenfalls anwesend. Hallo, Herr Prof. Morgner!

(Beifall)

- Sie dürfen ruhig aufstehen, damit man Sie auch sehen kann.

Gemeinsam haben sich die Universität Göttingen und die Universitätsmedizin Göttingen vorgenommen, im Cluster "Multiscale Bioimaging: Von molekularen Maschinen zu Netzwerken erregbarer Zellen" Fortschritte bei Erkrankungen von Herz und Gehirn zu erzielen. Geleitet wird das Cluster von den Professoren Moser und Cramer sowie von der Professorin Steinem. Das Exzellenzcluster ist heute vertreten durch Herrn Dr. Kobe.

(Beifall)

Die Medizinische Hochschule Hannover hat mit "RESIST - Abwehrschwächen gegenüber Infektionen und ihre Kontrolle" erstmalig eine Exzellenzförderung für ein Cluster der niedersächsischen Infektionsforschung eingeworben. Hier wird der Frage nachgegangen, weshalb manche Menschen besonders anfällig für Infektionen sind. Sprecher des Clusters ist Prof. Thomas Schulz. Er wird heute durch Herrn Prof. Baum und Herrn Prof. Manns vertreten. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Cluster "Hearing4all - Forschung zur individuellen Behandlung von Hörstörungen" im Verbund der Universität Oldenburg, der MHH und der Leibniz Universität wird seine erfolgreiche Arbeit in einer weiteren Förderperiode fortsetzen können. Das Cluster bietet Spitzenforschung mit hohem Anwendungsbezug rund um das Thema Hören.

Prof. Kollmeier und Prof. Lenarz werden weiterhin die koordinierende Leitung übernehmen. Prof. Kollmeier ist aufgrund der Begutachtung der European Medical School heute in Groningen und deswegen nicht hier. Insofern kann ich stellvertretend noch einmal Herrn Prof. Baum, Herrn Prof. Manns und Herrn Prof. Epping herzlich willkommen heißen.

(Beifall)

Das Cluster der Technischen Universität Braunschweig "SE²A - Nachhaltige und energieeffiziente Luftfahrtsysteme" bestätigt unsere Standortstärke in diesem Bereich. Es hat zum Ziel, wissenschaftliche Grundlagen und Technologien für einen nachhaltigen und energieeffizienten Luftverkehr zu schaffen. Geleitet wird das Cluster durch die Professoren Friedrichs, Radespiel und Wallaschek. In Vertretung des Clustersprechers ist heute Herr Prof. Seume anwesend. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Alle zuvor genannten Exzellenzcluster haben neben den Universitäten zahlreiche Partner aus außeruniversitären Forschungseinrichtungen in ihre Vorhaben eingebunden. Nach vorläufiger Berechnung des MWK werden aufgrund der bewilligten Vollanträge ca. 235 Millionen Euro, über sieben Jahre verteilt, nach Niedersachsen fließen.

Zu Frage 1: Für die zweite Förderlinie der Exzellenzstrategie stellen Bund und Länder für die Förderung von Exzellenzuniversitäten jährlich rund 148 Millionen Euro zur Verfügung. Exzellenzuniversitäten können jährlich 10 bis 15 Millionen Euro beantragen, Universitätsverbünde 15 bis 28 Millionen Euro.

Insgesamt gibt es 19 antragsberechtigte Hochschulen bzw. Forschungsverbünde, die einen Antrag auf Exzellenzuniversität stellen können, zwei davon kommen aus Niedersachsen. Ein großer Erfolg!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Zurzeit werden die entsprechenden Anträge intensiv von den Hochschulen vorbereitet, und das ist wahrlich eine schwierige Herausforderung, weil es sehr viele Punkte zu bedenken gibt.

Im Einzelnen: Die Exzellenzstrategie legt fest, dass alle für die Gesamtstrategie einer Universität relevanten Maßnahmen gefördert werden sollen, die ihre international herausragenden Bereiche im Wettbewerb der weltbesten Universitäten stärken können. Exzellenzuniversitäten sollen dauerhaft und institutionell gefördert werden. Dafür muss ein strategisches Gesamtkonzept mit Finanzplan erarbeitet werden. Die Überzeugungskraft dieser Konzepte ist ein wesentliches Kriterium bei der Auswahl der elf Exzellenzuniversitäten. Das MWK wird diesen Prozess begleiten. Außerdem muss plausibel dargelegt werden, dass die Universitäten internationales Potenzial und dauerhafte Innovationskraft vorweisen können.

Bis zum 10. Dezember 2018 müssen die Exzellenzuniversitätsanträge beim Wissenschaftsrat eingegangen sein. Von Februar bis Mai 2019 finden Vor-Ort-Begehungen bei den antragstellenden Universitäten dazu statt. Hierzu liegt bereits eine detaillierte Ablaufplanung des Wissenschaftsrates vor. Vertreterinnen und Vertreter des Landes sind zu allen Tagesordnungspunkten als Gast eingeladen.

Der Verbundantrag der Leibniz Universität und der MHH wird im März 2019 begutachtet. Der Ortstermin für die TU Braunschweig ist im Mai 2019 vorgesehen.

Am 19. Juli 2019 wird über die zukünftigen Exzellenzuniversitäten entschieden. Verantwortlich dafür ist die Exzellenzkommission. Sie setzt sich aus einem wissenschaftlichen Expertengremium und den Vertretern von Bund und Ländern zusammen. Die Förderung von Exzellenzuniversitäten beginnt zum 1. November 2019.

Zu Frage 2: Unter der Prämisse der Förderung von Spitzenforschung können Vorhaben gefördert werden, die für die Umsetzung der Gesamtstrategie relevant sind. Daher können auch Vorhaben beantragt werden, die sich auf die Lehre, den Transfer und die Forschungsinfrastrukturen beziehen. Voraussetzung ist, dass sie an der Spitzenforschung ausgerichtet sind und innerhalb der universitären Gesamtstrategie eine Funktion haben.

Grundsätzlich ist die Exzellenzstrategie forschungs- und nicht direkt anwendungsorientiert. Die Förderung von Grundlagenforschung schließt eine anschließende Verwertung jedoch in keiner Weise aus, sodass für die Weiterentwicklung Transferoptionen ausgelotet werden können. Solche Effekte zu erkennen und gezielt zu fördern, ist eine Herausforderung sowohl für die strategische Ausrichtung der geförderten Cluster und Universitäten als auch für die gesamte Forschungspolitik. Die Landesregierung sieht hier einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten im Bereich der Forschungsförderung.

Zu Frage 3: Durch die Entscheidung für sechs niedersächsische Cluster wird eine Reihe von Forschungsfeldern weiter gestärkt, bei denen Niedersachsen schon jetzt führend ist. Dazu gehören Photonik, nachhaltige Luftfahrt, Infektionsforschung, Hörforschung, Quantentechnologie und Bildgebung in den Lebenswissenschaften. Anknüpfungspunkte für Wissens- und Technologietransfer können im Rahmen von Transferausschreibungen aufgegriffen werden.

Zum Schluss, meine Damen und Herren: Allen, die sich an der Vorbereitung und Durchführung hinsichtlich der Begutachtung von Clustern beteiligt waren, herzlichen Glückwunsch! Ich weiß, dass einige auf der berühmten Strecke geblieben sind. Auch die haben einen ganz hervorragenden Job gemacht. Das sage ich ausdrücklich auch in Richtung Göttingen: Die Cluster waren nicht schlecht, sie haben in diesem Wettbewerb nur nicht die notwendige Punktzahl erreichen können. Gleichwohl bleibt die Universität in Göttingen eine exzellente Universität, die aus der deutschen Forschungslandschaft nicht wegzudenken ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Thümler. - Ich darf Ihnen mitteilen, dass Ihnen für die Beantwortung der möglichen zehn Zusatzfragen und die anschließende Aussprache noch sechs Minuten zur Verfügung stehen.

Die erste Zusatzfrage stellt nun für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Hanna Naber. Bitte!

Hanna Naber (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Minister Thümler, die Hörforschung in Oldenburg möchte Fraunhofer-Institut werden. Inwieweit ist der Erfolg des Exzellenzclusters "Hearing4all" geeignet, einen Beitrag zu einer entsprechenden Umsetzung zu leisten?

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bitte, Herr Minister Thümler!

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Liebe Frau Kollegin Naber, der Erfolg eines Exzellenzclusters und die Einrichtung eines Fraunhofer-

Instituts sind zunächst einmal zwei verschiedene Dinge. Gleichwohl ist der Erfolg der Universität Oldenburg als Hebel für Forschungsförderung geeignet, um die Chancen auf eine entsprechende Umsetzung zu steigern. Das heißt, das Land strebt an, die Fraunhofer-Projektgruppe Hör-, Sprachund Audiotechnologie als eigenes Fraunhofer-Institut - losgelöst vom Fraunhofer-Institut für Digitale Medientechnologie in Ilmenau - zu etablieren. Wie schnell das gelingt, hat auch mit den Gesprächen und Verhandlungen mit der Fraunhofer-Gesellschaft zu tun.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Thümler. - Die erste Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt nun Frau Kollegin Schütz.

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Herr Minister, ich stelle die Frage: Welche Ideen hat das Land - über die Unterstützung der Exzellenzinitiative des Bundes hinausgehend - zur Förderung von Exzellenzen in Niedersachsen?

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bitte, Herr Minister Thümler!

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Kollegin Schütz, wir beteiligen uns ja an der Finanzierung der Exzellenzcluster. Das ist eine Bund-Länder-Förderung, an wir erheblich beteiligt sind. 25 % der Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, sind Landesmittel.

Darüber hinaus sind wir dabei, Konzepte zu entwickeln, um die wissenschaftliche Schwerpunktsetzung in unserer Forschungslandschaft so zu bündeln, dass sie erstens wahrnehmbarer wird und wir zweitens daraus mehr wirtschaftliche Erfolge erzielen können.

Beispielsweise sind wir beim Thema Wasserstofftechnologie relativ gut aufgestellt. Das ist aber auf viele kleinere Bereiche verteilt. Hier wollen wir stärker bündeln, um diese Exzellenzen, wenn man sie so bezeichnen möchte, entsprechend weiterzuentwickeln. Dieser Prozess erfolgt aber nicht von heute auf morgen, sondern er wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Denn man muss zum einen alle mitnehmen und zum anderen wissen, was am Ende dabei herauskommen soll.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die erste Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt Herr Kollege Ehbrecht. Bitte!

Thomas Ehbrecht (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister Thümler, in der vorhergehenden Exzellenzrunde konnte die Universität Göttingen als einzige Universität aus dem Norden punkten. Wie wollen Sie vorgehen, damit der südniedersächsische Raum und die Universität Göttingen diesen Standard weiterhin halten?

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Herr Minister Thümler!

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Lieber Herr Kollege Ehbrecht, ich mache mir, ehrlich gesagt, um den Standort Göttingen keine Sorgen; denn der Standort Göttingen wurde nach Auskunft der Wissenschaftskommission, die die Begutachtung der Cluster vorgenommen hat, unisono als exzellent anerkannt. Nur die Cluster, die eingereicht worden sind, haben diesen Qualitätskriterien teilweise nicht standgehalten.

Das sagt aber nichts darüber aus, dass es an der Universität Göttingen nicht Forschungsfelder gibt ich nenne beispielsweise die Physik -, die exzellent sind und die schon in der Vergangenheit erfolgreich gewesen sind, ob bei Sonderforschungsprojekten, ob bei Zuwendungen aus Bundesministerien. Die Drittmittelstärke der Universität Göttingen ist über alle Maßen groß, d. h. größer als in anderen Universitäten in Niedersachsen. Deswegen mache ich mir um den Standort Göttingen zunächst einmal keine Sorgen.

Was ich bedauere, ist, dass man jetzt eine Diskussion lostritt, die dazu führt, dass man versucht, den Standort kleiner zu reden, als er ist. Ich glaube, das hat Göttingen nicht nötig. Göttingen kann selbstbewusst sein, auch wenn in der Exzellenzfrage nicht die gewünschten Cluster anerkannt worden sind, so wie man sich das vorgestellt hat.

Das kann man aber aufarbeiten. Ich glaube, man sollte insgesamt nicht infrage stellen, dass Göttingen ein herausragender Standort mit Exzellenz ist.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die erste Zusatzfrage für die AfD-Fraktion stellt der Abgeordnete Herr Rykena.

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Minister Thümler, haben Sie Zahlen vorliegen, wie viele Stunden Arbeit in einen erfolgreichen Antrag investiert werden mussten?

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Herr Minister Thümler!

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Lieber Herr Kollege Rykena, meine Mitarbeiter zeigten gerade so.

(Der Minister hebt zwei Finger)

Ich hatte das zuerst als zwei Stunden verstanden.

(Heiterkeit)

Zwei Jahre.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Thümler. - Die zweite und damit letzte Zusatzfrage für die FDP-Station - - -

(Jörg Bode [FDP]: Station? - Heiterkeit bei der FDP)

Jetzt hat das Wort zur ersten Zusatzfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Viehoff.

Eva Viehoff (GRÜNE):

Vor dem Hintergrund der gerade vorgestellten jeweiligen Leitungen der Exzellenzcluster frage ich den Minister: Welche Anstrengungen in der Exzellenzstrategie in Niedersachsen werden für die weitere Förderung von Frauen in diesen Exzellenzclustern unternommen?

(Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Exzellenz scheint männlich zu sein.

(Dana Guth [AfD]: Was für eine Frage!)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Herr Minister Thümler antwortet. Bitte!

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Liebe Frau Kollegin Viehoff, ich kann Sie beruhigen. Ich bin bei der Begutachtung von Clustern dabei gewesen. Die Themen Frauenförderung, Beteiligung und alle verwandten Themen waren immer zentrale Themen, nach denen die Gutachter gefragt haben. Alle Exzellenzcluster müssen, um erfolgreich zu sein, genau das erfüllen. Das heißt, die Frauen werden in der Forschung nicht hintangestellt. Sie sind vielmehr integraler Bestandteil der Clusteranträge und werden auch einem System entsprechend in die Cluster eingebunden werden.

Wenn der Eindruck entstanden sein sollte, dass die Clustersprecher männlich sind: Das ist überwiegend richtig. Allerdings sind dahinter sehr starke Frauen gewesen. Sie wissen ja: Ein Mann ist ohne eine starke Frau im Rücken nichts.

(Zustimmung bei der CDU - Eva Viehoff [GRÜNE]: Oh nein! Bitte nicht, Herr Thümler! - Heiterkeit)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir fahren fort. Für die SPD-Fraktion stellt die zweite Zusatzfrage Frau Kollegin Schütze.

Annette Schütze (SPD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Brauschweigerin freue ich mich natürlich besonders, dass die TU Braunschweig nicht nur die Exzellenzcluster-Förderung erhalten hat, sondern sich auch als Exzellenzuni bewirbt. Herr Thümler hat vorhin schon ausgeführt, dass ein hoher Aufwand damit verbunden ist, diesen Antrag zu stellen. Ein noch höherer Aufwand entsteht aber, um diese Exzellenz auch auszufüllen. Deswegen frage ich in diesem Zusammenhang den Minister, ob die Landesregierung eine höhere Grundförderung für die Exzellenzunis plant, damit dieser Erfolg dauerhaft sein kann.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Herr Minister Thümler!

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Liebe Frau Kollegin Schütze, nein, das planen wir nicht, weil die Mittel zunächst aus der Exzellenzstrategie heraus zur Verfügung gestellt werden. Danach müssen wir schauen, wie das entsprechend weitergehen wird. Es ist auch noch nicht entschieden, ob und in welcher Form die Exzellenzstrategie fortgesetzt wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die zweite Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt Herr Kollege Schatta. Bitte!

Oliver Schatta (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin! Lieber Herr Minister, die Region Braunschweig verfügt europaweit über die größte Forschungsdichte in den Bereichen Automobil, Luftfahrt und Leichtbau. Mit welchen Maßnahmen wird die Landesregierung die Bereiche unterstützen, die die Cluster zur Messtechnik und zur umweltgerechten Luftfahrt in der Exzellenzstrategie vertreten?

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Herr Minister Thümler!

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Lieber Herr Kollege Schatta, die Region Braunschweig - das haben Sie gerade gesagt - verfügt über die höchste Forschungsdichte in Europa. Das hat sich gerade wieder bestätigt. Mit 9,5 % ist diese Region hinsichtlich der Forschungs- und Entwicklungsintensität in Europa führend. An zweiter und dritter Stelle folgen die Regionen Brabant-Wallon und Stuttgart - nur um das einmal einzuordnen. Das heißt, dort ist viel entstanden.

In der Region Braunschweig ist eine breite Ansammlung von außeruniversitären Instituten angesiedelt, die alle zielführend auf Themen wie Leichtbau, Luft- und Raumfahrttechnik hinauslaufen. Deswegen gibt es eine große Ansammlung von DLR-Instituten. Das Thema autonomes Fahrendas wissen Sie - wird in dieser Region modellhaft getestet. Dementsprechend sind dort mehrere Institute in den letzten Jahren gegründet worden, beispielsweise das Niedersächsische Forschungszentrum für Luftfahrt, das Niedersächsische Forschungs-

schungszentrum Fahrzeugtechnik, die Battery LabFactory Braunschweig, die Open Hybrid Lab-Factory, Fraunhofer Wolfsburg sowie die Teststrecke.

Das Thema wird über die Frage Projektzentrum für Energiespeicher und -systeme fortgesetzt. Sie wissen, dass wir anstreben, auch die Batterieforschung an diesem Standort weiter auszubauen, sodass es eine Verdichtung in diesem Forschungsbereich im Raum Braunschweig gibt. Das ist nicht nur getrieben durch einen großen Autobauer in der Region, sondern es ist auch von der Notwendigkeit getrieben, dass wir dort führend in der Forschung und Entwicklung sind. Ich glaube, alles ist gut investiertes Geld für die Region.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Thümler. - Die zweite Zusatzfrage für die AfD-Fraktion stellt Herr Kollege Rykena.

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Minister Thümler, ich möchte meine Frage von vorhin ein wenig präzisieren: Haben Sie Erkenntnisse darüber, wie hoch der Aufwand für die Erstellung eines erfolgreichen Antrages ist? Wie viele Personen waren daran beteiligt und mit wie vielen Arbeitsstunden? Das ist das, was mich interessiert.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Herr Minister Thümler!

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Lieber Herr Rykena, wenn Sie das ganz genau wissen wollen, müssen wir Ihnen das nachliefern, weil wir das nicht erhoben haben. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die zwei Jahre, die ich gerade genannt habe, tatsächlich so gemeint waren. Das, was an Ideen und Strategiesitzungen und Ähnlichem dahinter steht, ist ein wirklicher Zeitaufwand gewesen, der nicht nur die Leitung der Universitäten, sondern darüber hinaus auch die Forscherinnen und Forscher aus den einzelnen Bereichen sehr beschäftigt hat, neben dem, was sie sonst in Forschung und Lehre zu tun haben.

Wie gesagt: Wenn Sie das wollen, können wir das gerne nachliefern. Es wird aber dauern, weil wir das erst dann machen können, wenn die Exzellenzuniversitätsanträge abgegeben worden sind. Es ist nicht sinnvoll, das vorher zu machen.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion stellt die zweite Zusatzfrage Frau Kollegin Schütz.

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Vor dem Hintergrund einer optimalen Ausstattung unserer Hochschulen frage ich die Landesregierung, wann alle Hochschulen an Glasfaser angeschlossen sind und über Highspeed-Internet verfügen werden.

Danke schön.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bitte, Herr Minister Thümler!

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Liebe Frau Schütz, an den Hochschulen haben wir das meines Wissens - nach dem, was mir gerade gesagt worden ist - überall. Wir können das gerne noch mal überprüfen und Ihnen zukommen lassen.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die zweite Zusatzfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Viehoff, bitte!

Eva Viehoff (GRÜNE):

Vor dem Hintergrund, dass das Verfahren der Exzellenzstrategie im Bund und mit den Ländern überarbeitet wird, frage ich den Minister, ob er unterstützt, dass in der neuen Strategie der Lehre ein deutlich größerer Fokus und Raum geboten werden muss, weil exzellente Forschung exzellente Lehre braucht.

(Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bitte, Herr Minister Thümler!

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Liebe Frau Kollegin Viehoff, noch wird darüber nicht diskutiert. Es wird, schätze ich, zwei bis drei Jahre andauern, bis man sich im Hinblick auf das Auslaufen der jetzigen oder gerade am Start stehenden Exzellenzinitiative darüber Gedanken wird machen müssen. Ich hatte im Ausschuss schon auf Ihre Frage gesagt, dass ich mir vorstellen kann, dass auch die Lehre natürlich einen Schwerpunkt braucht, weil die Lehre sonst immer sozusagen nebenher läuft. Lehre und Forschung schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Thümler. - Weitere Zusatzfragen liegen jetzt nicht mehr vor.

Wir beginnen mit der Aussprache. Da die Landesregierung das ihr zugedachte Kontingent bereits überzogen hat, erhalten die Fraktionen zusätzlich noch mal Redezeit: fünf Minuten für jede Fraktion. Wir beginnen in der Aussprache mit der CDU-Fraktion. Herr Kollege Hillmer, bitte!

Jörg Hillmer (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Erfolg der Exzellenzinitiative in dieser Vergaberunde ist ein großer Erfolg für die niedersächsischen Hochschulen, die niedersächsischen Universitäten, namentlich die Leibniz Universität Hannover, die TU Braunschweig, die Universität Göttingen und die Universität Oldenburg. Wir gratulieren als CDU-Fraktion allen Präsidien, aber auch allen beteiligten Forschern - und bitten, das weiterzugeben - auf das Herzlichste.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Es ist aber genauso auch ein großer Erfolg für uns als Land Niedersachsen. Wir hatten drei Exzellenzcluster. Wir haben jetzt sechs Exzellenzcluster. Da gilt mein ganz herzlicher Dank dem Ministerium und auch ganz persönlich dem Minister und der Staatssekretärin, die sich in unvergleichlicher Weise in den Prozess eingebracht und dort auch persönlich Präsenz gezeigt haben und Unterstützung mit eingebracht haben. Ganz herzlichen Dank auch dafür. Das ist auch Ihr Erfolg, Herr Minister.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist auch ein Erfolg für Niedersachsen, weil aus der letzten Förderrunde durchaus ein Süd-Nord-Gefälle erkennbar war. Wenn der Bund mit erheblichen Mitteln in die Forschungsförderung hineingeht und, wie wir wissen, reichere Bundesländer im Süden unserer Republik schon erhebliche eigene Mittel investieren und der Bund dort noch eigene Mitteln oben aufsetzt, dann verstetigt und verfestigt sich das Fördergefälle Süd-Nord.

Dieser Trend ist mit dieser Exzellenzvergabe durchbrochen. Wir haben in Norddeutschland im Vergleich zu Süddeutschland eine erhebliche Stärkung. Wir können einander wieder auf Augenhöhe begegnen. Das ist auch für die nachhaltige Entwicklung der norddeutschen und insbesondere der niedersächsischen Forschungslandschaft ein ganz, ganz wichtiger Erfolg.

Es werden über 250 Millionen Euro Fördermittel vom Bund - natürlich vom Land unterstützt - bis 2025 nach Niedersachsen fließen. Das bedeutet, ergänzend zu den Anstrengungen, die wir im Landeshaushalt Jahr für Jahr unternehmen, eine wichtige Stärkung unseres Forschungsstandortes hier in Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch 3 von 19 Universitäten in dem Wettbewerb "Exzellenzuniversität", der am 19. Juli nächsten Jahres entschieden wird. 3 von 19! Am Ende werden 11 dieser 19 mit dem Status "Exzellenzuniversität" ausgestattet sein. Unser Ziel ist es, 3 von 11 durch das Ziel zu bringen, sodass wir am Ende, nämlich Mitte nächsten Jahres, sagen können: Die Leibniz Universität, die Medizinische Hochschule und die Technische Universität Braunschweig sind Exzellenzuniversitäten.

In dem Zusammenhang auch ein Wort zu Göttingen: Für uns ist und bleibt die Universität Göttingen exzellent, egal welchen Status sie jetzt hat. Sie bleibt für uns auf jeden Fall in der allerobersten Liga der deutschen Universitäten und wird auch bei der Förderung und Unterstützung unsererseits - als Landtag und als Land Niedersachsen - überhaupt keine Nachteile erfahren.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ein Wort auch zum VW-Vorab: Das VW-Vorab, das letztlich immer davon abhängt, wie erfolgreich sich VW im Markt entwickelt und wie viel Dividende VW auf unsere Aktien zahlt, ist ein ganz wertvolles Instrument, mit dem

wir auch mal Exzellenzen in der Forschung schon zu einem frühen Zeitpunkt aufgreifen und fördern können.

Man sieht auch hier wieder, dass wir mit diesem besonderen Schmankerl, das wir in Niedersachsen haben und worum uns viele andere Länder beneiden, gezielt auch auf neue Pfade setzen können. Das dürfen wir uns niemals kaputtmachen. Wir alle müssen hoffen, dass VW gute Dividenden zahlt. Wir müssen mit diesem Geld die vielen, vielen weiteren guten Forschungsansätze in Niedersachsen unterstützen, um auch in zukünftigen Wettbewerben so erfolgreich sein zu können, wie wir es in dieser Runde waren.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Hillmer. - Es folgt nun für die AfD-Fraktion Herr Kollege Rykena.

Ich darf schon mal für die dann folgenden Kolleginnen und Kollegen sagen, dass wir ein Problem mit der Redezeitanzeige haben. Lassen Sie sich davon nicht beeindrucken. Wir haben das hier oben im Blick und werden rechtzeitig darauf hinweisen, wenn sich die Redezeit dem Ende nähert. - Bitte, Herr Kollege!

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! "Welche Bedeutung hat das erfolgreiche Abschneiden niedersächsischer Universitäten in der Exzellenzstrategie?" - So lautet die Eingangsfrage der CDU zu diesem Tagesordnungspunkt.

Erfolgreich war die Bewerbungsrunde für Niedersachsen. Das stimmt. Dabei sollten wir allerdings die Kirche im Dorf lassen. Ja, es gab sechs Zuschläge für Exzellenzcluster in Niedersachsen. Ja, es gibt Bundesländer, die haben keinen einzigen Zuschlag erhalten. Aber es gibt auch Bundesländer, die, bezogen auf die Einwohnerzahl, erheblich besser abgeschnitten haben als Niedersachsen, etwa Baden-Württemberg oder Berlin. Insgesamt muss man also festhalten: Niedersachsen hat ordentlich abgeschnitten, aber wie üblich etwa nach dem Königsteiner Schlüssel, also etwa wie immer. Niedersachsen ist Durchschnitt.

Halten wir also einmal fest: Niedersachsen ist sogar im Bereich der Exzellenz das Kunststück ge-

lungen, erfolgreich die Position als Durchschnitt zu behaupten.

Statt sich zu feiern, könnte man an dieser Stelle auch fragen: Warum sind Baden-Württemberg und Berlin erfolgreicher? Was haben die anders gemacht als Niedersachsen? Kann man dort etwas abschauen?

Aber trotzdem wird der Bund in den kommenden sieben Jahren jährlich fast 400 Millionen Euro an ausgewählte Hochschulen ausschütten, an denen die 57 ausgewählten Exzellenzcluster beheimatet sind. Davon werden jedes Jahr knapp 35 Millionen Euro an fünf niedersächsische Hochschulen fließen, und zwar zum Zwecke der Förderung und weiteren Etablierung der Spitzenforschung vor Ort. Das ist zunächst einmal gut für unser Bundesland.

Daraus folgen zwei Punkte für die niedersächsische Politik, die wir dann selbstverständlich auch unterstützen:

Es wird nun darauf ankommen, diese Leuchttürme zu verstetigen. Das heißt, das Land muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit die beteiligten Hochschulen ihren einmal erreichten Status auch langfristig erhalten können. Dass es auch anders laufen kann, hat die Vergangenheit gezeigt.

Nach dem Erhalt der sechs Exzellenzcluster haben drei Hochschulen die Möglichkeit, eine weitere Ebene der Exzellenzförderung zu erklimmen, nämlich den Status der Exzellenzuniversität. Das Land Niedersachsen sollte auch hier weitreichende Anstrengungen unternehmen, um diese Hochschulen zu unterstützen.

Bei aller Euphorie und Aufbruchsstimmung sollte allerdings nicht vergessen werden, dass es in Niedersachsen mehr als nur diese fünf Exzellenzhochschulen gibt. Daraus sollte auf jeden Fall aus Gründen der Gerechtigkeit folgen, dass wir die anderen Hochschulen in Niedersachsen nicht aus den Augen verlieren. Eine landeseigene Exzellenzstrategie müsste unserer Meinung nach in eine Gesamtstrategie für die niedersächsische Hochschullandschaft eingebettet sein. Diese gilt es weiterzuentwickeln.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Nun erhält zur Aussprache das Wort Frau Kollegin Schütz für die FDP-Fraktion. Bitte, Frau Kollegin!

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das erfolgreiche Abschneiden niedersächsischer Universitäten bei der Exzellenzstrategie hat in den Augen der FDP natürlich eine überaus große Bedeutung. Wir gratulieren allen Erfolgreichen deshalb an dieser Stelle sehr herzlich.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wir danken allen, die teilgenommen haben, für ihr Engagement und den wissenschaftlichen Fortschritt, den sie alle erreicht haben.

Was bedeutet der Gewinn der Cluster im Einzelnen? - Zum einen ist er natürlich ein Motivationsschub für alle, die direkt an den Clustern beteiligt sind. Nicht nur, dass die Präsentationen gut gewesen sein müssen: Es ist ja vor allem die verdiente Ernte für jahrelange erfolgreiche Arbeit auf allerhöchstem wissenschaftlichen Niveau. Der Gewinn der Cluster strahlt in den Universitäten nach innen wie nach außen. Nach innen: Neben den direkt Beteiligten sind sicherlich auch Studenten und Professoren anderer Fachrichtungen stolz auf den Erfolg der Kollegen. Nach außen strahlt der Gewinn verdienterweise mindestens genauso. Eine Steigerung wäre nur noch, wenn es auch gelänge, den Titel "Exzellenzuniversität" nach Niedersachsen zu holen. Das wäre natürlich der Gipfel.

Trotzdem gibt es hin und wieder Kritik am Verfahren. Wir diskutieren die Frage, ob ein rotierendes Verfahren mit ständig neuen Bewerbungsrunden und großem logistischen Aufwand dauerhaft die richtige Lösung ist. Bei den großen Universitäten werden sich vielleicht mehr Cluster sammeln. Es werden stets andere Schwerpunkte betont. Ob das irgendwann unübersichtlich wird? Ob außerhalb der Wissenschafts- und Forschungslandschaft noch jemand weiß, wer vor zehn Jahren welches Cluster hatte? Wer Exzellenzuniversität war, weiß man natürlich schon eher. Wäre es langfristig nicht auch eine tragfähige Idee, bestimmte Forschungsschwerpunkte an den Universitäten auch im Namen mit dem Prädikat "Exzellenz" zu versehen und diese gezielt zu fördern? - Das System sollte gelegentlich hinterfragt und vielleicht überarbeitet werden. Diese Forderung hört man häufig.

Für den ebenfalls angesprochenen Wissens- und Technologietransfer ist Spitzenforschung selbst mit ihren Ergebnissen natürlich von großer Bedeutung. Aus den Erkenntnissen kann tatsächlich greifbarer Nutzen für Menschen gezogen werden. Beispielsweise können dadurch Gehörlose hören, man kann Wasservorkommen auf der Erde vom All aus finden - um jetzt nur zwei griffige Beispiele zu nennen

Zum Wissens- und Technologietransfer gehört aber auch die Zusammenarbeit mit Firmen und Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung vom kleinen Mittelständler mit einem Spezialprodukt bis zum Weltkonzern. Hier brauchen wir noch mehr Plattformen und Austauschebenen. Es gibt schon interessante Systeme, hier Kontakte herzustellen. So etwas gilt es auszubauen. Wie soll sonst ein kleiner Mittelständler in der vermeintlichen Provinz herausfinden, welcher Lehrstuhl an welcher Hochschule vielleicht sein optimaler wissenschaftlicher Partner wäre? Und für Liberale gehört zu diesem Bereich auch die Förderung von Ausgründungen, von Start-ups. Wir müssen nicht nur die Vernetzung zu bestehenden Unternehmen optimieren, sondern auch die Ausgründungen aus Hochschulen erleichtern und anschieben.

(Beifall bei der FDP)

So werden wissenschaftliche Erkenntnisse zum Wohle aller optimal genutzt. Und bei aller Liebe zur puren Wissenschaft: Ein gesellschaftlicher Nutzen darf sich hier auch ergeben.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung von Alptekin Kirci [SPD])

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schütz. - Herr Kollege Kirci hat nun das Wort für die SPD-Fraktion.

Alptekin Kirci (SPD):

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Für unser Bundesland ist es ein großartiger Erfolg, dass die Exzellenzkommission gleich sechs Exzellenzcluster aus Niedersachsen ausgewählt hat. Wir freuen uns mit den Universitäten, dass sich sechs von unseren zehn Anträgen durchgesetzt haben. Das bisherige Abschneiden ist Ergebnis der konsequenten, strategisch ausgerichteten und an Exzellenz orientierten Wissenschafts- und Forschungspolitik der letzten Jahre im Land Niedersachsen. Gratulieren möchte ich Herrn Minister Thümler, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur und allen, die dazu beigetragen haben. Mein großer

Dank gilt selbstverständlich allen beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Verwaltung, die viel Zeit und Herzblut in die aufwendige Antragstellung gesteckt und Großartiges geleistet haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Herr Rykena, eines ist mir noch wichtig zu sagen: Auch Ihre Zwischenfragen haben gezeigt, dass Sie tatsächlich gar kein Interesse daran haben, was das Land Niedersachsen geleistet hat, wie viele Stunden geleistet worden sind, und wie kleinkariert Sie an dieses wichtige Thema herangehen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik hat hervorragend funktioniert. Dieser Erfolg ist ein Erfolg für den Wissenschaftsstandort Niedersachsen und ein enormer Imagegewinn für unser Bundesland.

Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Universitäten zählen zu den besten Deutschlands. Dies zeigt die Auswahl dieser Exzellenzcluster. Aber es geht natürlich um mehr als den Erwerb von Auszeichnungen. Wir benötigen starke Universitäten als Wissenschaftszentren in einem dichten Netz von Forschung und Innovation. Unsere Universitäten bringen die Talente von morgen hervor. Der wissenschaftliche Fortschritt unseres Landes beruht gerade auch auf dem Erfolg unserer Universitäten. Wir werden uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, sondern unsere Arbeit noch intensivieren. Nur eine Wissenschaftspolitik mit klaren Zielen und Weitblick sichert die Zukunft des Wissenschaftsstandorts Niedersachsen.

Verehrte Damen und Herren, unsere Universitäten gehen grundlegenden und aktuellen Fragen der Wissenschaft nach und forschen auf Weltklasseniveau. Exzellenzcluster sind disziplin- und institutionsübergreifende Verbünde von zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die gemeinsam zu besonders relevanten Themenkomplexen forschen. Ich möchte hier nur zwei Beispiele nennen: Der erneute Erfolg des Clusters "Hearing4all" ist ein Beleg für das hohe Niveau der Hörforschung in Niedersachsen. Der Forschungsverbund mit Partnern wie der Universität Oldenburg, der Medizinischen Hochschule Hannover und der Leibniz Universität Hannover ist mit dem Exzellenzcluster "Hearing4all" zum zweiten Mal erfolg-

reich. Dort zeigt sich auch der erfolgreiche Wissens- und Technologietransfer.

Besonders erfreulich ist natürlich die Entscheidung, dass sich mit der Technischen Universität Braunschweig und dem Verbund aus Leibniz Universität und der Medizinischen Hochschule Hannover gleich zwei Universitäten um die Förderlinie "Exzellenzuniversität" bewerben können. Allerdings ist es kein Selbstläufer - das hat auch der Herr Minister gesagt -, auch in der nächsten Stufe des Wettbewerbs um den Titel "Exzellenzuniversität" ganz vorn dabei zu sein. Wir werden die Universitäten hierbei nach Kräften unterstützen. Besonders kommt es auf den Willen zur Kooperation mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, anderen Hochschulen sowie forschungsnahen Unternehmen an. Von erfolgreichen Forschungsclustern profitiert das gesamte Land Niedersach-

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Kirci. - Es folgt nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Viehoff. Bitte!

Eva Viehoff (GRÜNE):

Lassen Sie mich zu Beginn etwas vorausschicken: Ich möchte allen Menschen danken, die Forscherinnen und Forschern und auch uns Politikerinnen und Politikern bei unserer täglichen Arbeit den Rücken frei halten.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ein Glückwunsch geht natürlich an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in tage- und nächtelanger Arbeit die Ideen entwickelt, die Anträge gestellt, bearbeitet und überarbeitet haben und dies nicht immer in sicheren Arbeitsverhältnissen und schon gar nicht immer innerhalb ihrer Arbeitszeit. Das haben Menschen zusammen in einem Team erarbeitet, von denen viele nach Auslaufen der Cluster eventuell überhaupt keine Zukunft mehr in der Wissenschaft haben, weil dies das Wissenschaftszeitvertragsgesetz in Deutschland nicht zulässt. Deshalb ist es gut, dass wir uns heute freuen, dass Niedersachsen so erfolgreich in der Exzellenzstrategie ist. Aber Aufgabe der Politik ist jetzt natürlich auch,

eine Analyse dessen, was passiert ist, durchzuführen.

Dazu gibt es verschiedene Fragen.

Die eine Frage ist bereits in der Fragestunde angesprochen worden: Was passiert mit der Universität Göttingen? Wir können hier politisch so oft betonen, wie wir wollen, dass die Göttinger Universität für uns, für mich, für uns Grüne weiterhin eine exzellente Universität ist. Im bundesdeutschen Überblick bleibt sie aber hinter den Exzellenzclustern und später - wenn in der Beantragung erfolgreich - hinter den Exzellenzuniversitäten. Darum müssen wir uns kümmern! Dafür müssen wir politisch arbeiten! Das Ministerium muss jetzt mit einer großen Anstrengung dafür sorgen, dass die wichtige Universität Göttingen weiterhin auch bundesweit als Erfolgsmodell wahrgenommen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben Erfolg in einer bestimmten Ausrichtung, nämlich in den MINT-Fächern, also im technischen Bereich. Das ist eine Strategie. Aber ich glaube, wir müssen noch viel stärker auch an die kleinen Fächer denken; denn Vielfalt und Interdisziplinarität sind mehr als die Zusammenarbeit in einem Team in den MINT-Fächern. Wir brauchen die Zusammenarbeit von Natur- und Geisteswissenschaften; denn alles, was im Bereich der Naturwissenschaften entwickelt wird, was eventuell auch mal marktreif wird, müssen die Menschen nutzen können. Die Menschen müssen verstehen, was dort gemacht wird, und das muss kommuniziert werden. Dafür sind die Geisteswissenschaften sicherlich wichtig, dies auch unter soziologischen Gesichtspunkten anzuschauen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Forschung im Elfenbeinturm ist out! Das gilt auch für Harvard und Oxford. Deshalb ist es wichtig, die Menschen in Niedersachsen mitzunehmen. Vor allen Dingen darf eines nicht passieren - trotz all der Freude über diesen großen Erfolg und den großen Geldsegen, den die Universitäten und Cluster jetzt eingeworben haben -: Es darf keine Wettbewerbsverzerrung in der Wissenschaftslandschaft in Niedersachsen geben. Unis ohne Cluster dürfen nicht benachteiligt werden. Das muss unser vorderstes Ziel sein.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Viehoff. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass die Behandlung der Anfrage der CDU damit beendet ist.

Es folgt nun die Anfrage der Fraktion der FDP:

b) Strafrechtliche Aufarbeitung der Fälle sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche -Anfrage der Fraktion der FDP - Drs. 18/1854

Die Anfrage wird vom Abgeordneten Herrn Dr. Birkner vorgetragen. Bitte!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda im September 2018 stellte die katholische Kirche die Ergebnisse einer bundesweiten Studie zu sexuellem Missbrauch durch Geistliche vor. Die Studie wurde anschließend auf den Seiten der Deutschen Bischofskonferenz zum elektronischen Abruf bereitgestellt. Aus Niedersachsen sind Fälle in den Bistümern Hildesheim, Osnabrück und Münster zum Gegenstand der Studie geworden.

Unterteilt in mehrere Teilstudien, wertet die Untersuchung u. a. die Informations- und Datenlage in den deutschen Diözesen - anonymisiert -, Interviews mit Betroffenen und Beschuldigten sowie bereits strafrechtlich verfolgte Sachverhalte aus. Auf Seite 5 der Studie wird ausgeführt:

"Im Rahmen des Forschungsprojektes wurden Personal- und Handakten von 38 156 Klerikern der 27 Diözesen aus den Jahren 1946 bis 2014 durchgesehen (TP6). Dabei fanden sich bei 1 670 Klerikern der katholischen Kirche Hinweise auf Beschuldigungen des sexuellen Missbrauchs Minderjähriger. ... Den 1 670 beschuldigten Klerikern konnten nach den Personal- und Handakten insgesamt 3 677 Kinder und Jugendliche als von sexuellem Missbrauch betroffen zugeordnet werden."

In einem Interview der *HAZ* vom 5. Oktober 2018 wird Justizministerin Havliza mit der Aussage zitiert:

"Ich erwarte nunmehr von den Bistümern eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit der Justiz."

(Unruhe)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Herr Kollege Dr. Birkner! Es gibt eine sehr große Unruhe im Plenarsaal. Ich bitte um etwas mehr Ruhe hier. - Bitte fahren Sie jetzt fort!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Auf eine Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung gemäß § 46 Abs. 2 GO LT, welche Maßnahmen von den Staatsanwaltschaften im Zusammenhang mit der Berichterstattung hinsichtlich der öffentlich mitgeteilten, aber nicht an die Staatsanwaltschaft weitergeleiteten Fälle ergriffen wurden, antwortete die Landesregierung am 16. Oktober 2018, dass nach übereinstimmender Einschätzung aller niedersächsischen Generalstaatsanwaltschaften keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für das Vorliegen einer verfolgbaren Straftat einer konkreten Person gegeben seien, sodass mangels notwendigen Anfangsverdachts auch keine Ermittlungsverfahren eingeleitet oder geführt werden konnten.

- 1. Teilt die Landesregierung die Auffassung der drei niedersächsischen Generalstaatsanwaltschaften, dass trotz der in den Diözesen aktenkundlichen bzw. anderweitig bekannten Fälle sexuellen Missbrauchs in keinem Fall ein Anfangsverdacht vorliege, der weitere Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden nach dem Legalitätsprinzip erfordern würde, und gegebenenfalls warum?
- 2. Was wird die Landesregierung aufgrund der Erkenntnisse der Studie "Sexueller Missbrauch an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz" zur politischen bzw. strafrechtlichen Aufarbeitung veranlassen?
- 3. Kommt es nach Auffassung der Landesregierung auf die von Ministerin Havliza erwartete "gute und konstruktive Zusammenarbeit" der Bistümer mit der Justiz für die strafrechtliche Aufarbeitung der Studie an, und gegebenenfalls aus welchen Gründen?

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Birkner. - Für die Landesregierung antwortet Frau Justizministerin Havliza. Bitte!

Barbara Havliza, Justizministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die anlässlich der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz vom 27. September 2018 veröffentlichte Studie "Sexueller Missbrauch an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz" ist in der Öffentlichkeit und in den Medien zu Recht auf große Resonanz gestoßen.

Die im Internet von jedermann abrufbare Studie bezieht sich auf den Untersuchungszeitraum in den Jahren 1946 bis 2014. Das Ergebnis der Studie macht betroffen, und es macht auch mich sehr betroffen. Bei 1 670 Klerikern der katholischen Kirche wurden laut Studie Hinweise auf sexuellen Missbrauch von Minderjährigen gefunden, und zwar sollen bundesweit 3 677 Minderjährige missbraucht worden sein.

Eines möchte ich auch hier mit aller Deutlichkeit sagen. Betroffenheit allein reicht als Reaktion auf die Studie natürlich nicht aus. Das habe ich mit meinen Generalstaatsanwälten seit Erscheinen der Studie auch genau so gesehen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Daher habe ich bereits kurz nach Veröffentlichung der Studie eine umfassende Aufklärung der im Raum stehenden Vorwürfe durch die Ermittlungsbehörden sowie eine konstruktive Mitarbeit durch die Kirche gefordert. Dann stellt sich die Frage: Wie kann eine solche Aufklärung nach Recht und Gesetz vonstattengehen?

Meine Damen und Herren, zunächst habe ich bereits unmittelbar nach Veröffentlichung der Studie eine Abfrage bei den niedersächsischen Staatsanwaltschaften veranlasst, um nähere Erkenntnisse über bereits anhängige Verfahren zu erhalten, die im Zusammenhang mit dieser besagten Studie stehen - also nicht zu den Verfahren, die ohnehin bereits wegen solcher Vorwürfe geführt worden sind. Darauf haben die drei niedersächsischen Generalstaatsanwaltschaften, wie Herr Dr. Birkner zu Recht ausgeführt hat, zunächst mitgeteilt, dass nach Einschätzung der ihnen jeweils nachgeordneten Staatsanwaltschaften die durch die Studie bisher öffentlich bekannt gewordenen Fälle im Ausgangspunkt zu wenig konkret sind, um zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen einer verfolgbaren konkreten Straftat einer konkreten Person mit einem konkreten Tatort zu begründen.

Ein strafprozessualer Anfangsverdacht ist jedoch unabdingbare Voraussetzung für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen einen Beschuldigten. Ob ein Anfangsverdacht bejaht werden kann, unterliegt bis heute - und immer weiter - der fortlaufenden tatsächlichen und rechtlichen Prüfung durch die Staatsanwaltschaften. Dementsprechend prüfen die Staatsanwaltschaften in Abstimmung mit den Generalstaatsanwaltschaften in Niedersachsen, und dies tun sie fortlaufend seit Erscheinen der Studie Ende September 2018 bis heute und darüber hinaus. Ich möchte an der Stelle betonen: Heute haben wir den 26. Oktober 2018; es wird also seit noch nicht einmal einem Monat geprüft.

Diese Studie umfasst 356 Seiten und muss sorgfältig auf die Frage eines möglichen Anfangsverdachts und auf Ermittlungsansätze ausgewertet werden. Die Studie umfasst im Wesentlichen den Zeitraum von 1946 bis 2014; teilweise geht sie in den Ausführungen sogar bis 1931 zurück - und das für die gesamte Bundesrepublik. Sie nennt weder Namen von möglichen Tätern oder Opfern noch konkrete Tatorte - also genau das nicht, was zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen eine Person erforderlich ist.

Die Auswertung der Informationen dauert an. Nach der zum Stichtag heute mitgeteilten Einschätzung der Staatsanwaltschaften kann möglicherweise über die Befragung bzw. Vernehmung der an der Studie beteiligten Wissenschaftler ein Zugang zu konkreten Informationen gewonnen werden. Verfahren gegen Unbekannt würden also eingeleitet. Eines muss man allerdings wissen: Auch den Wissenschaftlern lag das Informations- und Aktenmaterial nur in anonymisierter und bearbeiteter Form vor.

Anhand der von den Wissenschaftlern erhaltenen Unterlagen und Auskünfte ließe sich dann bewerten, ob abstrakt beschriebene Taten - wie sie in der Studie vorkommen - strafrechtlich relevant wären und noch verfolgt werden können. Ich nenne hier nur einmal die Stichworte Versterben der möglichen Beschuldigten, Verjährung usw. Allerdings - auch das will ich als Tätigkeit der Landesregierung insoweit betonen -: Nach gegenwärtigem Stand werden die Bistümer die Akten der Justiz übergeben. Das ist eine Reaktion auf unsere Abfragen und die Einladung für den 16. November.

Grundsätzlich will ich dazu Folgendes sagen: In unserem demokratischen Rechtsstaat sind staatsanwaltschaftliche Ermittlungen an gesetzliche Vo-

raussetzungen geknüpft. Nach § 152 Abs. 2 der Strafprozessordnung haben die Staatsanwaltschaften bei Kenntnis zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat ein Ermittlungsverfahren von Amts wegen einzuleiten. Mit gutem Grund: Zum Ausschluss willkürlicher Ermittlungshandlungen dürfen diese nur bei Vorliegen entsprechender Anhaltspunkte vorgenommen werden.

Das Herausfiltern derartiger möglicher Anhaltspunkte wird von den Staatsanwaltschaften derzeit und fortlaufend geprüft. Nur in solchen Fällen kommen dann Ermittlungsmaßnahmen und dann grundsätzlich auch Eingriffsmaßnahmen wie etwa Durchsuchungen o. Ä. in Betracht. An eine Durchsuchung sind aus Gründen der Verhältnismäßigkeit immer hohe Anforderungen zu stellen. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu schon vor vielen Jahren entschieden, dass es gerade nicht zulässig ist, eine Durchsuchung dafür zu nutzen, überhaupt erst die Tatsachen zu ermitteln, die für die Begründung eines Anfangsverdachts notwendig sind. Die Staatsanwaltschaft darf also nicht einfach losgehen und irgendwo in den Bistümern durchsuchen in der vagen Hoffnung, man werde schon etwas finden, was einen Verdacht gegen eine noch unbestimmte Person begründen wird. Dies gilt in besonderem Maße, wenn die Durchsuchung bei einem selbst nicht tatverdächtigen Dritten - hier ist das die Institution Kirche - stattfinden soll.

Die Strafprozessordnung - genau: § 103 StPO - macht Durchsuchungen bei Unbeteiligten von zusätzlichen Voraussetzungen abhängig. Die katholischen Bistümer, in deren Archiven strafverfolgungsrelevante Informationen sein könnten, sind - auch das möchte ich hier betonen - insoweit solche Unbeteiligte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für mich stand und steht außer Frage, dass auch ich angesichts dieser Situation die Hände nicht in den Schoß legen darf und das auch nicht tun werde. Genau deshalb habe ich sofort nach Erscheinen der Studie meine Erwartung formuliert - Herr Dr. Birkner hat sie gerade zitiert -, dass die katholischen Bistümer den Staatsanwaltschaften alle Sachverhalte mitteilen, die Anlass zu einer strafrechtlichen Klärung geben könnten, und vorhandene Dokumente zur Verfügung stellen. Dann können die Staatsanwaltschaften, welchen allein und ausschließlich - das möchte ich hier betonen die strafrechtlichen Ermittlungen obliegen, ihre

Arbeit machen und prüfen, ob strafbares Verhalten bestimmter Personen vorliegt.

Diese Erwartung gegenüber der Kirche werde ich als Landesministerin jedenfalls für Niedersachsen auch weiterhin mit Nachdruck verfolgen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich habe deshalb bereits Anfang der vergangenen Woche die Bischöfe der in Niedersachsen gelegenen Bistümer zu einem persönlichen Gespräch eingeladen. Alle haben die Einladung angenommen, sie werden also alle kommen. In diesem Gespräch werde ich meine Position sehr deutlich zum Ausdruck bringen und mit den Kirchenvertretern klären, wie eine Einsichtnahme in die dort vorliegenden Unterlagen auch sozusagen technisch erfolgen kann.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die niedersächsischen Generalstaatsanwaltschaften haben auf die Abfrage meines Hauses gleich nach Erscheinen der Studie mitgeteilt, dass zum Zeitpunkt ihrer Antworten weder der öffentlich zugänglichen Studie noch sonstigen vorliegenden Erkenntnisquellen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen einer konkreten verfolgbaren Straftat einer bestimmten Person entnommen werden konnten. Die Untersuchungen dazu dauern weiter an. Den derzeitigen Stand habe ich gerade geschildert.

Zu Frage 2: Wie bereits ausgeführt, habe ich mein Haus zeitnah nach Veröffentlichung der Studie gebeten, eine Abfrage bei den niedersächsischen Staatsanwaltschaften vorzunehmen, um Erkenntnisse zu Verfahren im Zusammenhang mit der Studie zu erhalten. Die bisherigen strafprozessualen Zwischenergebnisse habe ich Ihnen in meinen vorangestellten Ausführungen mitgeteilt. Daran können Sie sehen, es ist ein dynamischer Prozess.

Gegenüber der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung habe ich Anfang Oktober 2018 zudem meine politische und auch moralische Forderung an die Bistümer zum Ausdruck gebracht. Dabei habe ich klargestellt, dass die Ermittlung und Aufklärung der im Raum stehenden Vorwürfe originäre Aufgabe allein der Justiz und nicht der Kirche ist. Diese Ermöglichung der juristischen Aufarbeitung werde ich weiter vorantreiben. Im Rahmen des bereits erwähnten Gesprächs mit den Kirchenvertretern werde ich mich auch vehement dafür einsetzen,

dass diese die relevanten Dokumente den Staatsanwaltschaften zeitnah zur Verfügung stellen.

Zu Frage 3: Allein aufgrund der vorliegenden, öffentlich verfügbaren Informationen zu den in der Studie angesprochenen Verdachtsfällen wurde im Rahmen der Abfrage meines Hauses seitens der Staatsanwaltschaften bis dahin noch kein Anfangsverdacht einer konkreten Straftat bejaht. Daher waren bisher weitergehende Ermittlungsmaßnahmen wie etwa Durchsuchungen o. Ä. bislang rechtlich ausgeschlossen.

Ein konkreter Anfangsverdacht kann sich jederzeit natürlich auch dadurch ergeben, dass sich ein Opfer an die Staatsanwaltschaft wendet und Angaben macht, ein Täter ein Geständnis ablegt oder wenn die Bistümer die relevanten Dokumente, insbesondere Personalakten, vorlegen.

Eines will ich abschließend noch sagen: Wir dürfen bei alldem bitte die Opfer nicht aus dem Blick verlieren.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Mit "Opfer nicht aus dem Blick verlieren" meine ich, dass es möglicherweise - es gibt dafür nicht unerhebliche Anhaltspunkte - ein Großteil an Opfern gibt, die mit diesen lange zurückliegenden Erlebnissen abgeschlossen haben, und dass es dabei auch bleiben soll. Die wollen damit nichts mehr zu tun haben. Es wird eine ganz sensible Gratwanderung, wie man mit solchen Einstellungen wird umgehen müssen; denn die Frage des Aussageverweigerungsrechts stellt sich bei Nichtverwandten dann nicht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die erste Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt der Abgeordnete Scharrelmann.

Marcel Scharrelmann (CDU):

Frau Präsidentin! Ich frage die Landesregierung, ob es im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch bereits Verfahren gegeben hat.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es antwortet Frau Justizministerin Havliza.

Barbara Havliza, Justizministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Scharrelmann, natürlich hat es in der Vergangenheit immer schon Verfahren gegen Kirchenleute, also Kleriker, wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern gegeben. Auf die Abfrage, die Herr Dr. Birkner im Rahmen der Kleinen Anfrage zunächst gestellt hatte, war zunächst aufgelistet worden, dass es Verfahren bei den Staatsanwaltschaften Oldenburg und Göttingen gegeben hat, die, glaube ich, mittlerweile abgeschlossen sind. Auch ich persönlich habe in der Vergangenheit als Vorsitzende einer Jugendschutzkammer wegen dieses Vorwurfs zwei Verfahren gegen Geistliche geführt. Diese sind auch zu Haftstrafen verurteilt worden.

Insofern hat es so etwas immer gegeben. Es ist immer die Frage, ob es bestimmte Personen gibt, die man anklagen kann.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die erste Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt Herr Dr. Birkner.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, ich bedauere, dass ich meine erste Zusatzfrage darauf verwenden muss - weil wir nur zwei Zusatzfragen haben -, Sie um die Beantwortung der Frage 1 unserer schriftlich eingereichten Frage zu bitten. Denn sie bezieht sich auf die Haltung der Landesregierung zu der Frage, ob ein Anfangsverdacht besteht oder nicht. Wie die Generalstaatsanwaltschaften das sehen, wissen wir. Wir wollen wissen: Teilt die Landesregierung die Auffassung der drei Generalstaatsanwaltschaften, dass kein Anfangsverdacht vorliegt?

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Bitte, Frau Ministerin!

Barbara Havliza, Justizministerin:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Birkner, die Landesregierung hatte zum Zeitpunkt Ihrer Abfrage, als Sie diese Kleine Anfrage gestellt haben, keinen Zweifel an der Einschätzung der Generalstaatsanwaltschaften, dass es zu diesem Zeitpunkt keinen konkreten Anfangsverdacht gegeben hat.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Es geht um heute! - Christian Grascha [FDP]: Es geht um jetzt!)

- Sie haben doch gerade gesagt: zum Zeitpunkt der Anfrage.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Die Frage 1 lautet: Teilt die Landesregierung die Auffassung der Generalstaatsanwaltschaften? - Zuruf von Christian Grascha [FDP] - Anja Piel [GRÜNE]: Zum heutigen Zeitpunkt!)

- Genau, ich bin gerade dabei. Bis zu dem Zeitpunkt hat es keinen konkreten Anfangsverdacht gegeben. An dieser Einschätzung habe ich keinen Zweifel.

Ich habe Ihnen die Auffassung der Generalstaatsanwaltschaften, der Staatsanwaltschaften und auch der Landesregierung mitgeteilt, dass die fortlaufende Auswertung der Studie durchaus dazu führen kann, dass man - möglicherweise über die Vernehmung von Zeugen, also etwa der Wissenschaftler, die die Studie verfasst haben, oder aber durch Einsicht in die Personalakten - Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wird einleiten können, um dann zu gucken, ob man es nicht auch konkretisieren kann.

Ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt einzuleiten, heißt, dass ich den Anfangsverdacht einer Straftat habe, aber noch nicht gegen eine bestimmte Person. Wenn Sie fragen, ob ich im Moment die Auffassung der Generalstaatsanwaltschaften dahin gehend teile, ob es einen bestimmten Anfangsverdacht gegen eine bestimmte Person gibt: Nein, ich habe keine Namen - und die Staatsanwaltschaften auch noch nicht. Deswegen kann ich das bislang allenfalls auf Prüfvorgänge beschränken bzw. auf Verfahren gegen Unbekannt, die sich aus den weiteren Prüfungen ergeben werden und sich hoffentlich mit Beweismitteln weiter konkretisieren werden.

Mehr kann ich dazu derzeit noch nicht sagen. Das ist der derzeitige Stand. Sie dürfen bitte auch nicht vergessen, dass die Studie erst seit dem 27. September dieses Jahres offenliegt. Es wird geprüft, ja.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Es folgt für die SPD-Fraktion mit der ersten Zusatzfrage der Abgeordnete Zinke. Bitte!

Sebastian Zinke (SPD):

Frau Präsidentin, herzlichen Dank. - Vor dem Hintergrund der hier gemachten Vorwürfe und der Ausführungen der Ministerin hinsichtlich ihrer Aufforderung frage ich die Landesregierung: Hat es auch in anderen Bundesländern irgendwelche Aufforderungen gegeben? Hat es also beispielsweise im Bundesland Bayern Aufforderungen auch der Staatsanwaltschaft - gegeben, Akten herauszugeben?

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Barbara Havliza, Justizministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meines Wissens hat es in keinem anderen Bundesland bislang irgendwelche über unsere Maßnahmen hinausgehenden Maßnahmen gegeben. Die Bayern sind nach meinem Kenntnisstand einen anderen Weg gegangen. Die Generalstaatsanwaltschaften haben dort wie hier zunächst gesagt: Wir haben keinen Anfangsverdacht und keine zureichenden Tatsachen. - Quasi als Ersatz für das, was ich mit der Einladung an die Bischöfe gemacht habe, haben dort die Generalstaatsanwaltschaften die Bistümer angeschrieben und gebeten, ob man ihnen eventuell Einblick in die Akten gewähren würde. Das ist im Sinne einer Bitte. Auch dort wird im Moment also nicht mehr Möglichkeit gesehen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die zweite Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt Frau Kollegin Dr. Niewerth-Baumann. Bitte!

Dr. Esther Niewerth-Baumann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, warum gestaltet sich eine Durchsuchung bei den Bistümern eigentlich so schwierig?

(Dr. Marco Genthe [FDP]: Das hat sie doch erklärt!)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, - Bitte, Frau Ministerin!

Barbara Havliza, Justizministerin:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe vorhin in meiner Rede schon angefangen, das auszuführen. Die Institution Kirche mit den Bistümern ist im Sinne

der Strafprozessordnung Dritter. Die Kirche ist ja nicht der Beschuldigte, sondern der einzelne mögliche Täter wäre der Beschuldigte. Bei Dritten Durchsuchungen vorzunehmen, unterliegt besonders engen Voraussetzungen, weil Durchsuchungen sich immer als schwerwiegender Grundrechtseingriff darstellen, für den man ganz enge Voraussetzungen prüfen muss. Diese Voraussetzungen sind hier nicht gegeben, solange man den konkreten Anfangsverdacht noch nicht bejaht hat.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die zweite Zusatzfrage stellt nun für die FDP-Fraktion Herr Dr. Birkner. Bitte!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, vor dem Hintergrund, dass im Rahmen der Causa VW ein Verfahren der Staatsanwaltschaften eingeleitet wurde aufgrund der Mitteilung von VW, dass es bei den CO2-Angaben zu den Kraftfahrzeugen zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist - ein Bericht von VW führte damals also dazu, dass die Staatsanwaltschaften einen AR-Vorgang angelegt und dann in diesem Verfahren ermittelt haben -, frage ich Sie, warum bei diesem ja von der Sache her vergleichbaren Sachverhalt im Rahmen der katholischen Kirche Sie sich als Ministerin mit in diese Verfahren einmischen und Gespräche führen während das bei dieser VW-Geschichte damals ganz normal die Staatsanwaltschaften gemacht haben. Also: Warum mischt sich bei einer Institution eine Ministerin ein und warum bei der anderen Institution nicht?

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es antwortet Ihnen Frau Ministerin Havliza.

Barbara Havliza, Justizministerin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Birkner, als die Causa VW damals losging, war ich noch nicht Ministerin. - Das ist das Erste.

(Vizepräsident Bernd Busemann übernimmt den Vorsitz)

Das Zweite ist: Bei VW gab es einen konkreten Sachverhalt mit einer bestimmten Firma. Der Vorwurf der Manipulation stand da ja im Raum.

Das Dritte ist - das will ich hier einmal ganz offen sagen; das sage ich mit tiefer Überzeugung -: Ich mische mich nicht ein.

(Zustimmung von Christian Calderone [CDU])

Ich versuche auf der politischen Ebene, auf möglichst kleinem Weg den größtmöglichen Erfolg im Sinne einer Aufklärung zu erzielen, damit die Staatsanwaltschaften gut arbeiten können und die Akten zur Verfügung gestellt bekommen. Warum? - Weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass die Justiz hier aufzuklären hat; denn es handelt sich um Offizialdelikte, die man aufklären muss. Das ist einfach meine Überzeugung.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD sowie Zustimmung bei der AfD)

Als Einmischung betrachte ich das also nicht.

Im Übrigen möchte ich einmal darauf hinweisen, dass nach meinem Kenntnisstand ich die einzige Landesministerin bin und Niedersachsen das einzige Land ist, das in dieser Art und Weise derzeit vorgeht. Die anderen Bundesländer machen nach meinem Kenntnisstand überhaupt nichts.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Die Generalstaatsanwaltschaft Bayern ermittelt im Vorverfahren! Da passiert ja nicht nichts!)

- Sagen Sie es laut; sonst können die anderen es nicht hören.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das darf ich ja nicht!)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Jetzt folgt Herr Kollege Helge Limburg mit der ersten Zusatzfrage für Bündnis 90/Die Grünen. Bitte!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, vor dem Hintergrund Ihrer Ausführungen, dass natürlich - unter Juristinnen und Juristen ist das bekannt - ein Anfangsverdacht auch durch Strafanzeigen von Opfern entstehen kann, frage ich Sie, welche Maßnahmen denn die Landesregierung bislang seit Bekanntwerden der Studie unternommen hat, um Opfer dazu zu er-

muntern und darin zu bestärken, dann auch tatsächlich Strafanzeige gegen ihre Peiniger zu erstatten

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Frau Ministerin, bitte sehr!

Barbara Havliza. Justizministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Limburg, das mit dem Ermuntern ist immer eine schwierige Sache. Ich habe vorhin gesagt, wie Opfer das möglicherweise empfinden.

Niedersachsen ist, was Hilfsangebote für Opfer und Opferbegleitung angeht, sehr gut aufgestellt. Neben anderen Opferhilfeeinrichtungen haben wir die Stiftung Opferhilfe, die mit elf Opferhilfebüros in der Fläche präsent ist. An die können sich Opfer, die überlegen, was sie machen sollen, jederzeit wenden. Wie Sie wissen - ich hoffe jedenfalls, dass Sie es wissen -, haben wir eine Website, aus der sich alle Informationen ergeben.

Das sind die - wenn Sie so wollen - Ermunterungen, die wir geben können. Wir kennen keine Opfernamen. Wer sich erkundigen will, kann das jederzeit an verschiedenen Stellen tun.

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste, die zweite Zusatzfrage für die SPD stellt Herr Kollege Zinke. Bitte sehr!

Sebastian Zinke (SPD):

Herr Präsident, vielen Dank. - Frau Ministerin, was tut denn die Justizministerin, wenn die Kirchen am Ende die Akten nicht herausgeben?

Vizepräsident Bernd Busemann:

Frau Ministerin, bitte sehr!

Barbara Havliza, Justizministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Zinke, einerseits würde ich erst einmal das tun, was, glaube ich, meine Aufgabe als Landesministerin ist: Ich würde zunächst auf der politischen und Gesprächsebene versuchen, das Ergebnis zu verändern.

Andererseits hängt es, was die Ermittlungsverfahren angeht, ganz massiv davon ab, was wir bis dahin haben. Wenn wir dann Ermittlungsverfahren

gegen Unbekannt haben - z. B. auf dem Weg, den ich Ihnen gerade als möglich geschildert habe -, wären weitere Maßnahmen - Stichwort "Durchsuchungen" - eventuell möglich. Es hängt wirklich immer von dem Stand der Ermittlungsverfahren ab. Das ist der ganz normale Weg.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, Zusatzfragen sind - - -

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ich habe gerade eine Wortmeldung abgegeben!)

- War das eine Meldung zu einer Zusatzfrage oder für die Aussprache?

(Helge Limburg [GRÜNE]: Zu einer Zusatzfrage!)

- Dann sind Sie jetzt dran, Herr Limburg. Bitte sehr!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. Diese Form der Fragestunde ist noch nicht so alt. Insofern müssen wir, glaube ich, alle noch ein bisschen üben.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, vor dem Hintergrund, dass Sie gerade zu Recht auf die Sensibilität des Themas "Strafanzeige durch Opfer" hingewiesen haben, frage ich die Landesregierung, ob sie nach Bekanntwerden der Missbrauchsstudie Kontakt mit dem Bundesbeauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Herrn Rörig, aufgenommen hat, um sich mit ihm darüber auszutauschen, was man tun kann, um Opfer zu bestärken und zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Einen Moment, bitte, Frau Ministerin!

Ich darf den Herrn Kameramann bitten - - - Es fühlen sich einige Kolleginnen und Kollegen gestört, weil der Eindruck entstanden ist, dass man in ihre Unterlagen hineinzoomt. - Das passiert nicht. Wir kennen unsere Vereinbarung. Nur zur Sicherheit.

Frau Ministerin, bitte sehr!

Barbara Havliza, Justizministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Limburg, nein, Niedersachsen ist nicht an den Bundesbeauftragten herangetreten, um zu fragen, was man tun kann. Unsere Opferhilfeeinrichtungen sind so professionell aufgestellt und, wie ich mit Stolz sagen kann, so gut, dass ich, ehrlich gesagt, nicht sehe, welchen Sinn eine solche Kontaktaufnahme zu Herrn Rörig hätte, was Herr Rörig uns raten könnte.

Das Problem ist: Solange wir keine Opfer kennen namentlich oder wie auch immer -, sind wir im weiteren Agieren ein bisschen gehandicapt. Man kann einfach nur sagen: Wir sind da. Kommt, wenn ihr zu uns kommen wollt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Jetzt haben wir aber den Status erreicht, dass keine weitere Zusatzfrage angemeldet ist. Damit ist dieser Teilkomplex erledigt.

Wir treten in die Aussprache ein.

Die Landesregierung hat das Zeitkontingent von 15 Minuten bereits jetzt um einiges überschritten, sodass ich die Redezeit für die Redner in der Aussprache nach Status quo auf 5 Minuten erhöhe.

Es beginnt Herr Dr. Birkner, FDP-Fraktion.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man muss sich, denke ich, vergegenwärtigen, worum es hier geht und vor welchen Problemen man steht, ohne den Anspruch zu haben, dass es dafür einfache Lösungen gibt.

Wir haben eine Studie, die auf mehreren Hundert Seiten ausführt, dass es mehr als tausend Täter und mehrere Tausend Opfer gibt. Diese Studie ist nach wissenschaftlichen Kriterien durchgeführt worden, also nach einem nachvollziehbaren Standard, und zwar nicht nur von Experten mit sozialwissenschaftlichen Kompetenzen, sondern auch von Experten mit kriminologischer Kompetenz, nämlich Strafrechtsprofessoren. Das heißt, die wissen sehr wohl, wovon sie reden. Sie wissen sehr wohl, wie die Umstände, die ihnen durch die Auswertung der Akten zur Kenntnis gelangt sind, unter einen Strafrechtstatbestand zu subsumieren sind und wie sie im Ergebnis zu würdigen sind. Das heißt, man hat eigentlich schon etwas, was sehr ernst zu nehmen ist. Es ist nicht ein bloßes

Gerücht oder Ähnliches, sondern etwas Substantiiertes, das wirklich schwerste Straftaten dokumentiert. Man muss sich vergegenwärtigen, dass nach der Studie 60 % der Opfer Kinder - d. h. unter 14 Jahren - gewesen sein sollen.

Aus der Studie ergibt sich alleine für das Bistum Hildesheim, dass mindestens vier Täter noch am Leben sind, gegen die nach der Studie selbst oder nach der Auskunft des Bistums Hildesheim selbst keine Strafanzeige wegen sexuellen Missbrauchs erstattet worden ist. Das sind Umstände, die schon sehr schwerwiegend sind und die es natürlich auch dann - - - Ich verstehe, dass auch aus Sicht der Justiz angesichts des Umstandes, dass Tatzeit, Tatort und Begehungsart nicht so konkret sind, schwer ist, diesen Widerspruch auszuhalten. Aber erst einmal ist klarzumachen, dass ein Widerspruch zwischen der Deutlichkeit der Studie und der Aussagen dort einerseits und dem Handeln und den rechtlichen Möglichkeiten der Staatsanwaltschaft andererseits besteht. Die Frau Ministerin hat gerade dargestellt, wie die Staatsanwaltschaft das einschätzt.

Es stellt sich natürlich die Frage, wie die Staatsanwaltschaften und Generalstaatsanwaltschaften damit umgehen. Die Frau Ministerin hat ausgeführt, dass die Staatsanwaltschaften keinen Anfangsverdacht sehen.

(Zuruf)

- Sie betonen immer per Zuruf: "gesehen haben". Wir wollen natürlich wissen, was heute ist. Es ist doch kein Problem, mit den Generalstaatsanwaltschaften entsprechend zu telefonieren. Ich denke, dass die Informationen eigentlich vorliegen müssten.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Wenn man einen Anfangsverdacht verneint - was sicherlich auch eine Wertungsfrage ist -, ist doch das Mindeste, dass Vorermittlungen geführt werden. Wie viele Vorermittlungsverfahren laufen eigentlich, AR-Verfahren, UJs-Verfahren? Ich gehe davon aus, dass zumindest so etwas eingeleitet worden ist.

Sie weisen darauf hin, dass Sie ein Alleinstellungsmerkmal haben: Nur in Niedersachsen ist die Ministerin tätig geworden. - Vielleicht ist die Tatsache, dass das in den anderen Ländern nicht geschehen ist, ein Indiz dafür, dass hier etwas nicht richtig läuft. In Bayern schreiben die Generalstaatsanwaltschaften an die Bistümer. Hier ist die

politische Leitung, die Ministerin, die die Bistümer bittet. Es macht einen Unterschied, ob eine Staatsanwaltschaft, die eine Ermittlungsbehörde ist, oder eine Ministerin, die politische Repräsentantin des Staates ist, um etwas bittet. Die Staatsanwaltschaften - das ist klar - machen Strafverfolgung. Die Ministerin macht politisches - - - Ich weiß nicht, was genau. "Bitte, bitte" vielleicht? Ich weiß es nicht. Das ist auf jeden Fall zu wenig. Hier muss deutlich werden, dass der Staat einen Strafverfolgungsanspruch hat, selbst in der schwierigen Frage, ob ein Anfangsverdacht vorliegt oder nicht.

Ich halte das Signal, dass Sie als Ministerin diese Gespräche führen, zumindest für problematisch, auch wenn ich Ihre Absichten als durchaus zielführend oder richtig erkenne. Denn der Eindruck, der entsteht, ist fatal. Es entsteht der Eindruck, dass der Staat möglicherweise auf die Kirche Rücksicht nimmt, dass er bei ihr anders vorgeht als z. B. bei VW. Da hat man das die Staatsanwaltschaften machen lassen. Hier ist das nicht der Fall. Das schadet dem Vertrauen der Bürger in einen handlungsfähigen und unparteiischen Rechtsstaat. Im Übrigen schadet es, meine ich, auch den Kirchen, die ein Interesse daran haben, nicht als Privilegierte dazustehen.

Wenn Sie am Ende aber zu dem Ergebnis kommen, dass Sie die Diskrepanz, das Missverhältnis zwischen dem, was in der Studie deutlich gemacht geworden ist, und dem, was man möglicherweise aufgrund der rechtlichen Möglichkeiten bisher machen kann, nicht auflösen können, weil das eine rechtliche Bewertung ist, die man vielleicht auch als Parlament nicht besser wissen muss und besser wissen kann, dann stellt sich die rechtspolitische Frage - da wird es dann politisch, und da ist die Ministerin gefordert -: Wie wollen Sie eigentlich diese Diskrepanz und diesen Widerspruch auflösen? Muss es hinnehmbar sein - auch rechtspolitisch -, dass man auf der einen Seite auf Dauer oder auch in künftigen Fällen solche substanziierten Studienergebnisse und Erkenntnisse einer Institution hat, die das selbst auf den Weg bringt, man aber auf der anderen Seite sagt: "Ja, aber wir können da nichts machen, wir sind auf das Wohlwollen angewiesen"? Wie löst man das auf? Ist es dann möglicherweise diskussionswürdig, zu überlegen, dass man auch in einer solchen Situation Staatsanwaltschaften mindestens die Möglichkeit gibt, Zeugen zu vernehmen?

(Glocke des Präsidenten)

Sie sagen jetzt, Sie wollen die Wissenschaftler vernehmen. Auf welcher Rechtsgrundlage denn? Sie haben - das haben Sie doch selbst ausgeführt - keinen Anfangsverdacht und damit keine Ermittlungsgrundlage für Zeugeneinvernahmen. Alles basiert auf Freiwilligkeit.

(Glocke des Präsidenten)

Die eigentliche Herausforderung - Herr Präsident, ich komme zum Ende -, vor der Sie stehen, ist doch, wie Sie, wenn Sie die rechtliche Würdigung so beibehalten, dass es keinen Anfangsverdacht gibt, mit dem Gerechtigkeitswiderspruch, der da offenkundig ist, rechtspolitisch eigentlich umgehen wollen und wo Sie hier möglicherweise Veränderungen vorschlagen. Dieser Diskussion weichen Sie bisher aus. Ich halte den Weg, den Sie eingeschlagen haben, auch nicht für zielführend. Dies zu ermitteln, ist Sache der Staatsanwaltschaften und nicht Sache der Ministerin.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Birkner. - Es folgt jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Stephan Bothe. Herr Bothe, bitte sehr! Sie haben das Wort. Auch für Sie fünf Minuten.

Stephan Bothe (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kollegen! Es kommt nicht häufig vor, dass ich die liberale Wochenzeitung *Die Zeit* wiedergebe. Doch in diesem Fall traf sie den Nagel auf den Kopf. Ich zitiere:

"Die katholische Kirche hat Kindesmissbrauch vertuscht und die Täter geschützt, offenbar auch zu dem Zweck, ihren Kirchenapparat nicht zu gefährden."

Gerne knüpfe ich hier an.

Das in der Studie der Deutschen Bischofskonferenz zutage getretene Ausmaß von schwerem Kindesmissbrauch in der katholischen Kirche ist verabscheuungswürdig. Die FDP hat die bedrückenden und erschreckenden Zahlen vorgelegt. Zu erwähnen wäre noch, dass es sich überwiegend um männliche Kinder und Jugendliche handelte, von denen mehr als die Hälfte zur Tatzeit jünger als 14 Jahre alt waren. In dem vorliegenden Bericht heißt es dazu weiter.

"Nichtsdestotrotz bleibt festzustellen, dass mit fast 10 % ein nicht zu vernachlässigender Anteil der Beschuldigten in höherer Verantwortung des kirchlichen Dienstes stand."

Weiter steht in der Studie beschrieben:

"Bei 110 Beschuldigten … war ein höheres Kirchenamt nicht vor, jedoch zu einem späteren Zeitpunkt nach der angeschuldigten Ersttat verzeichnet."

Es lässt sich also sagen, dass hinter der jahrzehntelangen Vertuschung von Missbrauchsfällen System stand. Denn nicht wenige der Täter, die diese verabscheuungswürdigen Verbrechen an den ihnen anvertrauten Kindern begingen, waren nach den Taten in leitender Verantwortung im Kirchenapparat.

Dass hier keine Aufklärung stattfand, darf nicht verwundern. Im Gegenteil: Vertuschung, Zerstörung von Beweismaterial, Drangsalierung der Opfer und Verhinderung von kirchlichen und weltlichen Strafverfahren waren an der Tagesordnung. Zur Belohnung wurden die Täter dann noch oft in der Kirchenhierarchie befördert. Dies, meine Damen und Herren, ist der eigentliche Skandal! Statt Strafverfolgung dürfen die Herren Geistlichen an anderen Orten weiter ihr Unwesen treiben. Ein "Pfui Teufel!" wäre hier angebracht.

Mit der Veröffentlichung des Berichts ist eines sehr deutlich geworden: Der Missbrauch in der katholischen Kirche hatte über Jahrzehnte hinweg System - ein System, das nicht an Ländergrenzen haltmachte, sondern global praktiziert wurde und wohl noch heute wird.

Unter dem Deckmantel der christlichen Nächstenliebe haben pädophile Geistliche Kinderseelen zerstört und das Leben Tausender Heranwachsender ruiniert. Das ist eine Schande für eine sich christlich nennende Institution!

Meine Damen und Herren, was bleibt angesichts der grauenhaften Schandtaten zu tun? - Das abgeschottete System Kirche gehört aufgebrochen! Es muss ein Ende sein mit rechtsfreien Räumen und Sonderrechten! Da gehen wir als AfD-Fraktion mit den Kollegen der FDP konform: Es ist Zeit für die Staatsanwaltschaften auch hier in Niedersachsen, die Strafverfolgung konsequent umzusetzen.

Womöglich müssen aus dem Bericht Ansatzpunkte - dies haben wir heute ausführlich erläutert - für Ermittlungen gezogen werden. Diese müssen in Anklagen münden.

Meine Damen und Herren, Sexualstraftäter im Priestergewand sind keine unantastbaren Heiligen. Sie gehören angemessen bestraft und zum Schutz der Kinder am Ende hinter Schloss und Riegel gebracht.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Bothe. - Es folgt Kollege Limburg, Bündnis 90/Die Grünen. Bitte sehr!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist in solch einer öffentlichen Debatte wichtig, gerade wenn wir über juristische Fragestellungen diskutieren, uns auch einmal die Frage zu stellen, wie das Ganze eigentlich für Nichtjuristinnen und -juristen wirken muss. Wie muss das für Menschen wirken, die das Geschehen aus den Nachrichten, aus dem Fernsehen oder aus der Zeitung verfolgen? Wie muss das auch für Opfer, für Betroffene des Missbrauchs wirken?

Da haben wir die Institution katholische Kirche, in deren Reihen es über Jahrzehnte offenkundig eine Vielzahl von Fällen sexuellen Missbrauchs gegeben hat. Diese Institution lässt das aufarbeiten, zunächst einmal intern mit einer Studie. Im Ergebnis wissen wir sicher, dass es viele Straftaten gegeben hat. Und wir wissen sicher, dass in den Akten dieser Institution Hinweise auf die Täter stehen.

Dann passiert aber nicht das, worauf Herr Dr. Birkner zu Recht hingewiesen hat, was, glaube ich, die ganz große Mehrzahl der Öffentlichkeit erwartet, nämlich dass die zuständigen Strafverfolgungsbehörden mit all ihrem Instrumentarium tätig werden können, sondern es passiert de facto erst einmal gar nichts.

Das ist doch für Außenstehende ein zutiefst verstörender Vorgang! Hier entsteht doch der fatale Eindruck, es gäbe sozusagen ein Sonderrecht für Kirchen, Kirchen würden nicht der normalen Strafprozessordnung unterliegen, Kirchen wären quasi eine Art eigener Rechtskreis. Dieser fatale Eindruck entsteht doch durch die öffentliche Debatte. Dem müssen wir alle uns entgegenstellen, damit das Vertrauen in Rechtsstaat und Demokratie in diesem Land nicht leidet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Staatsanwaltschaften sind an das Recht gebunden. Das ist natürlich auch gut so. Und - das haben Sie zu Recht ausgeführt, Frau Ministerinwenn es keinen ausreichend konkretisierten Verdacht gibt, dann können Hausdurchsuchungen und Aktenbeschlagnahmen nicht erfolgen. Aber: Wenn es diesen Verdacht gibt, dann können und müssen Staatsanwaltschaften mit all ihren Befugnissen, mit der ganzen Härte der Strafprozessordnung tätig werden.

Ein solcher Verdacht - auch darauf haben Sie hingewiesen - kann in der Tat auch durch Strafanzeigen durch Opfer entstehen. Aber um eine solche Strafanzeige dann tatsächlich zu stellen, brauchen Opfer in der Tat Kraft und Mut. Das ist keine leichte Situation. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, sie brauchen Ermutigung, z. B. durch eine Justizministerin, die öffentlich viel früher hätte deutlich machen können, dass die Justiz natürlich an der Seite der Opfer steht, dass die Justiz, wenn Strafanzeigen kommen, diese natürlich konsequent verfolgt, und die auch öffentlich hätte deutlich machen können, dass es Opferberatungsstellen gibt, die an der Seite der Opfer stehen. Das, Frau Ministerin, hätten Sie schon vor Wochen machen können und machen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Im Gegenteil: Ihre öffentlichen Appelle an die Kirchen, Ihre Ankündigung, sich mit den Kirchen, also quasi den Institutionen, denen die Täter angehören, an einen Runden Tisch zu setzen, müssen doch bei Opfern den fatalen Eindruck erwecken, dass ihre Interessen, ihre Belange kein Gehör finden und nicht zur Geltung kommen. Nötig wären Runde Tische mit Vertreterinnen und Vertretern der Opfer. Nötig wäre ein Austausch mit dem Bundesbeauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, um zu überlegen, wie man Opfer, die Strafanzeigen stellen wollen, noch mehr ermutigen, noch mehr stärken kann.

Ich teile Ihre Einschätzung, dass die Stiftung Opferhilfe und auch andere Institutionen in Niedersachsen eine hervorragende Arbeit leisten. Nur: Deren Arbeit muss natürlich auch öffentlich bekannt gemacht werden. Darauf muss hingewiesen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Kirchen - auch das muss an dieser Stelle einmal gesagt werden - haben in der Vergangenheit für unser Land und unsere Gesellschaft viel geleistet, und sie leisten gegenwärtig viel. Ohne die Kirchen - das ist meine feste Überzeugung - wäre dieses Land ärmer. Aber diese Leistungen entbinden sie natürlich nicht von der Verantwortung für die Opfer dieser Straftaten. Die Studie und die öffentlichen Entschuldigungen können da allenfalls ein erster Schritt sein.

Die katholische Kirche muss Straftaten in ihren Reihen konsequent zur Anzeige bringen. Sie muss vor allem die Strukturen, die den Kindesmissbrauch über Jahrzehnte ermöglicht und begünstigt haben, aufbrechen, um zu verhindern, dass es zukünftig wieder zu so etwas kommt. Das muss die Aufgabe der Kirche und auch unser aller Aufgabe sein. Das sind wir den Opfern schuldig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Limburg. - Für die SPD-Fraktion erteile ich nun das Wort dem Kollegen Ulf Prange. Bitte sehr!

Ulf Prange (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Befund der Studie, nämlich das Ausmaß der Missbrauchsfälle und die Strukturen in der katholischen Kirche, die Vertuschung befördert und dadurch letztlich weitere Taten ermöglicht haben, hat uns, glaube ich, alle erschüttert. Dass sich die katholische Kirche mit der Studie und durch öffentliche Äußerungen von Kirchenvertretern um Aufklärung bemüht bzw. eine solche ankündigt, ist richtig, kann aber nur ein erster Schritt sein.

Die SPD-Fraktion hat die klare Erwartung an die katholische Kirche, dass alle Akten, Unterlagen und Informationen den zuständigen Ermittlungsbehörden zur Verfügung gestellt werden und alle Vorgänge zur Anzeige gebracht werden.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Christian Calderone [CDU])

Daneben haben wir die Erwartung, dass interne Strukturen in der Kirche verändert werden, um Vertuschung künftig wirksam zu verhindern. Ich sage ausdrücklich: Den öffentlichen Verlautbarungen müssen auch Taten folgen.

Ferner ist uns wichtig, dass die strafrechtliche Aufklärung durch die zuständigen Ermittlungsbehörden erfolgt und nicht durch die Kirche oder von ihr beauftragte Personen. Es darf nicht der Eindruck einer Paralleljustiz entstehen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die Anfrage der FDP-Fraktion, die wir hier beraten, halte ich insofern für problematisch, als Sie suggerieren, dass die Ermittlungsbehörden nicht das tun, was in ihrer Macht steht. Ich glaube, in diesem frühen Stadium - die Ministerin hat darauf hingewiesen - ist es äußert schwierig zu beurteilen, inwieweit sich aus der Studie, die ja gerade keinen juristischen Maßstab hat,

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Doch, natürlich!)

schon solche Erkenntnisse ableiten lassen, die dann tatsächlich auch in Ermittlungsverfahren münden. Ich finde, dass die Ministerin hier sehr überzeugend dargestellt hat, dass anhand der Informationen, die wir aus der Studie haben, nicht die Anhaltspunkte, nicht der konkrete Anfangsverdacht gegeben sind, um Durchsuchungen und Beschlagnahmen zu rechtfertigen. Das ist ja auch das, was an der Studie kritisiert wird: die fehlende Transparenz, dass die Verfasser der Studie nur anonymisierte Daten bekommen haben. Ich glaube, da ist erst einmal die Kirche in der Pflicht, hier für Aufklärung zu sorgen und diese Informationen nun endlich zur Verfügung zu stellen.

Ich habe die Erwartung und das Vertrauen in die Ermittlungsbehörden, dass dort, wo konkrete Anhaltspunkte im Sinne eines Anfangsverdachts vorliegen, ermittelt wird. Dazu besteht bei Offizialdelikten eine gesetzliche Verpflichtung. Rechtsstaatliche Maßstäbe müssen für alle Straftaten gelten, auch für schwere Straftaten, und das muss die Gesellschaft aushalten - wobei ich meinem Kollegen Limburg ausdrücklich recht gebe, dass es sehr schwierig ist, das zu kommunizieren. Ich glaube, da haben wir alle miteinander die Verantwortung, zu versuchen, den Menschen diese Verfahren auch so zu erklären und darauf hinzuweisen, wenn es zu diesen Situationen kommt, damit eben nicht der Eindruck entsteht, dass hier nicht mit dieser Entschiedenheit gehandelt wird.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Nun zur Positionierung der Ministerin: Das kann man so sehen wie Sie, dass das eine Einmischung ist. Ich finde es aber richtig, dass sie sich - gerade wenn es so schwierig ist wie hier, weil diese benötigten Akten und die konkreten Namen von Opfern und Tätern eben nicht zur Verfügung stehen - hier klar positioniert hat und die deutliche Aufforderung an die Kirche, an die Bistümer ausgesprochen hat, den Staatsanwaltschaften die Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Das ist das richtige Zeichen, und so, wie ich die Reaktionen aus der Kirche wahrnehme, ist diese Botschaft auch angekommen. Ich danke der Ministerin ganz ausdrücklich für ihre Haltung an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ähnlich klare Äußerungen habe ich jedenfalls aus anderen Ländern nicht wahrgenommen.

Ich will noch einen Satz zum Opferschutz sagen. Es ist uns auch sehr wichtig, dass genau das, was in Niedersachsen beim Opferschutz an Unterstützungsangeboten zur Verfügung steht, den Opfern dieser schrecklichen Taten zur Verfügung gestellt wird. Wir als SPD wollen nicht nur die Debatte darüber führen, wie man Unterstützungsangebote zugänglich machen kann, sondern auch darüber, ob wir hier zusätzliche Unterstützungsangebote genau für diese spezielle Situation brauchen.

Zusammenfassend haben wir die Erwartung, dass die Bistümer den Ermittlungsbehörden unverzüglich alle Akten zur Verfügung stellen, wir begrüßen die Initiative der Ministerin, die die Kirche in die Pflicht genommen hat, hier alles offenzulegen, und wir haben Vertrauen in die Ermittlungsbehörden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Prange. - Jetzt spricht für die CDU-Fraktion Kollege Calderone. Bitte sehr!

(Beifall bei der CDU)

Christian Calderone (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf gleich zu Beginn und vor dem Versuch einer kleinen rechtspolitischen Einordnung sagen, dass mich als Christen, als Katholiken die Inhalte der im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz vorgelegten Studie sprachlos machen und erschüttern. Es beruhigt dabei in keiner Weise, dass sexueller Missbrauch kein spezifisches Problem der katholischen Kirche ist. Sexueller Missbrauch ist nach Studien überall

dort vermehrt, wo es Abhängigkeitsverhältnisse, Verhältnisse der Über- und Unterordnung gibt, und nicht zuletzt ist auch Familie, ist das persönliche Umfeld Ort sexuellen Missbrauchs.

Diese Aussage, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist zur Relativierung nicht geeignet. Auf der anderen Seite muss sich die Kirche das Verhalten ihres Klerus, ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Situation in ihren Einrichtungen und ihr eigenes Verhalten bezüglich Aufklärung deswegen politisch und moralisch in besonderer Weise zurechnen lassen, weil sie auch einen besonderen moralischen Anspruch und eine besondere moralische Wächterfunktion gegenüber der Gesellschaft geltend macht.

Meine Damen und Herren, ich bin Frau Justizministerin Havliza dankbar, dass sie auf diese Fragestunde mit persönlicher Emotionalität, aber rechtlicher Nüchternheit reagiert hat. Denn die Qualität unseres Rechtsstaates zeigt sich nicht zuletzt in Fällen, die - um zum Beginn zurückzukehren - erschüttern. Auch die Vertreter des Rechtsstaates dürfen sich erschüttern lassen. Der Rechtsstaat aber muss sein Selbstverständnis, seine Verfahren, seine Grundsätze stets beachten. Das, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Lindner, ist Teil des Ernstnehmens, das Sie eingefordert haben.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Birkner! -Anja Piel [GRÜNE]: Birkner, nicht Lindner!)

Ohne Ansehen der Person zu handeln und zu entscheiden, das gilt nämlich für und wider, meine sehr verehrten Damen und Herren, das gilt zulasten und das gilt zugunsten.

Herr Dr. Birkner, tatsächlich darf der Rechtsstaat in diesen skizzierten Fällen nicht nur deswegen nicht ohne hinreichend konkreten Anfangsverdacht tätig werden, weil es sich um die Kirche handelt. Die Einschätzungen der Staatsanwaltschaften dazu haben wir mehrfach gehört. Der Rechtsstaat darf aber auch Schritte nicht unterlassen, weil es sich um die Kirche handelt. Das hat die Frau Justizministerin hier sehr deutlich gemacht und dabei auch dargestellt, dass das Ministerium bei der Wahrung der Unabhängigkeit der Justiz die notwendigen Gespräche in dieser Sache führt.

Deshalb ist, glaube ich, auch der Vergleich mit VW nicht sehr hilfreich, sondern sogar schändlich,

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Schändlich? Das ist ein unparlamentarisches

Wort! Das steht auf der Liste, Herr Präsident!)

weil es bei VW, Herr Kollege Dr. Lindner,

(Zurufe: Birkner!)

- Birkner, Entschuldigung! - nur um finanzielle Fragen geht. Hier aber geht es um Menschen. Deswegen hat - - -

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist doch nun wirklich abwegig! Sie haben es nicht verstehen wollen, Herr Kollege! Lieber rumreden und falsche Argumente bringen!)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, keinen Disput, bitte! - Ich glaube aber, Herr Calderone, Sie meinten vorhin an der Stelle "schädlich".

Christian Calderone (CDU):

Schädlich! Danke, Herr Präsident. Weil es bei VW um finanzielle Fragen, um wirtschaftliche Fragen geht und hier tatsächlich um Menschen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Es geht um eine Institution, die von sich aus Straftaten benannt hat! Das ist doch lächerlich, was Sie hier machen! Sie versuchen, das Argument zu diskreditieren!)

Sensibilität, Herr Kollege, hat eben nichts mit Untätigkeit zu tun. Deswegen halte ich das Vorgehen der Ministerin und des Ministeriums in dieser Frage für richtig.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ohne Ansehen der Person - das ist im Übrigen eine biblische, eine alttestamentarische Aufforderung aus dem Buch Mose: vor Gericht kein Ansehen der Person.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Sich auf ein moralisch hohes Ross setzen und dann falsche Argumente bringen!)

Meine Damen, meine Herren! Herr Kollege, ich mache weiter so. Als Jesus am Abend seiner Verhaftung mit den Jüngern in den Ölberg ging, so berichtet uns die Bibel, sagte er zu Petrus: "In dieser Nacht, ehe der Hahn kräht, wirst du mich dreimal verleugnen."

Ja, es gab erstens sexuellen Missbrauch auch durch Vertreter der katholischen Kirche, und ja, in

der Vergangenheit haben Amtspersonen der Kirche zweitens nicht stets den Eindruck erweckt, hinreichend klar, offen und transparent mit diesen Fällen umzugehen.

(Christian Grascha [FDP]: Was heißt "den Eindruck erweckt"?)

Durch die Einrichtung von sogenannten Missbrauchsbeauftragten in den Diözesen, durch die Inauftraggabe dieser Studie und die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse, durch die Stellungnahme der Bischöfe in Niedersachsen und nicht zuletzt durch die von Frau Ministerin angesprochene anvisierte Aktenübergabe liegt es an Kirche, das drittens tatsächlich zu vermeiden. Dabei erscheint mir auch die Feststellung wichtig, dass die Kirche in der Konkurrenz des deutschen und des kanonischen Rechts weltliche Verletzungen der weltlichen Sanktionslogik überlassen muss und diese weltlichen Verletzungen nicht selbst aburteilen darf.

Meine Damen und Herren, mit jedem widerlichen Sachverhalt besteht auch die Chance, die Wirksamkeit und Objektivität unseres Rechtsstaates zu verdeutlichen. Diese Chance sollten wir als Politikauch um den Preis geringerer medialer Aufmerksamkeit - nicht gefährden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD sowie Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Calderone. - Meine Damen und Herren, zur Aussprache und auch im Übrigen liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass ich die Fragestunde als beendet betrachten kann.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 32:

Erste Beratung:

Spitzenforschung in Niedersachsen stärken - Universitäten bei der Exzellenzstrategie unterstützen! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1852

Einbringen möchte den Antrag für die SPD-Fraktion Dr. Silke Lesemann. Frau Kollegin, bitte sehr!

Dr. Silke Lesemann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Deutschland ist das Innovationsland Nummer eins - vor den Vereinigten Staaten! Zu diesem Ergebnis kam unlängst eine Studie des Weltwirtschaftsforums zur Wettbewerbsfähigkeit. Das ist zu einem großen Teil Verdienst der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie aller an den Hochschulen Beschäftigten, die unser Land als Wissenschaftsstandort nach vorn bringen. Damit das weiterhin so bleibt, ist es unsere Aufgabe, gute Rahmenbedingungen zu schaffen und unsere Hochschulen politisch wie finanziell mit Landesund Bundesmitteln bestmöglich zu unterstützen und zu fördern.

Zu diesen Rahmenbedingungen gehört die von Bund und Ländern gemeinsam getragene Exzellenzstrategie zur Stärkung universitärer Spitzenforschung. Dazu gehören aber auch die Nachfolgeprogramme zum Hochschulpakt, zum Qualitätspakt Lehre, zum Pakt für Forschung und Innovation und der Personalgewinnungspakt Fachhochschulen, deren Absicherung im Landeshaushalt und dauerhafte Verstetigung durch Bundesmittel wir voranbringen wollen.

Mit dem Erfolg in der Exzellenzstrategie gelang der niedersächsischen Wissenschaftslandschaft nun ein ganz bedeutender Schritt. Niedersachsens Universitäten zählen damit zu den besten in Deutschland. An dieser Stelle möchte ich den erfolgreichen Hochschulen noch einmal ganz herzlich zu ihrem Erfolg gratulieren und ihnen ganz viel Erfolg bei der Umsetzung wünschen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU sowie Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen, meine Herren, dieser herausragende Erfolg der niedersächsischen Wissenschaftslandschaft ist mit der Chance verbunden, dass drei Universitäten den Titel Exzellenzuniversität erringen und damit in den Genuss einer dauerhaften Förderung ihrer Spitzenforschung kommen könnten. Die Leibniz Universität und die Medizinische Hochschule Hannover haben sich ebenso wie die TU Braunschweig die Teilnahme an der Bewerbung um den Titel Exzellenzuniversität durch ihre Erfolge bei den Exzellenzclustern gesichert. Als Regierungsfraktionen wollen wir diese Universitäten bestmöglich bei der Bewerbung um diesen Titel unterstützen.

Exzellenz, meine Damen und Herren, bedeutet aber nicht Exklusivität. Darum ist die Dynamik in der Exzellenzstrategie von entscheidender Bedeutung. Für die Hochschulen muss es immer wieder Chancen auf Teilhabe am Programm geben. Es geht uns mit diesem Antrag auch darum, die niedersächsische Hochschullandschaft insgesamt weiterhin konkurrenzfähig zu entwickeln und aufzustellen. Eine Auszeichnung im Rahmen der Exzellenzstrategie bedeutet neben enormer Innovationskraft vor allem positive Auswirkungen auf den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Exzellenzcluster und Universitäten können die Attraktivität ihrer Hochschulen und Standortkommunen steigern. Die Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen mit Unternehmen und der Transfer in die Wirtschaft und regionale Entwicklung hinein schärfen das Profil einzelner Kommunen und können sich vor Ort auch positiv auf die Beseitigung des Fachkräftemangels und auf die Generierung von Arbeitsplätzen auswirken.

Meine Damen und Herren, was bedeutet nun die Auszeichnung im Rahmen der Exzellenzstrategie für die Menschen in Niedersachsen? Welche Bedeutung haben die niedersächsischen Exzellenzcluster für unsere Städte und die regionale Entwicklung?

Spitzenforschung - das ist ganz klar - ist kein Selbstzweck. Sie trägt stattdessen entscheidend zur Profilbildung in Niedersachsen bei. Die Innovationskraft, die von unseren Unis ausgeht, wirkt auch in viele andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hinein. Dies ist auch eine ganz wichtige Aufgabe von Wissenschaft überhaupt: in die Gesellschaft hineinzuwirken und nicht im sogenannten Elfenbeinturm zu verweilen. Und ganz im Gegenteil: Die niedersächsischen Exzellenzprojekte werden sich ganz konkret auf unser Leben im Alltag auswirken können.

So steht die Erforschung neuer therapeutischer und diagnostischer Ansätze für Erkrankungen von Herz und Gehirn im Mittelpunkt des Clusters der Universität Göttingen.

Die Forscher des Clusters RESIST an der MHH interessieren sich dafür, warum manche Menschen anfälliger für Infektionen sind als andere. Das Wissen darüber erleichtert beispielsweise eine zielgerichtete und individuell auf die Patientinnen und Patienten abgestimmte Therapie.

Das Cluster Hearing4all der Universität Oldenburg will den Hörverlust im Alter ausgleichen oder auch Smartphones als Hörgeräte einsetzen. Tolle Sache!

Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie Spitzenforschung konkrete medizinische Verbesserungen für den Einzelnen bewirken kann.

Das interdisziplinäre Cluster der Leibniz Universität PhoenixD erforscht, wie sich optische Präzisionsgeräte preiswerter entwickeln lassen - für schnellere Blutanalysen oder auch eine gezieltere Unkrautvernichtung per Laser.

Mobilitätsforschung: Auch die Erforschung nachhaltiger und energieeffizienter Luftfahrtsysteme im Cluster der TU Braunschweig kann am Ende langfristige und weniger umweltbelastende Lösungen vorantreiben.

Das Projekt Quantum Frontiers der Leibniz Universität erforscht die Grundlagen und Anwendungen in der Metrologie und eine Messtechnik, die es ermöglicht, Grundeinheiten wie Masse oder Zeit noch exakter zu definieren. Bereiche wie Navigation und Erdbeobachtung, die Zeitsynchronisation oder die Materialentwicklung können hiervon ganz entscheidend profitieren.

Das alles, meine Damen und Herren, sind Vorhaben, von denen Wirtschaft, regionale Entwicklung und auch jeder Einzelne von uns profitieren kann. Deshalb wollen wir mit diesem Antrag die Vernetzung der Hochschulen untereinander, aber auch mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die an den Hochschulstandorten angesiedelt sind, verbessern und auch Start-ups fördern.

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass diese herausragenden Forschungsprojekte in Niedersachsen die Unterstützung durch die Exzellenzstrategie erhalten werden. Es sind keine Prestigeprojekte, sondern sie wollen ganz konkret etwas für die Verbesserung des Alltags der Menschen tun. Dies können sie nur schaffen, wenn sie ausreichend ausgestattet und finanziert werden, wenn Forschung und Lehre auch in der Breite gefördert werden, damit immer wieder junge Leute nachwachsen können.

So sehr wir uns in Niedersachsen über die Clusterentscheidungen und die damit einhergehende Förderung im Rahmen der Exzellenzstrategie freuen, so sehr müssen und werden wir auch weiterhin an vielen anderen Rahmenbedingungen arbeiten, die Forschung und Lehre unserer Hochschulen in Niedersachsen betreffen.

Die Ergebnisse der Exzellenzstrategie zeigen auch, dass Spitzenforschung überall dort stattfindet, wo sich Menschen mutig für Forschung und Innovation zusammentun und ihre Ideen frei entwickeln können. Hierfür braucht es eine solide Grundfinanzierung unserer Hochschulen. Sie alle leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag und wirken mit ihrer Forschung und auch Lehredie ist nicht zu vergessen, eine ganz wichtige Sache! - in die Gesellschaft hinein. Es sollte unser Ziel sein, diese Forschung gemeinsam mit dem Bund auf ein vernünftiges finanzielles Fundament zu stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Dr. Lesemann. - Es folgt die Fraktion der CDU. Der Abgeordnete Christoph Plett erhält das Wort. Bitte sehr!

(Beifall bei der CDU)

Christoph Plett (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben es gerade schon einmal vernommen, aber es ist notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen: Das Schweizer Weltwirtschaftsforum hat Deutschland vor Kurzem ausgezeichnete Noten in der Innovationsfähigkeit bescheinigt.

Damit diese Fähigkeit auch in der Zukunft erhalten und gesteigert werden kann, ist es notwendig, unsere niedersächsischen Universitäten zu befähigen, unsere Zukunft mitzugestalten. Mit der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder wird dies gewährleistet.

Von insgesamt zehn niedersächsischen Vollanträgen wurden sechs für eine siebenjährige Förderung ab dem 1. Januar 2019 ausgewählt. Hierbei ist deutlich zu machen, dass die Anzahl der Exzellenzcluster von drei in der zweiten Phase der Exzellenzinitiative auf sechs verdoppelt wurde. Ein toller Erfolg für die beteiligten Universitäten, nämlich die Technische Universität Braunschweig, die Leibniz Universität Hannover, die Medizinische Hochschule Hannover, die Universität Göttingen und natürlich auch die Universität Oldenburg! Wir sehen also: Im Flächenland Niedersachsen ist die Exzellenzstrategie breit vertreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auf eines hinweisen. Wenn wir einen Überblick der Anträge der einzelnen Länder angucken, müssen wir darauf hinweisen: Wir haben 6 Cluster - ich habe es gerade erwähnt - und Bayern hat nur 5,5. Was damit verbunden ist, zeigt deutlich der Mittelzufluss, der Mittelzufluss in unser Land. Wir müssen das Verhältnis zwischen Süden und Norden in der Frage der Wissenschaftspolitik beeinflussen. Denn wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Fördermittel in unser Bundesland kommen. Dazu haben wir mit diesen sechs Anträgen auf jeden Fall etwas geleistet, insbesondere natürlich die Universitäten.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Wir können mit Stolz darauf verweisen, dass wir im Land Niedersachsen die forschungsintensivste Region in Braunschweig und in den benachbarten Städten haben. Wir liegen auch - das ist ein weiterer Beweis dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind - vor der Region Stuttgart.

Ich möchte dies mit zwei Beispielen verdeutlichen:

Erstens: nachhaltige und energieeffiziente Luftfahrtsysteme. Der Forschungsverbund, bestehend aus der Leibniz Universität Hannover, der TU Braunschweig und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, hat zum Ziel, wissenschaftliche Grundlagen und Technologien für einen nachhaltigen und energieeffizienten Luftverkehr zu schaffen. Im Fokus stehen dabei neben der Flugphysik vor allem hybride Energiesysteme, die zu ganz neuen Flugsystemen führen werden. Die TU Braunschweig nimmt damit eine führende Rolle in der Mobilitätsforschung ein.

Die langjährige Zusammenarbeit der Universität Hannover mit der TU Braunschweig und dem Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum - und damit verbunden die internationale Reputation - wird im Cluster "Nachhaltige und energieeffiziente Luftfahrtsysteme" durch Wissenschaftler aus der Elektrotechnik, der Energieforschung und dem Design erweitert. Die in diesem Projekt an der TU Braunschweig beispielhaft gezeigte Transferkette - von der Grundlagenforschung bis hin zur Anwendung zeigt die Bandbreite der Forschungsleistung der TU Braunschweig, aber auch aller niedersächsischen Hochschulen und ihrer außeruniversitären Forschungspartner. Neben jahrelangen erfolgreichen Vorarbeiten durch exzellente Wissenschaftlerinnen - Frau Viehoff, Wissenschaftlerinnen! - und Wissenschaftler liegt das an der besonders ausgeprägten Vernetzungs- und Kooperationskultur zwischen den Universitäten und ihren außeruniversitären Forschungspartnern.

Durch Kooperationen und Vernetzung innerhalb eines Spitzenforschungsprojektes erfolgt Forschung in größeren Dimensionen, und zwar über die Grenzen der Fächer hinaus. Von den Grundlagen bis zur Anwendungsreife zu denken, ist aus Sicht der CDU der richtige Weg, um auch auf anderen Forschungsgebieten wichtige gesellschaftliche und technische Fragestellungen lösen zu können. Das vorgenannte Projekt kann die Grundlage dafür sein, dass wir in nicht allzu weiter Zukunft anders fliegen werden, als wir es heute tun.

Zweitens: Licht und Materie an der Quantengrenze. Ein weiterer Schwerpunkt des Clusterzuschlags ist die Nanomesstechnik, eine Spezialität vor allem der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig. In diesem Cluster geht es darum, die Grenzen des Messbaren mittels Quanten- und Nanotechnologie zu erforschen. Ebenfalls an diesem Projekt beteiligt sind die Leibniz Universität Hannover und die TU Braunschweig. Das Förderprogramm Spitzenforschung in Niedersachsen zur Vorbereitung der Exzellenzanträge war nach unserer Auffassung für den Erfolg eine entsprechende Unterstützung, deren Fortsetzung bzw. Weiterentwicklung wünschenswert wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Teil der Überschrift des Antrages lautet: "Universitäten bei der Exzellenzstrategie unterstützen". Zur Absicherung bzw. dauerhaften Verstetigung der genannten Erfolge wäre aus Sicht der CDU auch die Nennung des Bund-Länder-Programmes zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses von hohem Interesse. Das Programm ist auch unter dem Namen 1 000-Professuren-Programm bekannt und befindet sich kurz vor der zweiten und letzten Bewilligungsrunde. Wegen der langen Programmlaufzeit ist es jedoch für die Hochschulen wichtig, insbesondere den Aspekt der Verstetigung präsent zu halten.

Das Land Niedersachsen hat nun die Chance, zwei Exzellenzuniversitäten zu erhalten: Braunschweig sowie den Forschungsverbund der Universität Hannover mit der MHH. Für diese Universitäten wird es nach den Exzellenzclustern noch einmal wirklich anstrengend und herausfordernd, bis zum 10. Dezember 2018 den Antrag auf Exzellenzuniversität einzureichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern alles erdenklich Gute wünschen, dass Mut und Ausdauer der Beteiligten in den genannten Universitäten belohnt werden und damit die Forschungseinrichtungen Exzellenzuniversitäten genannt werden dürfen.

Ich darf abschließend dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur, insbesondere Minister Thümler und der Staatssekretärin Johannsen, ganz herzlich für die ausgezeichnete Arbeit bei den vorbereitenden Arbeiten danken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Wir danken auch, Herr Kollege Plett. - Für die FDP wird jetzt die Abgeordnete Susanne Victoria Schütz sprechen. Bitte sehr, Frau Schütz!

Susanne Victoria Schütz (FDP):

Danke. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch an dieser Stelle herzliche Glückwünsche der FDP-Fraktion an die Universitäten, die Zuschläge für Exzellenzcluster erhalten haben! Das ist ein weithin sichtbarer Beweis für die Qualität ihrer Forschung, national sichtbar. International sichtbar!

Der Moment der Verleihung war spannend. Viele von uns haben ihn mitverfolgt. Gesteigert wurde die Spannung noch dadurch, dass die Gewinner nicht vorgelesen wurden, sondern darauf hingewiesen wurde, man könne jetzt - in diesem Moment - eine Liste herunterladen. Und dieser Moment war dann mehrere Minuten lang, in denen man nichts sehen konnte, weil ganz offenbar zu viele Zugriffe gleichzeitig erfolgten.

Damit sind wir ganz nebenbei bei den Realitäten, die auch an den Hochschulen vorherrschen. Netzausbau und Rechenleistung müssen stimmen, um Lehre genauso wie Spitzenforschung betreiben zu können. Die Universitäten in Göttingen, Oldenburg, Braunschweig und Hannover sowie die Medizinische Hochschule Hannover konnten mit beeindruckender Forschung und guten Präsentationen punkten.

Das einzige Projekt in der Luft- und Raumfahrt ging nach Braunschweig. Die Metrologie in Hannover und Braunschweig konnte gemeinsam punkten, und ein paar mehr Menschen kennen durch die Berichterstattung jetzt vielleicht den Unterschied zwischen Metrologie und Meteorologie - hoffe ich zumindest.

Die Forschungsprojekte der MHH zu Abwehrschwächen und zu Cochlea-Implantaten bedeuten große Fortschritte für uns alle und für Gehörlose in dem letzteren Fall.

Forschung in der Biologie und in optischen Systemen: Am liebsten möchte man Filmchen einspielen, um allen Clustern gerecht werden zu können.

Spitzenforschung ist das Tüpfelchen auf dem i. Sie macht Universitäten international bedeutend, sie ist die Grundlage für viele Anwendungen, zum Teil auch später. Und sie macht nicht nur die Universitäten bekannter, auch Niedersachsen und Deutschland in der Wissenschaftswelt. Es können Vernetzungen entstehen, aus denen wieder Neues erwächst.

Für Liberale gehört Begeisterung für Forschung und Fortschritt zu den Genen: Forschung und darauf aufbauende Anwendung. Praktische Erfindungen ermöglichen Fortschritt, genauso wie sie Arbeitsplätze schaffen und die Grundlage für unseren Wohlstand bilden. Deutschlands Kapital schlummert in den Köpfen, nicht irgendwo unter der Erde. Diese Köpfe gilt es optimal zu fördern.

Die FDP schließt sich dem vorliegenden Antrag inhaltlich voll an. Die aufgezählten Punkte können wir unterschreiben.

Ein bisschen Kritisches anzumerken, sei mir aber noch gestattet.

Zum einen sind da die in der Begründung sogar explizit erwähnten Digitalisierungsprofessuren. Die halten auch wir für dringend erforderlich, was wir mit einem Antrag kürzlich auch noch einmal unterstrichen haben, als diese im Haushalt für 2019 nun so gar nicht vorkamen. In unserem Gegenhaushalt schlagen wir eine Summe vor, um doch anzufangen, 50 von ihnen einzurichten. Wir hoffen sehr, dass auch die Parteien, die die Landesregierung tragen, hier noch nachbessern.

Der andere Wermutstropfen ist, dass wir vor Begeisterung über die Spitzenforschung und ihre Leistungen nicht die Lehre als andere Aufgabe unserer Hochschulen aus den Augen verlieren dürfen. Die Kritik an der Exzellenzstrategie, die uns bekannt ist, ist ja nicht völlig unbegründet. Die Spitzenforschung darf nicht abheben von der restlichen Forschung und nicht von der Lehre. Elite darf nicht gegen den Rest der Forschung und deren Vermittlung ausgespielt werden. Die Preisträ-

ger dürfen den Erfolg ernten, aber der Rest der Hochschullandschaft darf nicht enttäuscht daneben stehen.

Wir brauchen eine Qualitätsoffensive in der Lehre, mehr Lehramtsstudenten, denen nämlich die wichtige Aufgabe obliegen wird, ihr Berufsleben lang bei unseren Kindern und Kindeskindern Begeisterung für Wissenschaft zu wecken - die wohl wichtigsten Multiplikatoren in die breite Masse, die die Wissenschaft hat. Zur Stärkung der Lehramtsausbildung hat die FDP-Fraktion ja nun kürzlich auch gerade einen Antrag in den Wissenschaftsausschuss eingebracht. Auch das stärkt unsere Hochschulen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Es folgt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kollegin Eva Viehoff. Bitte!

Eva Viehoff (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben viele Hochschulen in Niedersachsen. Darunter haben wir große wie die Unis in Göttingen, Hannover oder Braunschweig, aber auch kleine wie die Uni Vechta. Ob groß, ob kleinfür alle Hochschulen gilt: Sie legen die Basis für Wachstum und Wohlstand. Sie entfachen Kreativität und Innovation. Sie befeuern den Transfer von Wissen in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie alle sind wichtig. Sie alle leisten eine gute wissenschaftliche Arbeit. Und alle diese Hochschulen tragen dazu bei, wenn es darum geht, die Forschung in Niedersachsen voranzubringen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das vorangestellt, komme ich jetzt zum vorliegenden Antrag. Ich werde jetzt nicht noch mal allen gratulieren und alle Cluster aufzählen. Ich glaube, alle, die heute hier sind, haben das gehört. SPD und CDU haben sich ja auch schon verdünnt, weil es jetzt vielleicht doch zu oft gewesen ist. Dies vorangestellt, komme ich also zu Ihrem Antrag:

Vizepräsident Bernd Busemann:

Kollegin, "verdünnt" hat sich hier niemand.

Eva Viehoff (GRÜNE):

Doch.

(Zuruf von der CDU: Insbesondere ich nicht!)

- Ich habe ja Einzelne nicht angesprochen. Aber meine Zeit läuft.

Der Antrag erweckt den Anschein, dass das Parlament dem Wissenschaftsminister sagen muss, was er eigentlich zu tun hat, und ihn an seine Aufgaben erinnert. Ihre Forderungen in dem Antrag sind für mich Selbstverständlichkeiten. Der einzige Punkt, der wichtig ist, steht dann in der Begründung; denn da verweisen Sie auf die Drucksache 18/159. Siehe da: Das sind doch die Digitalisierungsprofessuren!

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ach nee!)

Da haben FDP und Grüne schon Anträge gestellt. Im Masterplan Digitalisierung ist der Beginn für die Einrichtung dieser Professuren für 2019 vorgesehen. Nun ja! Gestern konnten Sie ja mit dem Finger noch auf alle anderen zeigen und sagen: Ihr habt schuld. - Aber bei den Digitalisierungsprofessuren ist es nun die Aufgabe des Parlaments, die Gelder in den Haushalt einzustellen. Das müssen Sie vielleicht über Ihre politische Liste tun.

(Helge Limburg [GRÜNE]: So! - Jörg Hillmer [CDU]: Ja, Sie auch!)

- Ja, wir tun das auch.

Was braucht man aber, um exzellent zu sein? Wer exzellent sein will, darf nicht nur in exzellente Forschung investieren. Zuallererst muss er in die Breite investieren, in jeden Studierenden, in jede begeisterte Wissenschaftler und in jeden begeisterten Wissenschaftler in Niedersachsen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, alle unsere Hochschulen müssen daher finanziell gut ausgestattet sein. Wir müssen mehr für die Lehre tun, für den Betreuungsschlüssel, für Professorinnen und Professoren sowie für Studierende. Wir müssen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Perspektiven geben. All das könnte und sollte doch zuallererst die Förderlinie "Exzellenzuniversitäten" tun, und dort könnte es umgesetzt werden.

Doch weder diese Förderlinie noch die gesamte Exzellenzstrategie leistet dies, weil sie zu forschungslastig ist. Also, meine Damen und Herren, auf in die Beratung des Antrages, in dem es ja

darum geht, die Anträge zur Exzellenzuniversität zu unterstützen! Denn es ist klar, dass wir zeitlich in der Beratung so ankommen werden, dass wir den Antrag endgültig hier im Parlament verabschieden, wenn die Antragstellerinnen und Antragsteller ihren Antrag gerade Korrektur lesen, nämlich Mitte Dezember. Jeder, der studiert hat, weiß, dass da jede Unterstützung hilfreich ist. Diese wird sicher gerne angenommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Viehoff. - Es fehlt jetzt noch die Fraktion der AfD. Es spricht der Abgeordnete Harm Rykena. Bitte sehr, Herr Rykena!

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gerne befassen wir uns auch noch ein zweites Mal mit der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder; denn auch wir sind von der Wichtigkeit des Vorhabens überzeugt.

(Zuruf von Jörg Hillmer [CDU])

- Ja, ich weiß nun, wie viele es waren. Das hatten wir schon fast vermutet, und es hat sich danach, was Herr Minister Thümler mir gerade mitgeteilt hat, bestätigt.

Sie haben in Ihrem Antrag fünf Einzelpunkte aufgezählt, die wir mit einem "Ja, aber" beantworten müssen.

Natürlich halten wir die Unterstützung der Landesregierung für die Universitäten beim Einwerben von Forschungsgeldern auf nationaler und internationaler Ebene für dringend geboten. Mehr Geld für die niedersächsischen Universitäten ist immer zu befürworten, und da gibt es von uns ein klares Ja.

Jetzt kommt das Aber. Wir als Landtag sollten nicht unseren kritischen Blick auf die vorgegebenen Vergabekriterien und -mechanismen der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder verlieren. Beispielsweise - darauf zielte meine Frage vorhin - steht der hohe bürokratische Aufwand für das Bewerbungsverfahren in der Kritik. Wir sollten diesen bürokratischen Aufwand leisten, aber wir sollten nicht vergessen, dass er grundsätzlich eigentlich kritikwürdig ist.

Um Aussicht auf Erfolg zu haben, müssen die Universitäten über mehrere Jahre einen unglaublich hohen Personalaufwand betreiben. Das wissenschaftliche Personal ist für diesen Zeitraum mehr

mit Selbstvermarktung und dem Erfüllen bürokratischer Anforderungen beschäftigt als mit der eigentlichen Forschung.

Ein weiteres Beispiel berechtigter Kritik ist das Hauptvergabekriterium selbst; denn die Universitäten bewerben sich um Forschung, die in der Zukunft stattfinden soll. Hierzu eine Aussage des Wissenschaftsexperten Dieter Imboden:

"Universitäten können sich nicht alle paar Jahre ein neues "Zukunftskonzept" ausdenken."

Herr Imboden muss es wissen, schließlich leitete er doch die nach ihm benannte Imboden-Kommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative. Er schlug stattdessen vor, sich mehr an den sogenannten Past merits zu orientieren. Damit sind Exzellenzprämien für bereits erbrachte Leistungen gemeint.

Wir halten diesen Vorschlag für diskussionswürdig, weil er den bürokratischen Aufwand erheblich verringern würde und sich unsere Wissenschaftler auf ihre Kernaufgaben konzentrieren könnten, nämlich auf die Forschung selbst. Daher werden wir den Antrag im Ausschuss kritisch begleiten und freuen uns auf hoffentlich konstruktive Diskussionen.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Rykena. - Jetzt hat die Landesregierung das Wort. Es spricht Herr Minister Björn Thümler. Bitte sehr!

Björn Thümler, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will inhaltlich nichts zu dem Antrag sagen, weil wir den ausdrücklich begrüßen und auch als Rückenwind für das empfinden, was wir vorbereitet haben, was wir durchführen werden und wie sich die Forschungs- und Wissenschaftspolitik in den nächsten Jahren weiterentwickelt. Gestatten Sie mir aber einige kurze Bemerkungen.

Ich habe gerade von Frau Viehoff gehört, dass sich das Parlament wieder so klein macht. Sie sind der Haushaltsgesetzgeber, und Sie entscheiden am Schluss über den Haushalt. Deswegen ist das ein gemeinsames Aufstellen eines Haushaltsplanes. Unabhängig davon, ob die Landesregierung oder irgendjemand anderes etwas hineinschreibt,

ist es am Ende ein Gesamthaushaltsplan. - Da darf man nicht den Kopf schütteln, sondern muss im Grunde genommen selbstbewusst als Parlamentarier sagen: Jawohl, so ist das. Wir gestalten eben mit.

(Zustimmung bei der CDU)

Das Zweite ist: Lassen Sie es ruhig unsere Sorge sein, ob sich Digitalisierungsprofessuren da wiederfinden oder nicht. Sie können davon ausgehen, dass ab 2019 welche ausgeschrieben werden. Dementsprechend bin ich ganz froh, dass der Kernbestandteil des Antrages weiter mit Inhalt gefüllt wird. Deswegen vielen Dank an die beiden regierungstragenden Fraktionen für diesen Antrag! Er ist hervorragend.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, zum Tagesordnungspunkt 32 liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass ich zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen kann.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 33, Fortführung Landesprogramm- Radschnellwegenetz für Niedersachsen.

Ich greife zurück zu Tagesordnungspunkt 32.

Die Beratungen waren beendet, und natürlich muss die Ausschussüberweisung folgen.

Wir schlagen vor: federführend der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur und mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer so befinden will, der hebe die Hand! - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Jetzt geht es weiter mit Tagesordnungspunkt 33:

Tagesordnungspunkt 33:

Erste Beratung:

Fortführung Landesprogramm - Radschnellwegenetz für Niedersachsen! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - <u>Drs. 18/1833</u> Einbringen möchte den Antrag für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kollege Detlev Schulz-Hendel. Bitte sehr! Ich erteile Ihnen das Wort.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Wollen wir noch warten, bis der Minister da ist? - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Wir starten aber schon mal die Redezeit! Das wäre doch ein Kompromiss!)

Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Minister ist noch nicht da. Ich fange trotzdem an.

Vor drei Jahren ist das Klimaschutzabkommen von Paris unterzeichnet worden. Tatsächlich steigt der CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor munter weiter. Immer mehr Autos verstopfen in wachsenden Städten und Kommunen die Straßen - und das nicht nur zu Verkehrsspitzenzeiten. Dicke Luft, Lärm, verschwendete Zeit und begrenzter Raum machen den Menschen das Leben schwer und gefährden ihre Gesundheit. Mobilität, meine Damen und Herren, muss als Ganzes gedacht werden, und zwar so, dass auch Radfahrer und Fußgänger gleichberechtigte Verkehrspartner sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine Verkehrswende, und zwar jetzt! Wer das nicht begreift, macht Politik an den Menschen vorbei, und das wird - das sehen Sie - von den Wählerinnen und Wählern nicht honoriert.

Was hat Sie von der GroKo nur geritten, das gute Programm für Radschnellwege in Niedersachsen auslaufen zu lassen?

Bei einer ersten Bedarfsanalyse des Bundes und der Länder sind 80 Projekte mit einer Gesamtlänge von 1 400 km gemeldet worden. Andere Minister wie Tarek Al-Wazir in Hessen machen erste Spatenstiche für den Neubau von Radschnellwegen, während hierzulande Rot-Schwarz das vielversprechende Programm beerdigt.

Herr Minister Althusmann, schön, dass Sie jetzt da sind! Der grüne Minister Al-Wazir ist Hessens beliebtester Landespolitiker. Davon sind Sie, Herr Minister, mit Ihrer Verkehrspolitik in Niedersachsen meilenweit entfernt.

(Widerspruch von der CDU)

Wo wir schon einmal bei Telefonnummern sind: Ich habe die Nummer von Herrn Al-Wazir hier. Sie können sich gern beraten lassen! (Jörg Bode [FDP]: Aber nicht, dass das eine Faxnummer ist! - Heiner Schönecke [CDU]: Kein Anschluss unter dieser Nummer!)

Seit 2017 stellt Niedersachsen den Kommunen das Geld dafür zur Verfügung. Die Kommunen haben sich gerade erst auf den Weg gemacht und brauchen natürlich Zeit, um seriöse Machbarkeitsstudien durchzuführen, bevor sie die Projekte anmelden und in die Planung gehen können. Wenn Sie in dieser Debatte ehrlich wären, dann würden Sie auch zugeben, dass die von uns zur Verfügung gestellten 12,35 Millionen Euro eigentlich schon weg sind. Eine Reihe weiterer Projekte steht vor der Anmeldung und wird leer ausgehen, wenn nicht noch etwas passiert. Das Programm zu beerdigen, ist ein falsches Signal zur falschen Zeit am falschen Ort. Ausbremsen statt Hochschalten, meine Damen und Herren, ist der falsche Weg!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kommunen brauchen eine verlässliche und verstetigte Förderung, damit sie planen können. Das Programm auf Bundesebene deckt bei Weitem nicht den Bedarf ab, mit dem wir es in Niedersachsen zu tun haben. Viele Projekte sind von diesem Programm ausgeschlossen. Die Hürden sind enorm hoch. Es müssen mindestens 10 km Länge angemeldet werden. Ein Großteil der Projekte, die mir bekannt sind, wird daran scheitern. Jährlich wird ohnehin ein Anteil von nur 2,6 Millionen Euro auf Niedersachsen entfallen. Damit lassen sich, meine Damen und Herren, maximal 5 km Radschnellweg bauen. Für einen Radschnellweg ist das aber herzlich wenig, will man dann doch gerade über längere Distanzen das Umland mit den Zentren verbinden. Ich sehe nicht, wie die Kommunen einen Großteil der Kosten selbst übernehmen können. Deswegen brauchen wir dauerhaft ergänzende Landesmittel, um die Lückenschlüsse zu finanzieren, und wir brauchen auch eine inhaltliche Unterstützung durch das Land, um die Kommunen bei der Planung von Radschnellwegen zu begleiten.

Autofahrer gegen Radfahrer - diese künstliche Hetze wird ja immer wieder gern ins Feld geführt, wie wir auch in diesem Plenum wieder gehört haben. Dieser Gegensatz fällt aber in sich zusammen, wenn es um Radschnellwege geht.

In Niedersachsen haben wir rund 3,7 Millionen Berufspendlerinnen und -pendler. Bei ihnen könnten wir offene Türen einlaufen, aufs Rad umzusteigen, wenn wir ihnen ein sicheres und eigenes Radwegenetz anbieten würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rund 55 % der Pendlerinnen und Pendler würden mit dem Rad zur Arbeit fahren bzw. häufiger das Rad nutzen, wenn es Radschnellwege gäbe. Das wären allein in Niedersachsen rund 1,8 Millionen Berufstätige. Liebe GroKo, lassen Sie die Menschen doch ihr Verkehrsverhalten ändern! Sorgen Sie für die Strukturen, die notwendig sind! Zwingen Sie die Menschen nicht dazu, Auto zu fahren, weil die Radwege ein Flickenteppich aus Kompromissen sind und weil die Menschen aus Angst um ihre Gesundheit das Rad stehen lassen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie wirklich Politik auch für den kleinen Handwerksbetrieb und seinen Dieseltransporter machen wollen, dann sorgen Sie dafür, dass Radschnellwege gebaut werden! Jeder Radschnellweg entlastet die Straßen, insbesondere in den Ballungszentren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 250 km Radschnellwege bis zum Jahr 2025 sind natürlich ein ehrgeiziges Ziel, aber, wie gesagt, mit ernsthaftem Gestaltungswillen durchaus zu erreichen. Ein Programm, das Mittel und Kompetenzen auf Landesebene bündelt, ist eine wichtige Grundlage für ein funktionierendes Radschnellwegenetz in Niedersachsen.

Herzlichen Dank. Ich hoffe, Sie stimmen im Ausschuss unserem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Schulz-Hendel. - Jetzt ist die Fraktion der SPD dran: Kollegin Sabine Tippelt. Bitte sehr! Ich erteile Ihnen das Wort.

Sabine Tippelt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion teilt die Ansicht der Grünen, dass die Fahrradverkehrsinfrastruktur in Niedersachsen weiter ausgebaut werden muss.

(Zustimmung bei der SPD und von Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE])

- Genau! Da ist zu klatschen, Herr Schulz-Hendel!

(Vizepräsident Frank Oesterhelweg übernimmt den Vorsitz)

Auf das immer höher werdende Aufkommen des Fahrradverkehrs müssen wir mit geeigneten Maßnahmen reagieren. Darum haben SPD und CDU die Mittel für die Sanierung von Radwegen an Landesstraßen im Haushaltsplan 2019 mit 10 Millionen Euro doppelt so hoch wie in den Vorjahren veranschlagt.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Des Weiteren sieht der Haushalt für 2019 vor, dass 5 Millionen Euro in den Neubau von Radwegen fließen. So soll sich der Fahrradanteil am Modal Split noch weiter erhöhen. Auch dieses Ziel teilen wir mit den Grünen.

Allerdings ist die in Ihrem Antrag genannte Zahl, den Fahrradanteil am Modal Split für Berufspendler in einem Flächenland wie Niedersachsen auf 30 % zu steigern, unrealistisch. Das brauche ich nicht weiter auszuführen. Das haben wir gestern schon gemacht, und Herr Bode hat das, denke ich, ziemlich gut dargestellt.

(Zustimmung von Jörg Bode [FDP] -Helge Limburg [GRÜNE]: Wir haben starke Beine!)

Außerhalb der größeren Städte gibt es für die Pendler in Niedersachsen kaum eine Alternative zum Auto. Die verkehrspolitische Realität sieht in vielen Teilen Niedersachsens anders aus als in den Großstädten. Die weiten Strecken sind für Radfahrer nicht zu bewältigen. Die öffentlichen Nahverkehrsmittel sind außerhalb der Ballungszentren meist nur auf den Schülerverkehr abgestimmt und deshalb für Pendler keine flexible Alternative.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Antrag der Grünen stellt zu Recht fest, dass sich Niedersachsen mit dem Haushalt 2017/2018 mit dem Ansatz von 12,35 Millionen Euro auf richtigen Weg in Richtung Radschnellwege befindet.

Nun noch ein paar Dinge zum Antrag der Grünen, die man bei einer sachlichen Debatte unbedingt ansprechen muss.

Zunächst einmal ist es richtig, meine Damen und Herren, dass im Einzelplan 08, dem Verkehrsetat, für das Haushaltsjahr 2019 keine weiteren Mittel für die Radschnellwege zur Verfügung stehen. Allerdings - das ist hier gestern und vorgestern schon ausführlich debattiert worden - stehen die Mittel noch zur Verfügung. Wir haben hier versucht, Ihnen klar und deutlich näherzubringen,

dass die Mittel übertragen werden können und für das Jahr 2019 weiter zur Verfügung stehen. Insofern sieht die Realität, meine Damen und Herren, anders aus, als sie von den Grünen in diesem Antrag und auch über Pressemitteilungen dargestellt wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Frau Kollegin, Entschuldigung! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schulz-Hendel?

Sabine Tippelt (SPD):

Nein, wir haben uns in den letzten Tagen genügend ausgetauscht.

(Zustimmung und Heiterkeit bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Jawohl, danke schön. Und Sie sind sogar noch dabei, Frau Kollegin!

Sabine Tippelt (SPD):

Die Regierungsfraktionen halten an dem 2017/2018 eingeschlagenen Weg zur Förderung von Radschnellwegen fest.

Ich will an dieser Stelle noch einmal betonen: Bislang wurden nur drei Anträge für Radschnellwege von Göttingen, Osnabrück und Hannover gestellt; sie sind im Verfahren. Das Geld ist noch nicht abgeflossen.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir haben den Sachverhalt jetzt ausgetauscht. Es herrscht Klarheit darüber, dass wir weiterhin an den Radschnellwegen in Niedersachsen festhalten; denn das sind innovative und zur Nachhaltigkeit in der Verkehrspolitik beitragende Projekte. Uns geht es an dieser Stelle aber auch um eine seriöse Finanzpolitik in Niedersachsen. Fakt ist eben auch, dass eine sparsame Haushaltsführung es gebietet, dass man keinen neuen Etat ansetzt, wenn noch genügend Haushaltsmittel in der jetzigen Form vorhanden sind.

Meine Rede möchte ich mit einem Satz meines geschätzten Kollegen Frank Henning schließen: Viel Wind um nichts, liebe Grüne! - Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

Danke.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Zu einer Kurzintervention hat jetzt Herr Kollege Schulz-Hendel das Wort. Bitte sehr!

Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrte Frau Tippelt, es ist richtig: Wir haben viel miteinander ausgetauscht. Leider ist das Ergebnis - das, was bei Ihnen angekommen ist nicht so positiv.

Wenn Sie meinen, hier etwas seriös vorgetragen zu haben, dann muss ich Ihnen sagen, dass das aber nicht seriös war. 12,35 Millionen Euro und drei angemeldete Projekte - das haben Sie richtig dargestellt. Sie haben aber unterschlagen, dass die Planung für den Radschnellweg Braunschweig-Wolfsburg bearbeitet wird, was dem Ministerium bekannt ist. Der Antrag wird wohl demnächst vorliegen. Und noch einmal: Sie haben sich über die weiteren Projekte im Land Niedersachsen nicht richtig schlau gemacht; denn es gibt acht weitere Projekte, u. a. eines im Wahlkreis von Herrn Althusmann, nämlich Lüneburg-Winsen-Harburg-Hamburg; den Leuten dort wird wohl eine lange Nase gedreht.

Sie sprachen von einer seriösen Haushaltsplanung und davon, dass kein Geld vorhanden ist. 64 Millionen Euro sind für Dienstleistungen Dritter - DILAU - im Rahmen der Autobahnplanung vorgesehen. 114 Millionen Euro sind im Straßenbauplafond. Und dann wollen Sie mir erzählen, dass Sie keine 10 Millionen Euro für die Radschnellwege zur Verfügung stellen können? - Das zeigt sehr deutlich den Schwerpunkt Ihrer verfehlten Verkehrspolitik.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön. - Frau Kollegin Tippelt möchte antworten. Bitte sehr!

Sabine Tippelt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schulz-Hendel, Ihr Problem ist, dass Sie immer wieder nicht richtig zuhören. Ich habe nicht gesagt, dass nicht genügend Geld zur Verfügung steht. Im Gegenteil, ich habe Ihnen gesagt, dass von den 12,35 Millionen Euro, die wir

2017/2018 bereitgestellt haben, bisher noch keine Mittel abgeflossen sind.

Des Weiteren muss ich Ihnen sagen, dass ich natürlich weiß, dass an anderen Anträgen gearbeitet wird. Auch das habe ich Ihnen gestern und vorgestern in meinen Reden dargelegt.

Des Weiteren weiß auch ich, wie viel Geld wir für DILAU zur Verfügung gestellt haben. Es ist gut, dass wir die DILAU-Mittel endlich erhöhen! Das haben wir in den letzten Jahren immer wieder versucht. Ihre Fraktion war aber leider dagegen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich muss Ihnen ganz klar sagen: Wir müssen die Planungen für Straßensanierungen und Straßenausbau vorantreiben! Jeder, der durch die Orte und Städte fährt, weiß doch, wie unsere Landesstraßen aussehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Darum sage ich ganz klar: Wir müssen Straßen sanieren! An ihnen ist lange nichts passiert. Ich bin stolz darauf, dass wir uns darauf geeinigt haben, diese Mittel zu erhöhen.

Danke

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die CDU-Fraktion spricht nun der Kollege Karsten Heineking. Bitte sehr!

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Karsten Heineking (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den vergangenen Jahren hat der Radverkehr in Deutschland und ganz besonders auch in Niedersachsen immer stärker an Bedeutung gewonnen. Das hat die gestrige Debatte um die Große Anfrage zum "Fahrradland Niedersachsen" gezeigt und die Debatte von vorhin auch schon. Mehr Menschen nutzen das Rad für tägliche Erledigungen oder den Weg zur Arbeit. Neue Fahrradmodelle wie Lastenräder oder Pedelecs ermöglichen neue Nutzungsmöglichkeiten - weit über die sonntäglichen Fahrradtouren hinaus.

Die Große Koalition hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, den Radverkehr in Niedersachsen langfristig zu stärken und die nötige Infrastruktur weiter auszubauen - zukunftsgerichtet und mit Augenmaß.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es stimmt: Radschnellwege schaffen schnelle Verbindungen von den Außenbezirken in die Städte. Sie können so dazu beitragen, Pendlerverkehre verstärkt auf das Fahrrad zu verlagern. Deshalb haben wir ihren Förderung in den Koalitionsvertrag aufgenommen und werden ihren Ausbau auch weiterhin verfolgen. Das steht überhaupt nicht zur Diskussion!

Meine Damen und Herren, aber doch bitte nicht einfach ins Blaue hinein finanziert, ohne entsprechende Nachfrage und Planungssicherheit. Im Doppelhaushalt für die Jahre 2017 und 2018 - wir haben es eben schon gehört - standen insgesamt 12,35 Millionen Euro für den Ausbau der Radschnellwege in Niedersachsen zur Verfügung. Bisher ist von diesen Mitteln noch nicht ein einziger Euro abgeflossen; auch das ist schon gesagt worden. Die Mittel sind für das Jahr 2019 nach wie vor in dieser Höhe abrufbar. Diese müssen doch erst einmal ausgezahlt werden, bevor neues Geld eingestellt wird. Ausbauziele und Verstetigungen, wie sie von Ihnen gefordert werden, sind zwar schön und gut, aber machen doch ohne entsprechende Nachfrage überhaupt keinen Sinn.

Sehr geehrte Damen und Herren, bisher wurden in Niedersachsen im Jahr 2018 Radschnellwegeprojekte in drei Städten - Göttingen, Osnabrück und Hannover - für knapp 10 Millionen Euro angemeldet. Alle könnten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden. Zusätzlich wurde der Bau von Radschnellwegen in das Fernstraßengesetz des Bundes aufgenommen. Der Bund beteiligt sich seitdem erheblich an den entstehenden Kosten, teilweise bis zu 90 %. Die eigenen Fördermittel des Landes kommen sogar noch on top, obendrauf.

Es ist schon ärgerlich, dass hier versucht wird, darzustellen, die Große Koalition kümmere sich nicht ausreichend um die Fahrradmobilität in unserem Land. Radverkehr ist mehr als ein Radschnellweg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die andere Seite der Medaille sieht folgendermaßen aus: Im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2019 werden die Finanzmittel für die Sanierung von Radwegen an Landesstraßen im Vergleich zu vorher verdoppelt. Ganze 10 Millionen Euro sind dafür im Landesstraßenbauplafond vorgesehen. Zusätzlich kommen 5 Millionen Euro für den Neubau von Radwegen hinzu. Insgesamt sind die Mittel für die Fahrradinfrastruktur in Niedersachsen im Vergleich zum letzten Haushalt also gestiegen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das alles heißt nicht, dass die weitere Förderung von Radschnellwegen für immer ad acta gelegt ist. Wir werden die Nachfrage nach einer solchen Förderung seitens des Landes in den nächsten Jahren sehr genau beobachten und bei Bedarf über eine neue finanzielle Unterstützung entscheiden - mit Augenmaß und Weitsicht.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herr Kollege Heineking, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schulz-Hendel?

Karsten Heineking (CDU):

Sehr gerne.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Bitte schön, Herr Kollege!

Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):

Lieber Kollege, erst einmal ganz, ganz herzlichen Dank, dass *Sie* eine Zwischenfrage von mir zulassen.

(Oh! bei der SPD und bei der CDU -Karsten Heineking [CDU]: Wenn es denn hilft! - Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Sie sprachen davon, dass Sie deswegen zu den bereits bereitgestellten 12,35 Millionen Euro, von denen Sie selber sagen, dass davon 10 Millionen Euro im Grunde genommen weg sind - Braunschweig-Wolfsburg noch nicht mit eingerechnet - - -

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herr Kollege, wovon Herr Heineking sprach, weiß er selber, und Sie fragen jetzt!

Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE):

Herr Präsident, meine konkrete Frage vor diesem Hintergrund ist: Sind Ihnen die sieben weiteren, eigentlich in Niedersachsen bekannten Planungen für Radschnellwege bekannt oder nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Ist das hier eine Quizshow?)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Bitte, Herr Heineking!

Karsten Heineking (CDU):

Lieber Herr Kollege, Sie haben sie vorhin in der Debatte schon aufgezählt und die Situation deutlich gemacht. Ich hoffe sehr, dass sich die Kommunen, die Städte und die Regionen auf den Weg machen, weitere Projekte anzumelden.

Wir reden aber jetzt über das Jahr 2019 und die Gelder, die wir dafür bereitstellen. Die drei Projekte, die ich vorhin genannt habe, müssen doch erst einmal abgewickelt werden. Andere Projekte, die jetzt vorbereitet werden, werden doch nicht in den nächsten Wochen und Monaten bezahlungsreif sein.

Das heißt, der Haushalt 2020 könnte auch andere Projekte berücksichtigen. Auch Sie wissen, dass wir im Lande Niedersachsen sehr viele weitere Aufgaben haben; Sie haben vorhin selber ein paar angesprochen. Die Wirtschaftswege spielen eine große Rolle, die Landesstraßen spielen eine große Rolle, die Autobahnen spielen eine große Rolle. Alle diese Dinge wollen wir als Land Niedersachsen positiv begleiten. Die kosten auch Geld. Wir wollen keine Neuverschuldung, sondern wollen Schulden zurückzahlen. Das viele Geld, das da ist, ist trotzdem knapp bemessen.

Deshalb ist unser Ansinnen, für das Jahr 2019 die Dinge zu finanzieren, die tatsächlich umgesetzt werden. Dafür ist ausreichend Geld zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Heineking. - Die nächste Wortmeldung liegt seitens der AfD vor. Das Wort hat der Kollege Henze. Bitte sehr!

Stefan Henze (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass wir zukünftig Alternativen für Pendlerinnen und Pendler brauchen, ist, so denke ich, hier im Hause unstrittig. In ihrem Antrag wollen die Grünen aber gerne gleich das Ausbauziel mit 250 km Radschnellweg bis 2025 festschreiben. Zusätzlich fordern sie - man muss ja nicht kleinlich sein -, zur Umsetzung ihrer Vorstellung von der Verkehrswende festzulegen, dass bis zum Jahr 2030 30 % der Berufspendler Radfahrer sein sollen, gewollt oder ungewollt.

Ich meine, man sollte auch im Verkehrsbereich offen für neue Entwicklungen sein, aber man muss sich dabei auch immer an den realen Bedürfnissen

orientieren und darf sich nicht durch solche planwirtschaftlichen Vorstellungen selbst einengen.

(Frank Henning [SPD] lacht)

In der Realität ist es doch so, dass auch der Ausbau von Radschnellwegen durchaus kontrovers gesehen wird. Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele:

In der Region Hannover sind beispielsweise zwei Radschnellwege geplant. Der eine, von Hannover nach Lehrte, wird zumindest auf dem Gebiet der Stadt Lehrte zunächst nicht umgesetzt werden können, weil dem Rat die prognostizierten Zahlen von pendelnden Radfahrern zu hoch erscheinen und die Gemeinde zusätzlich dauerhaft für alle Unterhaltungskosten des Schnellweges aufkommen müsste - Unterhaltungskosten, deren Höhe übrigens noch gar nicht absehbar sind.

Die Idee einer landesweiten Potenzialanalyse für Radschnellwege heißen wir daher gut, sofern hier nur Realitäten und keine Ideologien abgebildet werden.

Im Falle des Radschnellweges nach Garbsen verhält es sich anders. Dieser Radschnellweg würde Hannover mit seiner Universität mit Garbsen und dem Technologiezentrum im Wissenschaftspark verbinden und ist sicherlich sinnvoll. Nur leider soll nach dem Willen der Region Hannover zuerst der ungewollte - Radschnellweg nach Lehrte gebaut werden, warum auch immer.

Daher ist es wichtig, immer auch die Sinnhaftigkeit einzelner Projekte zu hinterfragen und nicht einfach 250 km Radschnellweg bis 2025 zu fordern.

Wir freuen uns auf die Beratungen im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Henze. - Für die FDP hat sich nun der Kollege Bode gemeldet. Bitte sehr!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Tippelt hat es, wie ich finde, ganz gut auf einen Nenner gebracht, unter dem sich alle Fraktionen hier im Landtag vereinigen können, nämlich dass wir alle ein Interesse daran haben, eine möglichst optimale und gute Struktur für Radfahrer zur Verfügung zu stellen, die be-

stehende zu verbessern, auszubauen und zu stärken. Das muss der Gedanke sein, der uns treibt.

Die Initiative der Grünen krankt an einer Art, die wir in unserer Gesellschaft sehr oft vorfinden: Wenn etwas gerade "in" ist, wenn etwas "hip" ist, dann wollen wir immer, dass es sofort da ist, dass es alle machen und im Übermaß. Genauso verhält es sich mit diesem Antrag zu den Radschnellwegen. Natürlich sind Radschnellwege eine sinnvolle Ergänzung der Infrastruktur da, wo es tatsächlich passt. Die Grünen fordern in ihrem Antrag 250 km Radschnellwege. Das erfordert gigantische Investitionskosten. Herr Schulz-Hendel, Sie ziehen als Beispiel für die Akzeptanz der Radschnellwege immer die Zahlen aus Holland, aus Kopenhagen, Dänemark, heran.

Schauen wir uns jetzt einmal an, welche Kosten beispielsweise in den Niederlanden dafür entstehen. Und Sie werden ja sicherlich keinen Billigradweg bauen wollen. Schließlich muss auch ein gewisser Komfort gegeben sein, damit der Radweg angenommen wird. Dann liegen wir bei Investitionskosten von roundabout 350 Millionen Euro für die 250 km. Das ist ein enormer Kostenaufwand. Er liegt auf dem Niveau des Glasfaserausbaus, dem Zukunftsprojekt des Landes, für das die Landesregierung 350 Millionen Euro angesetzt hat. Der gleiche Betrag soll nun noch einmal nur in Radschnellwege investiert werden?

Der Radschnellweg allein reicht im Übrigen nicht aus. Wenn Sie mit Ihrer Radschnellweginvestition den von Ihnen angenommenen Anteil von 30 % Berufspendlern auf dem Fahrrad erreicht haben, haben die Fahrradpendler zwar einen Radschnellweg, auf dem sie irgendwann in der Stadt ankommen. Dort treffen sie aber auf eine Infrastruktur, die für eine solche Zahl von Radfahrern gar nicht ausgebaut und geeignet ist. Das heißt, dass man Infrastruktur tatsächlich auch immer im Netz denken muss. Denn Sicherheit - darüber haben wir gestern ja intensiv diskutiert - ist ein ganz hohes Gut und ein ganz hoher Wert, den wir erhalten müssen. Die Infrastruktur muss die Radfahrer auch aufnehmen können, ohne dass durch Enge Unfälle provoziert werden und wir tatsächlich eine ganz andere Situation erleben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, "Augenmaß" ist also das Stichwort, mit dem wir an Radschnellwege und an Infrastruktur herangehen müssen. Deshalb möchte ich Ihnen, Herr Schulz-Hendel, noch eine andere Zahl mit auf den Weggeben. Sie haben am Anfang bei der Begründung

hier gesagt, dass man durch Verlagerung auf das Fahrrad die Emissionen senken kann und will. Ja, Emissionen, gerade auch CO₂-Ausstoß, sind ein wichtiges Thema, dem wir uns ja auch alle stellen. Sie agieren bei Ihren Berechnungen allerdings immer auf Grundlage der Zahlen aus Kopenhagen oder aus den Niederlanden. Es gibt aber eine soziologische Studie aus Nordrhein-Westfalen, und zwar von der Technischen Universität Dortmund, die insbesondere diese Frage untersucht hat. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass man durch Radschnellwege und Radfernwege die Emissionen um gerade einmal 0,3 Prozentpunkte senken könnte. Das bedeutet - Minister Lies hat ja gestern gesagt, dass die Messungenauigkeiten bei plus/minus 15 % liegen -: Es ist nicht einmal im Rahmen der Messungenauigkeiten erkennbar. Es ist tatsächlich gar nicht nachweisbar.

Daher gilt: Radschnellwege sind eine interessante, gute Ergänzung. Man sollte aber jetzt nicht in einen Hype verfallen. Denn wir haben in Deutschland keinen einzigen Radschnellweg, der tatsächlich in Betrieb ist. Beim Göttinger Radschnellweg handelt es sich um einen Mischweg; da ist mal ein Stück vorhanden, dann ist wieder ein Stück nicht vorhanden etc. Um zu sehen, wie so etwas in Deutschland wirklich angenommen wird und welche Ergebnisse und Veränderungen es gerade beim Umstieg auf das Fahrrad gibt, bräuchten wir einmal ein Projekt oder mehrere Projekte, die fertiggestellt werden, damit man daraus dann die richtigen Schlüsse ableiten kann.

Deshalb ist es richtig, dass wir jetzt einige Modellvorhaben durchführen und einige Radschnellwege auch realisieren. Dann müssen wir aber erst einmal schauen, ob die in anderen Staaten verzeichneten Ergebnisse auch in Deutschland tatsächlich eintreten werden. Da habe ich meine Zweifel. Ich glaube, dass die Nordrhein-Westfalen ein bisschen näher an den Niedersachsen dran sind als die Kopenhagener.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Bode. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit beenden wir die Beratungen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung sein; mitberaten soll der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 34:

Erste Beratung

Arbeitsplätze in der Windenergiebranche sichern - gesetzliche Rahmenbedingungen verbessern - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1849

Zur Einbringung hat sich für die SPD-Fraktion der Kollege Senftleben gemeldet. Bitte sehr!

Volker Senftleben (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir bekräftigen mit dem heutigen Entschließungsantrag unsere Entschlossenheit zum Gelingen der Energiewende und zur Sicherung der erneuerbaren Energien als einem für Niedersachsen besonders wichtigen Wirtschaftszweig.

Kontinuität und Verlässlichkeit sind entscheidende Schlüsselbegriffe für die Energiewende und für einen erfolgreichen und nachhaltigen Klimaschutz. Kontinuität und Verlässlichkeit sind deshalb von so herausragender Bedeutung, weil die Energiewende nur gelingen kann, wenn die Menschen auf die neue Technologie vertrauen können.

Vertrauen ist gerade im Arbeitsleben von großer Bedeutung. Rund 56 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Windenergie vertrauen auf den langfristigen Fortbestand ihres Wirtschaftszweiges und damit verbunden auch auf den Erhalt ihrer Arbeitswelt.

Dieses Vertrauen kann aber nur wachsen, wenn die erneuerbaren Energien eine sichere und verlässliche Planungs- und Entwicklungsperspektive erhalten. Daher müssen wir die Bundesregierung auffordern, die vom Bundesrat geforderten Sonderausschreibungen und im Koalitionsvertrag vereinbarten zusätzlichen Ausschreibungsmengen von 4 Gigawatt Wind- und 4 Gigawatt Solarstrom zeitnah umzusetzen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Ebenso muss konsequent daran gearbeitet werden, das Ziel, bis 2030 65 % des Strombedarfs aus regenerativen Energien zu erzeugen, zu verankern und zu erreichen.

Diese Zielerreichung ist allerdings nur realistisch, wenn die Modernisierung alter Windenergieanlagen nicht auf die vorgesehenen Ausbaupfade angerechnet wird. Wir wollen zurück zum Nettoprinzip.

Niedersachsen ist das Windenergieland Nummer eins. Mit dieser Spitzenstellung sind aber auch besondere Anforderungen verbunden. Diese Anforderungen sind wechselseitig. Wir alle wollen Klimaschutz sinnvoll und effektiv gestalten, um wirkungsvoll die Erderwärmung zu reduzieren und im Sinne des Pariser Klimaschutzabkommens zu begrenzen.

Dies kann nur von Erfolg gekrönt sein, wenn die erneuerbaren Energien weiter einen festen Platz in unserer Energieproduktion erhalten und die fossilen Erzeugungen im Gegenzug zum steten Ausbaupfad für die erneuerbaren Energien einen geplanten Ausstiegspfad erhalten.

Gleichzeitig nehmen wir aber das Thema Akzeptanz sehr ernst. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort früher informiert werden und Windkraft gemeinsam mit den Menschen in den Gemeinden realisiert wird.

Für die Erreichung der Ziele aus den Pariser Verpflichtungen ist aber noch etwas ganz anderes von besonderer Bedeutung. Wir müssen nicht nur den CO₂-Ausstoß im Bereich Strom drastisch reduzieren, sondern wie müssen das auch in den Bereichen Wärme und Verkehr tun. Im Gegensatz zur Stromerzeugung haben wir dort in den vergangenen Jahren leider keine Fortschritte gemacht.

Genau aus diesem Grund wollen wir mit dieser Entschließung darauf hinwirken, dass die Hemmnisse für einen gleichberechtigten Marktzugang und die Schranken bei der Sektorenkopplung beseitigt werden. Der Strom muss einfach günstiger werden. Er ist aktuell zu teuer. Im Bereich der Netzentgelte gibt es eine Reihe von Regelungen, die der Energiewende entgegenstehen. Das muss sich ändern.

Zusätzlich muss mit Nachdruck die Entwicklung von Reallaboren für lokale Versorgungsmodelle in der Praxis vorangetrieben werden, um endlich diese neuen Modelle in der Lebenswirklichkeit der Menschen zu etablieren und ankommen zu lassen. Wir können nicht in zehn Jahren die Wasserstoff-

produktion auf grüner Basis einfach aus dem Hut zaubern, sondern müssen jetzt damit beginnen.

Ein wesentlicher Schritt wird dabei auch der Abbau von Hindernissen beim Zugang in die bestehende Gasinfrastruktur sein. Mit dieser Maßnahme können wir dann die möglichen Erzeugungs- und Lastprofile viel besser aufeinander abstimmen.

Wir begrüßen ausdrücklich die bisherigen Aktivitäten und Positionierungen der Landesregierung für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Enercon und den damit verbundenen Zulieferunternehmen. Wir müssen aber gemeinsam an dem Gelingen weiterarbeiten.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, lassen Sie uns gemeinsam an dem Erhalt und dem Ausbau der Spitzenposition Niedersachsens im Bereich der Windenergie arbeiten und so in einer für Niedersachsen wichtigen Branche viele Arbeitsplätze erhalten.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Genau mit dieser Maßnahme werden wir für Niedersachsen ein gutes Fundament für eine noch bessere Zukunft legen. Ich freue mich daher an dieser Stelle auf Ihre breite Unterstützung zu diesem Entschließungsantrag, freue mich auf konstruktive, zügige und vor allen Dingen gedeihliche Beratungen im zuständigen Fachausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der CDU hat sich nun der Kollege Miesner gemeldet. Bitte sehr!

Axel Miesner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bekanntlich sind wir das Windenergieland Nummer eins in Deutschland. Wir haben hier schon über viele Jahrzehnte Pionierarbeit geleistet - ich erinnere an die Anfangszeit der Windkraftanlagen, die im ländlichen Raum errichtet wurden und sind aufgefordert, weiter entsprechend voranzugehen. Insgesamt werden in Niedersachsen schon über 40 % des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt. Bekanntlich stammt der größte Teil davon aus der Windkraft.

Bundesweit sind in der Windbranche über 160 000 Menschen in Lohn in Brot, ein großer Teil von ihnen bei uns in Niedersachsen. Es werden Arbeitsplätze geschaffen. Es werden Arbeitsplätze erhalten. Es wird Gewerbesteuer gezahlt, gerade auch im ländlichen Raum. Es ist auch für das Land ganz wichtig, dass dort Wertschöpfung generiert wird

Im letzten Jahr wurden trotz der schwierigen Rahmenbedingungen insgesamt 485 neue Windkraftanlagen errichtet. Insgesamt 1 436 MW Leistung wurden installiert. Das ist die Leistung eines großen Kernkraftwerks. Das zeigt, was im letzten Jahr in Niedersachsen geleistet wurde.

Insgesamt sind in Niedersachsen schon 11 000 MW installierte Leistung vorhanden. 40 % des Strombedarfs können aus erneuerbaren Energien gedeckt werden, zum großen Teil aus der Windkraft.

Unser Antrag ist der Tatsache geschuldet, dass es auf Bundesebene - das müssen wir zugeben - seit vielen Jahren an verlässlichen Rahmenbedingungen für die Windenergiebranche fehlt. Das hat zur Folge, dass auch Enercon darüber nachdenkt, Arbeitsplätze abzubauen. Die Firma Carbon Rotec in Lemwerder hat sogar schon ihren Betrieb eingestellt. Viele Serviceunternehmen, die auf diesem Gebiet tätig sind, haben wenig zu tun.

Auch das Thema Speicher ruft uns immer wieder auf den Plan. Hier müssen wir vermehrt aktiv werden, um kostenträchtige Abschaltungen und Netzeingriffe, die sich ungünstig auf den Strompreis auswirken, deutlich zu verringern.

Wir müssen auch das Thema Offshorewindkraft im Blick behalten. Ich begrüße die Aktivitäten unserer Minister Dr. Bernd Althusmann und Olaf Lies auf diesem Gebiet. Auch unsere hafenpolitischen Sprecher Bernd-Carsten Hiebing und Uwe Santjer sind hier schon öffentlich aktiv geworden, haben ein Signal an den Bund gesandt und die Arbeit unserer Minister gewürdigt; denn die Offshorewindkraft ist ein wichtiges Thema für unsere Hafenstandorte.

Ein ganz wichtiges Thema ist für uns auch Sektorenkopplung. Da ist in den letzten Jahren noch nicht sehr viel passiert. Die Energiewende ist bislang in Wirklichkeit nur eine Stromwende; darauf haben wir uns in den letzten Jahren konzentriert. Sie muss nun um eine Wärmewende ergänzt werden. Aber auch das Thema Mobilität - Wasserstoffund Elektroautos - muss noch mehr in den Blick

genommen werden, um die Bereiche weiter zusammenzuführen und zu integrieren.

Mein Vorredner Volker Senftleben hat das Thema Repowering angesprochen. Gerade für uns als Niedersachsen ist das eine Herausforderung. Viele Altanlagen fallen aus der Förderung heraus. Sie haben auch nicht die Leistung, die inzwischen seit vielen Jahren üblich ist. Die Entwicklung ist hier wirklich sehr erfolgreich gewesen. Im Rahmen der Konsolidierung sollen an einigen Standorten Windkraftanlagen zurückgebaut werden, die seinerzeit möglicherweise auch aus Unkenntnis - nahe an der Wohnbebauung gebaut wurden und die nicht durch Anlagen von heute üblicher Höhe ersetzt werden können. Andere Standorte sollen mit neuen Anlagen versehen werden, die deutlich leistungsstärker sind. Der höhere Stromertrag dient uns allen.

Beim Thema Sonderausschreibungen - ich habe es angesprochen - sind unsere Minister auf Bundesebene aktiv geworden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das Ziel ist, weitere Windkraftanlagen in Niedersachsen zu bauen, Arbeitsplätze zu erhalten, neue zu schaffen und die Energiewende voranzutreiben.

Der Antrag von SPD und CDU betrifft also ein breites Themenfeld in Niedersachsen, dem Windenergieland Nummer eins in Deutschland.

Wir bitten um Beratung im Ausschuss und freuen uns darauf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Miesner. - Nun hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Janssen-Kucz das Wort. Bitte sehr!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe GroKo, danke für diesen Antrag! Er ist wirklich überfällig. An vielen Stellen sind wirklich gute, richtige Ansätze erkennbar. Es erstaunt uns, dass Sie jetzt wirklich offen deutliche Kritik an ihren Parteikollegen von SPD und CDU auf Bundesebene üben.

Die Bundesebene ist hier wirklich der Dreh- und Angelpunkt. Aber die GroKo auf Bundesebene ist das wissen wir alle - mehr oder weniger mit sich beschäftigt, statt sich auf das politische Geschäft zu konzentrieren. Ich kann bis heute keine Förderung der Windkraft, die die wichtigste Stütze der Energiewende ist, durch die GroKo auf Bundesebene erkennen.

Eigentlich war ich mir sehr sicher: Auf Landesebene eine GroKo, auf Bundesebene eine GroKo, das läuft Hand in Hand! - Aber jetzt hat man den Eindruck: Hier läuft nichts Hand in Hand. Hier bremst die Bundesebene die Energiewende aus. Ich habe den Eindruck, die Bundesebene will das Erfolgsmodell Energiewende zerschreddern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, aufgrund der Politik der Bundesebene droht der Windenergiebranche nun das Schicksal der Solarbranche. Sie wird komplett ausgebremst. Ich habe es schon in der Debatte im August gesagt: Weltweit kommt die Energiewende voran, während Deutschland auf die Bremse tritt. Wenn jetzt nicht wirklich was passiert, ist das Windkraftland Nummer eins Niedersachsen bald nur noch Legende. Umso mehr freuen wir uns über Ihren Forderungskatalog.

Es reicht offenbar nicht, sich in Gesprächen für Arbeitsplätze einzusetzen. Es ist schon ein bisschen bitter: Seit August ist wenig passiert, außer dass Enercon mit Hunderten Beschäftigten Auflösungsverträge geschlossen hat. Am Montag waren die Enercon-Betriebsräte beim Ministerpräsidenten Weil und beim Umweltminister Lies. Sie haben sehr deutlich gemacht, wie entsetzt sie darüber sind, dass man nicht auf die GroKo auf Landesund Bundesebene bauen kann.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, fangen Sie endlich an, Tacheles mit dem Bund zu reden! Hier muss eine ganze Menge ins Rollen kommen. Wir müssen wirklich vehement für die erneuerbaren Energien auftreten.

Es wird immer über die Gefahr eines Fadenrisses gesprochen. Ich finde, mittlerweile ist das Schönrederei. Wir haben nämlich jetzt schon ein Ausbauloch, und die Zubauzahlen brechen weiter massiv ein. Das stellen auch Sie in Ihrem Antrag fest. Wichtig ist jetzt, dass sich konkret etwas ändert, dass wirklich etwas passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Industrieland Deutschland muss bei der Zukunftstechnologie der erneuerbaren Energien ganz vorn dabei sein, weil sich hier weltweit mehr als 50 % der Geschäftskapazitäten befinden. Wir brauchen die erneuerbaren Energien. Wir müssen dem Klimawandel etwas entgegensetzen und dürfen die Arbeitsplätze nicht verloren geben.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Kortlang. Bitte sehr!

Horst Kortlang (FDP):

Verehrtes Präsidium! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Sicherung von Arbeitsplätzen liegt auch der FDP sehr stark am Herzen. Das kann man nur befürworten. Aber wir müssen vorsichtig sein, dass wir nicht nur einen Wirtschaftszweig in den Fokus nehmen bzw. ganz nach vorne stellen, nämlich die Erneuerbaren.

(Christian Grascha [FDP]: So ist es!)

Wir haben da eine ganze Bandbreite zu beachten. Durch eine Bevorzugung der Erneuerbaren kann man sehr schnell die Akzeptanz verspielen; das will ich ganz klar und deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP)

Eine andere Frage ist, ob Sie mit Ihrem Antrag insgesamt die richtige Zielsetzung verfolgen. Dies wurde ja auch schon von meinen Vorrednern eingebracht.

Unser Minister Lies hat im vergangenen Monat den Energiebericht 2018 für Niedersachsen vorgestellt. Diesem Bericht ist zu entnehmen, dass Niedersachsen etwa 1 300 Petajoule Primärenergie benötigt. Deutschland benötigt insgesamt 13 300 Petajoule. Mir ist nicht klar, wie Sie gemäß Ihrem Antrag mit 20 Gigawatt Windenergie bis 2050 die Klimaschutzziele von Paris erreichen wollen. Es geht doch um die Sicherung unseres gesamten Energieverbrauchs.

Mit einer volatilen Stromproduktion erreicht man das aber auch nicht. Es braucht - Herr Lies betont dies, seit er Umweltminister ist, immer sehr stark - den Wasserstoff als zusätzlichen Energieträger, der die Energiespeicherung für lange Zeit und in großer Menge übernimmt. Nur mit einer Speicherung auf Batteriebasis ist das nicht zu leisten. Dazu braucht man die Elektrolyse, oder die Biomasse wird - mit einem anderen Verfahren - genutzt. Am Mittwoch hat das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme eine Studie zur Elektrolyse vorge-

stellt. Aussage: Bis 2050 müssen mehrere Hundert Gigawatt Elektrolyseleistung installiert sein, und das vorwiegend in den windreichen Regionen, die wir hier in Niedersachsen zweifelsohne haben.

Dem Energiebericht ist auch zu entnehmen, dass offshore 2,9 Gigawatt über Niedersachsen angebunden sind. Da diese eingespeiste Energie auch Niedersachsen zugerechnet wird, kommt man in dem Bericht auf sehr viel Windenergie in unserem Gebiet. Dazu kann ich nur sagen: Nicht nur wir in Niedersachsen, sondern auch Investoren in den Anrainerstaaten - diese 2,9 Gigawatt stehen ja nicht nur uns zur Verfügung - wollen daran partizipieren.

Noch schaffen es die Netze, die produzierte Energie weitgehend aufzunehmen und weiterzutransportieren. Ein Netzausbau wird gefordert. Aber was nutzt der Netzausbau bei einer Flaute, meine Damen und Herren? - Wenig bis nichts, wenn der Himmel auch noch trüb ist und die Photovoltaik nicht aushelfen kann. Es reicht also nicht, immer nur Windräder aufzustellen, sondern wir brauchen auch Elektrolyseure. Erst mit ihnen macht ein weiterer Ausbau Sinn. Diese Sicht fehlt meiner Meinung nach in Ihrem Antrag.

(Glocke des Präsidenten)

Synthetischer Kraftstoff, wie Sie es beschreiben, synthetischer Diesel und diese ganzen Lösungsansätze wären zwar CO₂-neutral. Aber ich muss dazu sagen: Auch wenn die Sachen etwas gemindert wären, werden doch weiterhin etliche Schadstoffe zum Ausstoß gebracht, ganz abgesehen von der gigantischen Strommenge, die für die Herstellung benötigt wird.

Das können wir erst ändern, meine Damen und Herren, wenn die Räder elektrisch angetrieben werden. Das hat die Bahn schon lange begriffen. Nur: Die Erstellung und Wartung eines Oberleitungsnetzes ist leider teuer und anfällig.

Mit dem Wasserstoffzug von Alstom zeigen wir in Niedersachsen, dass es eine gute Alternative zum reinen Strombetrieb aus Oberleitung und Batterie gibt. Wegen des besseren Wirkungsgrads werden nur gut 100 Petajoule elektrische Antriebsenergie benötigt. Für ein Drittel Batterie und zwei Drittel Wasserstoff wären dann nicht einmal 200 Petajoule Strom notwendig.

(Glocke des Präsidenten)

Da man den Wasserstoff auch thermochemisch vergasen und aus Biomasse herstellen kann - Sie

haben das in Ihrem Antrag auch beschrieben -, ist das eigentlich der Weg, den wir stärker beachten sollten. Dies sollten sich auch unsere Vertreter im VW-Aufsichtsrat zu Herzen nehmen. Sie sollten bei VW vortragen, damit diese neue Technik auch dort ein bisschen mehr Eingang findet.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Das ist kein schlechter Antrag. Wir haben aber noch einiges aufzuarbeiten und einzuarbeiten, nämlich das, was ich hier angesprochen habe. Ich freue mich auf die Beratungen. Die stehen schon zeitnah an. Wir müssen da vorankommen; denn wir brauchen Energie ja auch noch, um unsere Wohnungen warm zu halten und warmes Wasser zu haben.

Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Mit leichtem Überziehen hat es dann doch noch geklappt. Darüber freuen wir uns.

(Horst Kortlang [FDP]: Ich habe mich bemüht!)

Nächste Wortmeldung: für die Fraktion der AfD der Kollege Wirtz. Bitte sehr!

Stefan Wirtz (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie wollen Arbeitsplätze sichern und gehen dafür den ganz großen Umweg. Mit vielen Forderungen und Wünschen an die Bundesregierung wollen Sie Ziele erreichen, die Sie selber nicht in der Hand haben, und damit Arbeitsplätze sichern - aber das ist ja zum Glück den Unternehmen und ihren Tarifpartnern überlassen.

Wir haben hier schon gehört, dass die Akzeptanz ganz wichtig ist. Für die Akzeptanz gibt es eine ganz einfache Formel. Sie heißt: 10 H. In Bayern gilt die Regel, dass die zehnfache Höhe des Windrades auch der Abstand zu Wohngebieten sein soll. Deshalb ist in Bayern der Aufbau von Windrädern völlig zum Erliegen gekommen, was der Nachfrage nach Windrädern natürlich sofort Abbruch getan hat.

Wir haben eben von anderen Kollegen gehört, dass in Niedersachsen 11 000 MW Leistung installiert sind. Allein die Arbeitskraft der Windkraftbranche hier in Niedersachsen erreicht 5 000 MW jährlich. Das ist eine Zahl des Bundesverbandes. Das

können die Beschäftigten also leisten - aber diesen Bedarf haben wir erst in einem einzigen Jahr, und zwar im letzten Jahr, auch gehabt. Da waren die Leute voll beschäftigt. Ansonsten ist dies mit einem Ausbaupfad, der sich auf etwa die Hälfte beschränkt - auf vielleicht 2,8 bis 2,9 GW pro Jahr-längst nicht mehr zu leisten. Die Leute können nicht ausgelastet werden. - Dies ist übrigens ein klassisches Feld für die Leiharbeit, die letztendlich für solche Zwecke gedacht ist und dafür auch sein muss.

Sie haben hier Kontinuität und Verträglichkeit beschworen. Für mich heißt das Planwirtschaft, wenn Sie Anlagen bauen, die keiner haben will und die keiner braucht.

Bei der Aufstellung dieser Anlagen gilt eine ganz einfache Weisheit, an die sich ein Dutzend von Ihnen sehr gut erinnern kann: Man baut erst die Leitungen und dann die Windräder. Ganz kurz und knapp, ohne Akzent. Das hat kein Geringerer gesagt als Kommissar Günther Oettinger, als wir ihn in Brüssel besucht haben. Aber wo sind unsere Leitungen? - Wir stellen Windräder auf, wir lassen sie laufen, und wenn sie keinen Strom einspeisen dürfen, dann bezahlen wir die Betreiber sogar dafür. Nach dem GEZ-Prinzip wird Strom, der erzeugt, aber nicht abgenommen wird, von unseren Stromkunden einfach bezahlt.

Repowering wurde angesprochen. Damit möchte man sich in diesem Antrag ein bisschen herausreden. Die Neuaufstellung von Anlagen, die abgelaufen sind und abgebaut werden müssen, soll den Ansatz des Ausbaupfades ein bisschen schönen; das soll netto dazugezählt werden. Aber Repowering heißt auch: Wir müssen komplett neu durch das Antragsverfahren. Neue Anlagen müssen so genehmigt werden, wie sie auch bei freier Aufstellung genehmigt werden würden, also mit vollem Artenschutz und Umweltverfahren.

Die Forderungen des Ministerpräsidenten aus Brandenburg - immerhin SPD - müssen Sie überhört haben, nämlich das Windkraftprivileg doch wieder einzuschränken oder sogar abzuschaffen. Einige CDUler stimmen da durchaus zu - einer von ihnen sitzt hinter mir -; denn es ist den Kommunen nicht mehr zuzumuten, dass sie sich zwar aussuchen können, wo sie Windkraftanlagen aufstellen, dass sie sie aber nicht ablehnen oder verweigern können. Das passiert. Diese Kommunen laufen inzwischen Sturm, wenn ihnen eine solche Anlage in ihren Bereich gesetzt werden soll. Sie klagen dagegen. Sie lassen sich auch nicht mehr trösten

mit der Aussicht auf Gewerbesteuern - die nie geflossen sind, weil die Anlagen einfach abgeschrieben werden.

Zu guter Letzt hat Herr Ministerpräsident Weil hier aus dem Haus sogar niedrigere Stromkosten versprochen. Das haben hoffentlich viele gelesen und alle hier gehört. Ich frage mich, wie das in ein paar Jahren aussehen wird, wenn die Leute, die heute hier sind, einmal auf ihre Stromrechnung schauen, ob dieses Versprechen eingehalten worden ist.

(Beifall bei der AfD)

Sie möchten Verantwortung für die Arbeitsplätze in der Windenergiebranche übernehmen. Sie nennen das einen wichtigen Wirtschaftszweig. Aber wieso muss dieser Wirtschaftszweig dann, wenn er so wichtig ist, subventioniert werden? Wieso trägt er sich nicht selbst? Wieso geht es jetzt um 700 Arbeitsplätze? - Wenn das, was Sie hier realisieren wollen, auch Tatsache wird, dann geht es um sehr viel mehr. Dann geht es um unseren Industriestandort Deutschland. Dann tragen Sie die Verantwortung für die Tausenden oder Millionen Arbeitsplätze, die hier in Gefahr kommen.

Mit dieser Fake Power, die die Windkraft nun einmal ist, werden Sie keine gute Zukunft erreichen können. Sie werden nichts gewinnen und alles verlieren. Das setzen Sie aufs Spiel. Aber wir werden das im Ausschuss sicherlich ausführlich beraten können. Ihnen sind die Arbeitsplätze völlig egal.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke, Herr Kollege Wirtz. - Ebenfalls zu Wort gemeldet hat sich nun Herr Minister Lies. Bitte sehr, Herr Minister!

Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Energiewende ist ein Erfolgsmodell. Wir müssen nur dafür sorgen, dass dieses Erfolgsmodell auch kontinuierlich weiter betrieben wird. Ich will bei der Windenergie nicht das erleben, was wir bei der Photovoltaik erlebt haben und was dort viele Zehntausend Arbeitsplätze gekostet hat, und was wir bei der Offshorewindenergie erlebt haben, nämlich dass ein politischer Eingriff den kontinuierlichen Ausbau bremst. Das muss unsere Zielsetzung sein, und deswegen ist dieser Antrag auch genau richtig. Er beschreibt die Aufgabe, die vor

uns liegt, nämlich dafür zu sorgen, dass dieser Ausbau auch wirklich kontinuierlich geschieht.

Und dazu, meine Damen und Herren, bedarf es dann auch mal einer Entscheidung! Wir haben lange diskutiert - beim 100-Tage- oder 200-Tage-Gesetz oder bei der jetzt für bis zum Ende des Jahres angekündigten Entscheidung des Kabinetts -, dafür zu sorgen, dass die immer wieder geforderten Sonderausschreibungen auch erfolgen. Ich will es positiv sagen: Das, was im Moment diskutiert wird, ist auf dem richtigen Weg. Wir werden nicht pauschal große Summen in einem Jahr fordern können, sondern die Tendenz ist, dass 2019 1000 MW, 2020 1400 MW und 2021 1600 MW zusätzlich ausgeschrieben werden.

So weit, so gut! Aber 2021 würde das schon wieder enden. Deshalb muss die Erwartungshaltung sein, dass die Bundesregierung einen Ausbaupfad vorsieht, der nicht an Legislaturperioden, sondern der an die Energiewende gebunden ist. Wir brauchen einen Ausbaupfad, der mindestens bis 2025 geht und bis dahin verlässlich vorsieht, was an zusätzlichen erneuerbaren Energien - und hier meine ich gerade die Windenergie - gebaut werden kann.

Hinzu kommt: Wie sorgen wir dafür, dass nicht nur im Norden ausgebaut wird? Selbst wenn wir sehr begeistert sind, dass hier viel erneuerbare Energie entsteht, brauchen wir den Ausbau flächendeckend im Land. Im Moment ist die Überlegung, im Süden 0,3 Cent mehr zu zahlen, um den Ausbaupfad im Süden zu vergrößern. Das ist ein interessanter Ansatz, und ich glaube, das macht auch Sinn. Denn wir brauchen den Ausbau der Erneuerbaren insgesamt in Deutschland, und gerade die Windenergie spielt dabei ja nicht nur für uns im Norden eine ganz besondere Rolle.

Was wir aber auch wieder hören, ist die Debatte über den Vorrang der Erneuerbaren. Wir lösen also ein Problem, indem wir einen verlässlichen Ausbaupfad schaffen, und setzen ein neues Problem oben drauf, indem wir über die Frage des Vorrangs der Erneuerbaren sprechen.

Dass man immer wieder darüber spricht, wie man Energie im Netz intelligent nutzen kann, dass man überlegt, wie wir das in Niedersachsen machen, ob man jede Kilowattstunde ins Netz einspeisen muss oder ob man nicht mehr Windenergieanlagen bauen und das Netz effizienter damit auslasten kann, ist richtig. Es darf aber nicht der Eindruck entstehen, dass wir über die Vorrangregelung wieder dafür sorgen, dass die jetzt vorhandene Menge an

Windenergie nicht ausgebaut wird, weil es keine Investoren gibt. Was wir vielmehr brauchen, ist mehr Transparenz, wo Netzeingriffe wirklich notwendig sind und mit welchen technischen Lösungen Netzeingriffe reduziert werden können.

Ich will es an dieser Stelle noch einmal sagen: Wir müssen dafür sorgen, dass die fossilen Kraftwerke am Ende die Differenz liefern, die wir brauchen, um eine Versorgung sicherzustellen. Es geht nicht darum, dass die fossilen Kraftwerke die Grundversorgung sicherstellen und die Erneuerbaren, die wir erzeugen, nicht nutzbar sind. Das muss die Aufgabe für die nächsten Jahre sein, meine Damen und Herren.

Zweitens ist wichtig, dass deutlich wird, dass es um die Arbeitsplätze geht. Staatssekretär Lindner, der Ministerpräsident und ich haben mit den Betriebsräten von Enercon zusammengesessen, die noch einmal ihre Sorgen geschildert haben und die jetzt vor dem Problem stehen, dass diese Arbeitsplätze verloren gehen. Wenn wir den Blick nach Berlin richten, bleibt die große Sorge, dass die Entscheidungen, die von dort kommen, wieder zu einer Verzögerung führen - weil es immer länger dauert. Das heißt, der Druck, den wir im Bundesrat deutlich gemacht haben und den wir mit den Debatten hier in diesem Haus deutlich gemacht haben, ist sehr wichtig, um in Berlin dafür zu sorgen, dass jetzt auch endlich entschieden wird.

Dabei will ich es heute belassen. Die große Debatte wird sicherlich im Ausschuss stattfinden. Ich bin sehr froh, dass wir über die Frage des Ausbaupfades der Windenergie hinausgehen. Wir brauchen auch die Nutzung über Power-to-Gas, also über Technologien, um zu konvertieren. Es geht nicht nur darum, Strom durch Strom zu ersetzen, sondern auch darum, in andere Sektoren hineinzukommen. Gerade das Thema Wasserstoff spielt dabei eine große Rolle.

Ich habe vorhin gesagt, die Energiewende ist ein Erfolgsmodell. Wir sind das Windenergieland Nummer eins. Ich sage das immer wieder. Wir können auch zum *Energieland* Nummer eins werden - aber dafür reicht es halt nicht aus, nur die Erneuerbaren, nur die Windenergie auszubauen. Wir müssen auf neue Technologien setzen, wir müssen dafür sorgen, dass hier Power-to-Gasund Speichertechnologien entwickelt werden, und wir müssen dafür sorgen, dass die Industrie der Energie folgt; denn sie wird in Zukunft immer mehr auf erneuerbare Energien angewiesen sein.

Vielen Dank für den Antrag. Ich freue mich auf die Beratungen, die wir dazu führen werden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor. Die Beratung ist beendet.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Vorgeschlagen wird der Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz. Wer möchte dem so folgen? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt, zu dem

Tagesordnungspunkt 35:

Erste Beratung:

Linksextremismus als Gefahr für die Demokratie wahrnehmen und wirksam bekämpfen! -Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1855

Zur Einbringung hat sich für die Fraktion der AfD der Kollege Bothe gemeldet. Bitte sehr!

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kollegen! Am 16. Oktober stieg weißer Rauch aus der Staatskanzlei auf, und es wurde verkündet, dass die Prävention Linksextremismus stärker systematisiert und strukturell verstetigt wird - was dies nun auch immer heißt.

Trotzdem, werte Kollegen, ist es ja äußert erfreulich, dass die Landesregierung endlich auch den Linksextremismus ins Visier nimmt oder zumindest zur Kenntnis nimmt, dass es diesen gibt. Ebenso erfreulich ist es, dass hiermit eine Kernforderung der AfD im Bereich der Extremismusbekämpfung übernommen wurde. AfD wirkt - ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht.

(Beifall bei der AfD)

Doch zurück zur Ankündigung aus der Staatskanzlei. Das mediale Echo blieb erwartungsgemäß nicht aus. Die betroffenen Hunde bellten, die Welt in der linken Republik war nicht mehr in Ordnung.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Welche linke Republik denn?)

Ausgiebig zu Wort kam unsere geschätzte grüne Kollegin Frau Hamburg, und zwar in der linksextremen und bei Linksextremisten und Linksradikalen aller Couleur beliebten und berüchtigten *taz*:

(Lachen bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Was heißt denn "berüchtigt"?)

"Mehr Aufgaben, aber keine zusätzlichen Gelder". Ein politischer Beschluss "mit der falschen Botschaft zur falschen Zeit". - So werden Sie dort zitiert

(Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

- Der Beschluss, nun auch das linksextremistische Milieu unter die Lupe zu nehmen, scheint Ihnen nicht zu gefallen, Frau Hamburg.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das passiert schon längst, Herr Bothe!)

Oder wie sollen wir Ihre Worte sonst verstehen?

(Weitere Zurufe)

Ich mache mal weiter.

In der *taz* vom 17. Oktober werden Sie folgendermaßen - teils direkt, teils indirekt - wiedergegeben:

"Hamburg hält den Ansatz, Rechts- und Linksextremismus gleichzusetzen, für falsch und veraltet. 'Ich hoffte, wir wären inhaltlich weiter', sagt sie."

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Das hoffte ich auch!)

"Die Motive, warum sich Menschen für eine Form des Extremismus entschieden oder hineinrutschten, seien unter- und vielschichtig. Der Ansatz ignoriere, ... ob sich Menschen beispielsweise für die Rechte von Frauen und Homosexuelle einsetzten oder eben gegen sie. Es sei eben etwas grundlegend anderes, ob man für eine emanzipatorische oder für eine völkische Gemeinschaft kämpfe."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Hamburg, ich möchte Ihnen hier und heute ganz persönlich für diese Worte danken. Sie offenbaren nämlich, wessen Geistes Kind Sie wirklich sind.

(Zurufe: Hä? - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Dass Sie nur für mich einen

Antrag machen! - Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Für Sie gibt es verschiedene Klassen von Extremisten: die bösen rechten Extremisten und die guten linken Extremisten.

Ihre Aussagen, Frau Hamburg, zeigen drei Punkte ganz deutlich erstens, dass weder Sie persönlich noch Ihre Fraktion oder Partei gewillt sind, sich vom Linksextremismus zu distanzieren.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Hä?)

zweitens, dass nicht nur die Linkspartei sondern auch die Grünen inzwischen den Schulterschluss mit den Linksextremen vollzogen haben,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Genau! Wir lesen *taz*!)

und drittens, dass die Grünen in Regierungsverantwortung immer danach strebten, Rechte härter als linke Extremisten zu bekämpfen. Und dies mit fatalen Folgen, werte Kollegen. Denn das jahrzehntelange Stillhalten gegenüber linksextremistischen Strukturen und Milieus hat dazu geführt, dass linksextreme Gewalttaten verharmlost und kleingeredet werden.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Mitnichten! Das nehmen Sie zurück! - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Das ist sowas von verkehrt!)

Denn, Frau Hamburg, für was oder wen steht denn ein Mensch, der Steine und Brandsätze auf Polizisten wirft, Autos anzündet und Wohnviertel verwüstet, wie bei G 20 geschehen?

(Weitere Zurufe - Unruhe)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herr Kollege!

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Da ist nix bei Ihnen mit Inhalten!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre, glaube ich, sinnvoll, wenn Sie dem Redner jetzt die Aufmerksamkeit schenken, die jeder Redner hier im Hause verdient hat.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Entschuldigung! - Anja Piel [GRÜNE]: Bei dem Märchen aus seiner gefühlten Wirklichkeit!)

Herr Kollege, fahren Sie fort!

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Manchmal tut die Wahrheit eben weh.

(Beifall bei der AfD - Lachen bei den GRÜNEN)

Frau Hamburg, ich frage Sie aber hier weiter: Für was oder wen steht denn ein Mensch oder welches Ziel verfolgt dieser, wenn er Wohnfassaden mit Farbbeuteln zerstört, wenn Menschen angegriffen oder verletzt werden, nur weil sie eine andere politische Meinung haben?

Frau Hamburg, für was oder wen steht denn ein Mensch und welches Ziel verfolgt er, der eine Polizistenfamilie bedroht, wie in Hitzacker geschehen?

Zu guter Letzt frage ich Sie, Frau Hamburg: Für was stehen Sie, wenn Sie dies alles billigen?

Meine Damen und Herren, kehren wir zum Antrag und der Ankündigung der Landesregierung zurück! Der Linksextremismus ist eine große Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Dies liegt nicht nur an den Machtfantasien kommunistischer, marxistischer und sonstiger sozialistischer Gruppen, die ihre mit Millionen Toten gescheiterten Gesellschaftsexperimente wieder hoffähig machen wollen, sondern auch, werte Kollegen, an der hohen gesellschaftspolitischen und medialen Akzeptanz im linksliberalen grünen Bürgertum. Von diesem gesellschaftspolitischen Establishment werden linksextreme Gruppen, Personen und Strukturen geradezu systematisch gedeckt und geschützt. Hier gilt es anzusetzen und einzuschreiten.

Doch was passiert in der links-grünen Republik? - Der Bundespräsident bewirbt im September ein Konzert gegen rechts, bei dem die linksextreme Band "Feine Sahne Fischfilet" auftritt. Oder: Am 13. Oktober demonstrieren in Berlin SPD, Grüne und Linkspartei gemütlich zusammen mit Kommunisten, Islamisten, Antisemiten, Unterstützern von Terrororganisationen wie der PKK und natürlich Linksextremisten aller Couleur.

Das sind nur zwei Beispiele unter vielen. Empörung hier im Haus? - Fehlanzeige! Im Gegenteil: Linksextremismus und Antifa-Milieu werden als hip und cool dargestellt, und es wird geradezu ein Hype für junge Menschen erzeugt.

Und wenn SPD-Abgeordnete wie Frau Liebetruth oder Herr Kurku sich offen zur Antifa auf Fotos im Internet bekennen, nimmt das eine fatale Dynamik an

(Deniz Kurku [SPD]: Das ist eine Falschaussage!)

Man könnte den Eindruck gewinnen, gesellschaftlich relevante Kräfte links der Mitte hätten ein Interesse daran, den Linksextremismus immer mehr in die Mitte unserer Gesellschaft zu tragen.

Ebenso ist es gang und gäbe in den Städten und Ländern dieser Republik, dass linksradikale Projekte und Organisationen in den Genuss von staatlichen Fördermitteln kommen. Diese Praxis hat in den letzten 20 Jahren zahlreiche Projekte mit Bezügen zum Linksextremismus finanziell gut dargestellt - eine Finanzausstattung, die oftmals direkt in den Aufbau von Strukturen floss.

Meine Damen und Herren, G 20 hat doch eines deutlich gezeigt: Der Linksextremismus ist kein aufgebauschtes Problem. Nein, Linksextremismus ist eines der zentralen gesellschaftlichen Probleme überhaupt. Unser Staat muss hier, ebenso wie beim Rechts- und Ausländerextremismus, rigoros einschreiten und dem entgegenwirken.

Meine Damen und Herren, die letzte Landesregierung war aus ihrer eigenen Natur der Sache heraus auf dem linken Auge blind. Daher begrüßen wir als AfD ausdrücklich die Entscheidung der neuen Landesregierung, neben dem Rechtsextremismus auch den Islamismus und den Linksextremismus in ihr Präventionsprogramm gleichberechtigt mit aufzunehmen. Es muss die Pflicht unseres Staates und natürlich auch des Landes Niedersachsen sein, jede Form von Extremismus zu bekämpfen - egal ob von links, von rechts oder von religiöser Seite. Das darf hier keine Rolle spielen. Extremismus bleibt Extremismus!

Ob der Verlautbarung der Landesregierung auch Taten folgen werden, werden wir als AfD genau beobachten und dokumentieren. Unser Antrag möchte die Inhalte der Landesprogramme sinnvoll erweitern und den Kampf gegen den linken Extremismus mit Leben füllen. "Taten statt Worte" ist unsere Devise.

Lassen Sie mich abschließend eines betonen: Der Kampf gegen den Extremismus dient dem Schutz unseres Staates und unseres Staatsvolkes. Er darf aber niemals Ausdruck politischer Ränkespiele sein oder ein Kampfinstrument gegen unliebsame politische Parteien werden. Nein, der Verfassungsschutz und der Staatsschutz haben die Aufgabe, den wirklichen Feinden der Demokratie auf die Pelle zu rücken -

(Wiard Siebels [SPD]: Ja, da weiß ich, wer das sein könnte!)

stets wehrhaft und immer rechtsstaatlich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Bothe. - Eine Wortmeldung zur Kurzintervention liegt vom Kollegen Adasch vor. Bitte schön! 1:30 Minuten.

Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Bothe, ich hätte schon erwartet, dass Sie in Ihrem Wortbeitrag auf die heutige Berichterstattung der *Bild*-Zeitung und weiterer Presseorgane eingehen. Und ich bin schon erstaunt, in welcher Weise Sie sich einem so wichtigen Thema wie dem Linksextremismus annähern. Sie preisen sich unentwegt als Alternative, aber kopieren doch bei den Parteien, die die Probleme in diesem Land angeblich verschweigen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE] und Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Ach!)

Offensichtlich war eine Anfrage der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg zum Linksextremismus so gut, dass Sie sich nicht einmal die Mühe gemacht haben, die Reihenfolge der Fragen oder Zwischenüberschriften zu ändern, und diese Anfrage abgeschrieben haben.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Was? - Wiard Siebels [SPD]: So etwas nennt man ein Plagiat!)

1:1 haben Sie abgeschrieben! Und dann stellen Sie sich auf Nachfrage hin und sagen, das hätten Sie ganz bewusst gemacht! Sie haben stumpf kopiert und versuchen nun, sich wie ein Kleinkind herauszureden.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Dieses Verhalten zeigt nicht nur, dass Sie keine Alternative sind, Herr Bothe, sondern auch, dass Sie keine eigenen Ideen, keine eigenen Konzepte und keine Lust haben, den eigenen Kopf anzustrengen. Genau das unterscheidet Sie von der CDU und allen anderen Fraktionen hier im Hause.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke, Herr Kollege Adasch. - Der Kollege Bothe möchte antworten. Auch Sie haben 1:30 Minuten. Bitte schön!

(Ulrich Watermann [SPD]: Er gibt es zu, das reicht!)

Stephan Bothe (AfD):

Ja. Ich bin Ihnen sogar sehr dankbar, dass Sie das hier angesprochen haben, Herr Kollege. Es ist doch ganz klar: Ja, es gab eine Große Anfrage der CDU in Baden-Württemberg, und ich habe sie großenteils für eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung übernommen. Warum? - Weil es darum geht, einen länderübergreifenden Wissensvergleich herzustellen. Ich habe zu diesem Thema recherchiert und mir sehr wohl sehr viele Gedanken gemacht.

(Wiard Siebels [SPD]: Recherchiert und dann abgeschrieben!)

Ich bin dann darauf gekommen, dass Ihre Fraktion zu diesem Thema überhaupt keine Anfragen gestellt hat. Ich habe in dem Moment gedacht: Mensch, mit dieser Anfrage stimme ich inhaltlich voll überein! - Meine Frage ist: Warum haben Sie sie nicht gestellt?

Ich möchte Ihnen gerne ein Angebot machen: Ich ziehe diese Anfrage zurück, wenn Sie sie stellen. Damit läge die Urheberschaft wieder bei Ihnen. Sie könnten nachts wieder ruhig schlafen, und die Arbeit kann weitergemacht werden.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke, Herr Kollege Bothe. - Für die SPD-Fraktion hat sich nun der Kollege Kurku gemeldet. Bitte sehr!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt Beifall bei der CDU)

Deniz Kurku (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der AfD beinhaltet eine ganze Reihe von Punkten, die bereits jetzt Ziel eines Mix aus Ahndung, Sanktionen, aber auch Prävention sind. Ich frage mich: Worum geht es bei diesem Antrag der AfD eigentlich im Kern? Einer Fraktion, von der wir erst gestern sinngemäß gehört haben, Kultur müsse deutsch sein, um gefördert zu werden, die Meldeportale für Lehrerinnen und Lehrer fordert

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Mit Rechtsstaat hat das nichts zu tun! - Zuruf von der AfD)

und die es hier in diesem Hohen Hause fertigbringt - es wäre schön, wenn Sie mir zuhören würden -, in einem Satz, der sich auf eine Podiumsdiskussion in Delmenhorst bezogen hat, an der ich teilgenommen habe, vier Fehler unterzubringen. Da muss ich schon sagen: Hut ab!

Dass diese Fraktion sich jetzt hier hinstellt und sagt, sie habe Ideen, um die Demokratie zu stärken, gleichzeitig aber eine Anfrage der badenwürttembergischen CDU zu dem Thema abschreibt, finde ich schon mehr als speziell - das muss ich an dieser Stelle einmal sagen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Aber vielleicht können wir der ganzen Problematik des Abschreibens künftig Einhalt gebieten, indem man einfach mit Fußnoten arbeitet. Das macht man in der Wissenschaft, glaube ich, auch so.

(Zustimmung bei der SPD)

Das alles soll natürlich nicht heißen, dass man sich nicht auch kritisch mit den Formen der Landesprogramme auseinandersetzen und diese nicht diskutieren darf. Wir hier im Niedersächsischen Landtag - aber auch die Regierung - befassen uns ganz genau mit den Formen des Extremismus. Man kann diese auch unterschiedlich diskutieren und unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen. Aber eines tun wir nicht: Wir legen nicht die Hände in den Schoß, wenn es um unsere Demokratie geht das sollte Ihnen mittlerweile bekannt sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

Die Ausweitung des 2016 aufgelegten Landesprogramms - dazu hatten Sie auch schon etwas ausgeführt - umfasst ein ganzes Bündel an unbefristeten, ressortübergreifenden Maßnahmen. Hier wird jetzt auch eine stärkere Strukturalisierung vorgenommen. Dazu gehören auch der Islamismus und der Linksextremismus.

Ich habe es eingangs schon einmal gesagt: Die Fraktionen hier diskutieren nicht erst seit dieser Legislaturperiode über den richtigen Umgang mit den Formen des Extremismus. Das wird sicherlich auch weiterhin so gemacht werden. Aber eines brauchen wir dann nicht: Wir brauchen dann nicht Leute, die beispielsweise immer mit dem Argument "Die andere Seite ist aber schlimmer!" kommen. Das hilft uns an dieser Stelle nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

Extremismen haben unterschiedliche Ausprägungsformen. Und ja, es gibt auch Unterschiede in den Arten der Radikalisierung. Das zeigen unterschiedliche Erklärungsmuster. Wir brauchen auch verschiedene Präventionsmaßnahmen. Aber in einem weiteren Schritt muss dann auch die Ahndung - die Verfolgung, die Sanktionierung - auf unterschiedlichen Füßen basieren. Von daher ist es nicht so, dass man sagen kann: Da passiert nichts. - Ich verstehe Sie da überhaupt nicht.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat gerade die Zahlen vorgestellt. Im Bereich des Rechtsextremismus gibt es 1 343 Taten, linksextremistische Taten sind 580 an der Zahl, und in den Bereich der ausländischen religiösen Ideologien fallen 265 Taten.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herr Kollege Kurku, ich bitte um Entschuldigung. Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Julia Willie Hamburg?

Deniz Kurku (SPD):

Ich würde den Satz gerne noch kurz ausführen.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Bitte!

Deniz Kurku (SPD):

Eines muss aber auch ganz klar sein: Ein Ranking darf es an dieser Stelle nicht geben. Jede dieser Taten in Niedersachsen ist eine Tat zu viel.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herr Kollege, es häufen sich die Fragen. Es liegen eine Frage von Frau Hamburg und eine Frage von Herrn Henze vor. Welche lassen Sie zu? Lassen Sie beide oder keine zu?

Deniz Kurku (SPD):

Die Zeit wird doch gestoppt? - Dann lasse ich beide zu.

Ansonsten wäre es vielleicht auch förderlich, dass diejenigen, die danach vielleicht noch Fragen stellen möchten, mich zuerst einmal ausführen lassen. Danach können wir dann diskutieren.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Dann machen wir das so. - Die Kollegin Hamburg stellt jetzt ihre Frage. Bitte schön!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Danke für das Zulassen der Frage.

Vor dem Hintergrund, dass Sie gerade ausgeführt haben, dass es ganz unterschiedliche Präventionsund Interventionsansätze geben muss, frage ich Sie, warum Sie ein Landesprogramm für Rechtsund Linksextremismus und ein Landesprogramm für Islamismus machen.

(Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Deniz Kurku (SPD):

Frau Hamburg, danke für die Zwischenfrage. Ich denke aber, das wird im weiteren Verlauf meiner Rede erklärt.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Auch, wie viel Geld Sie einstellen?)

Danke erst einmal. - Herr Henze!

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Es ist schön, dass Sie mir die Arbeit abnehmen! (Heiterkeit und Beifall)

Deniz Kurku (SPD):

Ich habe Sie schon entschuldigend angeguckt. Ich bin hier noch neu. Das tut mir leid.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herr Henze, jetzt geht es los!

Stefan Henze (AfD):

Erst einmal danke, dass Sie die Frage zulassen.

Ich stelle Ihnen folgende Frage: Das Extremismusprogramm wird ja finanziell nicht besser ausgestattet, obwohl wir das Beobachtungsfeld jetzt auf Islamismus und Linksradikalismus erweitern. Wäre es aus Ihrer Sicht nicht sinnvoll, dass wir im Haushalt auch entsprechend Gelder in gleicher Höhe einstellen, d. h. die Mittel einfach verdreifachen?

(Wiard Siebels [SPD]: Darüber können wir doch im Rahmen der Haushaltsdebatten sprechen!)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herr Kollege, bitte schön!

Deniz Kurku (SPD):

Danke. - Eine ähnliche Nachfrage wurde eben schon von der Kollegin gestellt. Ich würde empfehlen, dass ich meine Rede erst zu Ende führe. Ich glaube, dann ist die Frage beantwortet.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Mir wurde das Wort erteilt. - Daher auch die unterschiedlichen Ansätze - - -

(Heiterkeit)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herr Kollege, das habe ich vorhin schon getan. Sie können nahtlos von der Beantwortung der Frage wieder in Ihre Rede übergehen. Kein Problem!

Deniz Kurku (SPD):

Wunderbar.

Daher auch die unterschiedlichen Ansätze, und das hat nichts damit zu tun, dass hier irgendjemand auf einem Auge blind ist. Eines ist dem Linksextremismus, dem Salafismus und anderen religiösen Extremismen gemein: Sie alle richten sich insgesamt gegen unsere freiheitliche demokratische Form des Zusammenlebens. Allen Anhängern sagen wir an dieser Stelle ganz deutlich, dass wir Angriffe auf unsere Demokratie nicht dulden werden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es bedarf meiner Meinung nach an dieser Stelle auch keiner vertieften Diskussion darüber, wie verachtenswert Übergriffe auf Polizisten sind. Auch über das Herumstehen vor ihren Häusern oder die Bedrohung ihrer Familien brauchen wir gar nicht zu diskutieren. Auch Ausschreitungen um den G-20-Gipfel herum und auch Brandanschläge auf Autos von AfD-Abgeordneten gehören dazu.

(Beifall bei der AfD)

- Diesen Applaus brauche ich nicht!

Sachbeschädigungen und Personenangriffe sind durch nichts zu rechtfertigen. Das muss an dieser Stelle ganz klar sein, egal von wo sie kommen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der AfD)

Gefragt ist eine konsequente Strafverfolgung. Da sind wir in Niedersachsen gut aufgestellt.

(Glocke des Präsidenten)

In einem weiteren Schritt möchte ich aber nicht nur die Strafverfolgungsbehörden, sondern auch den Minister, der das immer deutlich gemacht hat beide Minister; auch Frau Havliza als Justizministerin gehört dazu -, darum bitten, dass wir uns alle Felder gleichermaßen genau anschauen, wo was passiert, und dass wir jetzt versuchen - auch Hinblick auf die Landesprogramme -, dort entsprechend tätig zu werden.

Eines soll aber auch klar sein: Es gibt auch unheimlich viele Aussteigerprogramme. Es gibt Wohlfahrtsverbände. Viele Menschen achten auch ehrenamtlich darauf, dass Menschen nicht in diese Radikalismus-Spirale fallen. Auch dafür vielen Dank!

Mit dem Antrag verbunden ist natürlich auch die Verteilung der Mittel im Landesprogramm. Ich möchte an der Stelle auch noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Antisemitismus mit aufgenommen wird. Das ist nicht nur ein Problem des Rechtsextremismus. Antisemitismus, egal von welcher Seite er kommt, darf es in Deutschland nicht mehr geben. Das ist keine Frage.

Als Sprecher meiner Fraktion gegen Extremismus sage ich auch ganz klar: Es ist kein Geheimnis, dass ich mir weitere Mittel in allen Bereichen wünschen würde. Angesichts der Zahlen müssen wir jetzt aber auch gucken, wo, in welchem Bereich wir sie am besten einsetzen. Da warte ich diese Evaluation - die Frau Ministerin hat darauf hingewiesen - erst einmal ab. Wenn wir dieses Programm haben, bin ich auch froh, zu gucken, wie wir weitere Mittel - auch vom Bund - einwerben können. Nicht nur "Demokratie leben!" ist eine Möglichkeit, es gibt auch noch viele weitere Mittel, die hier anzusprechen sind und die wir brauchen.

Wir haben es hier mit einem brandaktuellen Thema zu tun. Ich möchte eines bitte verhindern: dass wir hier eine "Das eine mehr, das andere weniger"-Debatte führen. Wir haben Extremismusformen - das stellen uns auch alle Forscher immer wieder dar -, und diesen müssen wir entsprechend be-

gegnen. 1,4 Millionen jährlich: Da kann man lange darüber streiten, ob das zu viel oder zu wenig ist. Es ist aber der richtige Ansatz. Ich freue mich auf die Evaluation. Wir werden es nicht nur im Fachausschuss ganz, ganz eng begleiten - - -

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herr Kollege, Sie haben das richtige Stichwort "Fachausschuss" genannt. Sie sind jetzt eine Minute über der Zeit. Da ist meine Geduld normalerweise zu Ende. Letzter Satz, bitte!

(Heiterkeit)

Deniz Kurku (SPD):

Da haben Sie vollkommen recht. Ich entschuldige mich und bedanke mich bei allen für ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön. Sie können heute aber durchaus noch ein Comeback haben; denn der Kollege Rykena hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. - Bitte sehr!

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Korku, Sie haben Ihre - - -

(Wiard Siebels [SPD]: Kurku heißt er!)

- Ja, Entschuldigung!

Sie haben Ihre überraschend ausgewogene Rede leider mit einer Fehlaussage begonnen. Ich habe gestern mitnichten gesagt, nur deutsche Kultur sei förderungswürdig. Ich habe gesagt, das Erbe der deutschen Kultur sei unterrepräsentiert und solle mehr gefördert werden, als es bisher der Fall war. Das ist ein entscheidender Unterschied. Das möchte ich bitte anmerken.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Möchten Sie antworten?

(Deniz Kurku [SPD]: Nein!)

- Sie möchten nicht antworten? Ich frage ja nur. Alles klar.

Die nächste Wortmeldung: Julia Willie Hamburg, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bothe, was Sie hier ausgeführt haben, sind infame Unterstellungen, die ich auf das Entschiedenste zurückweise. Ich erwarte, dass Sie sich entschuldigen; denn Sie können sie mitnichten belegen. Uns hier so etwas vorzuwerfen, ist wirklich, wirklich falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie haben durchaus recht mit Ihrer Analyse: In Zeiten, in denen in Chemnitz Journalisten durch Straßen gejagt werden, in denen im Bauhaus Konzerte nicht stattfinden dürfen, weil ein rechter Mob Druck ausübt - wir müssen aber gar nicht über Ländergrenzen gucken -, auch in Zeiten, in denen Bürgerwehren in Südniedersachsen patrouillieren, in denen sich die rechte Szene sichtbar stärker vernetzt, aggressiver auftritt, und die Straftaten seit mehreren Jahren exorbitant ansteigen und zugenommen haben, sollten wir hier und heute - das finde ich persönlich - eigentlich eine ganz andere Debatte führen als die, die Sie uns hier aufdrücken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und ja, ich stehe auch zu meinem Wort. Ich finde, dass die Große Koalition mit ihrem Wurf, ein Landesprogramm Islamismus und ein Landesprogramm gegen Rechts- und Linksextremismus aufzulegen, die absolut falschen Zeichen zur falschen Zeit setzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Geld, das Sie nicht einstellen, bedeutet unterm Strich, dass Sie in einem der wichtigsten Präventions- und Interventionsbereiche kürzen, nämlich beim Rechtsextremismus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf nicht passieren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Tat ist auch hier Gleichmacherei eine schlechte Grundlage. Das hat Herr Kurku eben ausgeführt. Rechts- und Linksextremismus gleichzusetzen und sich hier einer Hufeisenideologie anzuschließen, um zu sagen, es gibt am rechten und linken Rand Extreme, die man gleichermaßen beseitigt oder bekämpft, ist einfach falsch. Vor diesem Hintergrund würde ich mir wünschen, dass Sie eine bessere Grundlage finden, um dieses Landesprogramm auf den Weg zu bringen, und hier keine falschen Schwerpunktsetzungen bringen, die dann nichts nützen.

Aber ich möchte auch klar sagen: Der Rechtsstaat duldet zu Recht keine Straftaten. Auch wir Grünen dulden an keiner Stelle eine Missachtung des Rechtsstaats. Egal, wer diese Straftaten begeht: Sie müssen geahndet werden, und zwar mit voller Härte des Staates.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD und bei der FDP)

Das ist eine Selbstverständlichkeit für alle Demokraten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt möchte ich Sie einmal als AfD fragen: Was passiert eigentlich derzeit aus Ihrem Antrag in Niedersachsen noch nicht,

(Zuruf von der AfD: Kein Aussteigerprogramm!)

außer vielleicht, dass wir keine Broschüren haben, wie NRW sie mal hatte - "Andi" hieß die damals -, die absolut überflüssig waren, oder andere Dinge, die andere Bundesländer schon mal eingeführt haben und die dann eingestampft wurden - Stichwort "Berlin" -, weil es schlicht keine Nachfrage für diese Angebote gibt?

(Zuruf von der AfD: Warum gibt es das noch im Bund?)

Nennen Sie mir, wo dort der Handlungsbedarf ist! Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Bereich des sogenannten Linksextremismus - politisch motivierte Kriminalität links - sind die Sicherheitsbehörden in Niedersachsen sehr gut aufgestellt. Das belegen auch alle Zahlen, die wir in Niedersachsen in Anfragen darlegen können.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Auch die Jugendhilfe und die Bildungseinrichtungen sind sehr gut aufgestellt; denn sie machen sich für gewaltfreie Konfliktlösungen stark. Sie etablieren Demokratie und vermitteln sie in ihren Einrichtungen. Hier sehen wir wenig Handlungsbedarf. Natürlich geht immer mehr. Aber die Zahlen zeigen: In Niedersachsen läuft es in diesem Bereich.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wenn Ihnen das, was in Niedersachsen bereits passiert, nicht reicht, möchte ich Sie ernsthaft fragen: Wen oder was haben Sie denn dabei im Blick?

Wen wollen Sie denn hier noch irgendwie in den - - -

(Zuruf von Stephan Bothe [AfD])

- Mich wollen Sie in den Blick nehmen, Herr Bothe? Das finde ich jetzt sehr bedenklich. Darüber denken Sie mal gut nach! Das finde ich wirklich unerhört.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Denn ich möchte nicht in alte niedersächsische Zeiten verfallen, in denen Atomkraftgegner oder Menschen, die für unsere Demokratie auf die Straße gingen, kriminalisiert wurden. Diese Gefahr sehe ich an dieser Stelle deutlich.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf nicht passieren; denn gerade in den heutigen Zeiten brauchen wir jeden Menschen, der unsere Demokratie lebt, der unsere Demokratie verteidigt.

(Zurufe von der AfD)

- Genau.

Vor diesem Hintergrund möchte ich damit schließen: Wir sollten die Zivilgesellschaft stärken und sie nicht kriminalisieren. Das wäre ein falsches Signal. Wir werden es am Ende bereuen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD und bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Henze gemeldet. Bitte schön! 1:30 Minuten.

Stefan Henze (AfD):

Ich muss sagen, Frau Hamburg, ich bin erschrocken. Als Ihnen der Kollege Bothe gerade die Frage gestellt hat: "Auch die Antifa?" - das stand im Raum -, kam von Ihnen die Antwort: Genau!

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das stimmt überhaupt nicht!)

- Wir können das Protokoll nachher auslesen lassen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Sie erfinden hier Sachen!)

- Ich erfinde nicht.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Doch!)

Außerdem rede ich. Sie können gleich mit mir reden.

Ganz kurz dazu: Sie sprechen immer wieder davon und haben das Wort "Chemnitz" gerade wieder in den Fokus genommen. Auch aus Ihren Reihen wurde ein Abgeordneter von uns angegriffen, weil er auf einer Demonstration war, wo sich auch Leute zugesellt haben, die wir da auch nicht haben wollten.

(Zurufe von der SPD)

Das war eine öffentliche Demonstration.

(Wiard Siebels [SPD]: Sie stehen in einer Reihe!)

Nachdem ich das hier im Landtag beobachtet habe, habe ich mir mal die Mühe gemacht, auszuwerten, wo sich die Herren Kollegen und Kolleginnen des Öfteren mal so zeigen, vor welchen Motiven sie teilweise stehen.

(Wiard Siebels [SPD]: Werden wir jetzt überwacht, oder wie?)

Da muss ich ganz ehrlich sagen: Wenn man solche Vorwürfe macht, dass da Leute mitmarschieren, die beobachtet werden,

(Wiard Siebels [SPD]: Mitmarschieren?)

dann kann ich auch einfach nur mal sagen: Vielleicht, wenn es eine Beobachtung nach links gibt,

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Es gibt doch bereits Beobachtungen!)

werden Sie sich dieser Situation demnächst des Öfteren stellen müssen, weil Sie mit solchen Leuten unterwegs sind.

(Zustimmung bei der AfD - Zurufe: Was sind das denn für Drohungen hier? - Unfug! - Abenteuerlich! - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Wir haben einen gut arbeitenden Verfassungsschutz!)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön, Herr Kollege. - Frau Hamburg möchte antworten. Bitte sehr! Auch 1:30 Minuten.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Was Herr Bothe dazwischengerufen hat, habe ich aufgrund der Lärmkulisse schlicht nicht gehört; denn hier war gerade Empörung, weil mich Herr Bothe kurz vorher damit bedroht hat, dass er mich in den Blick nehmen will.

(Zurufe von den AfD)

Es tut mir leid, wenn ich seine Zwischenrufe nicht mehr verstanden habe. Es war in der Tat laut. Sie sollten wissen, dass man dann nicht immer alles versteht.

Ich möchte schon gerne noch mal fragen: Wo hat sich die AfD-Fraktion in Niedersachsen davon distanziert, dass diese Menschen auf dieser Demo waren?

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP)

Wo konnte ich das lesen? Im Gegenteil, Herr Rykena wurde von Ihnen dafür abgefeiert, dass er auf dieser Demo mitgelaufen ist, und seine Selfies wurden geteilt.

(Wiard Siebels [SPD]: So ist es!)

Wenn Herr Lilienthal einen "Ein-Prozent"-Post teilt oder auch Posts von der Identitären Bewegung teilt,

(Wiard Siebels [SPD]: Genau! Genau!)

dann möchte ich doch mal sagen: Wer im Glashaus sitzt, sollte an dieser Stelle nicht mit Steinen schmeißen, sondern sollte sich mal mit sich selber beschäftigen. Ganz ehrlich, das ist unerhört!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP sowie Zustimmung bei der CDU)

Sie sagen ja immer, Sie wollen hier von uns akzeptiert und eingebunden werden. Ehrlich gesagt, solche Aktionen tragen nicht dazu bei, dass wir hier an Ihre Redlichkeit in solchen Fragen glauben. Denken Sie darüber bitte noch mal nach!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die FDP-Fraktion hat sich nun der Kollege Oetjen gemeldet. Bitte sehr!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Verehrte Kolleginnen! Verehrte Kollegen! Wir leben in einer wehrhaften Demokratie, und eine wehrhafte Demokratie darf auf keinem Auge blind sein. Sie muss gegen Menschen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung arbeiten und die freiheitliche demokratische Grundordnung verändern wollen, vorgehen. Das muss sowohl auf der rechten Seite als auch auf der linken Seite passieren. Ich glaube, alle Parteien hier in diesem Hause sollten das beherzigen und tun dies auch an dieser Stelle.

(Beifall bei der FDP, bei den GRÜ-NEN und bei der AfD)

Ich will aber deutlich machen - und bedanke mich, Frau Kollegin Hamburg, dass Sie das hier auch noch einmal so klar gesagt haben -, dass wir in keiner Art und Weise in unserer Gesellschaft dulden können, wenn gegen unseren Rechtsstaat verstoßen wird und insbesondere wenn mit Gewalt agiert wird. Dagegen müssen wir uns als Demokraten alle gemeinsam verwehren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, und hier an dieser Stelle dann sagen: Stopp, das ist mit uns nicht zu machen, das ist so in unserer Gesellschaft nicht tolerierbar!

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD)

Ich bin nicht der Meinung, dass das, was die AfD beantragt hat, nämlich ein eigenes Landesprogramm gegen links aufzulegen, an dieser Stelle notwendig ist. Ich bin durchaus der Meinung, dass der Extremismus mit einem gemeinsamen Landesprogramm, so wie die Landesregierung das auch vorsieht, bekämpft werden kann.

Ich will aber auch klar sagen: Wenn Sie das so tun, das bisherige Landesprogramm gegen rechts aufbohren und sagen: "Wir nehmen an dieser Stelle auch andere Extremismusphänomene mit ins Visier und wollen die Bekämpfung auch anderer Extremismusphänomene aus diesem Landesprogramm heraus betreiben", dann reicht es nicht aus, die Summe für das Programm bei 1,4 Millionen Euro zu belassen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Wenn Sie das Programm aufbohren und andere Extremismusbereiche aus diesem Programm heraus bekämpfen wollen, dann müssen Sie auch finanziell an dieser Stelle nachlegen. Da ist die Landesregierung jetzt in der Pflicht, tatsächlich Butter bei die Fische zu tun. Wenn Sie Extremis-

mus bekämpfen wollen, dann darf das nicht unter dem Spardiktat passieren, sondern dann muss da tatsächlich auch finanziell durch die Landesregierung nachgelegt werden.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Insofern kann ich persönlich dem Antrag der AfD nicht viel abgewinnen, weil wir das, was dort gefordert ist, nicht brauchen. Aber die Landesregierung ist gefordert, finanziell nachzulegen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir alle gemeinsam müssen aus diesem Parlament heraus gegen alle Formen des Extremismus kämpfen, und zwar gegen links wie rechts. Es darf nicht dadurch zu Kürzungen beim Kampf gegen rechts kommen, dass auch der Linksextremismus durch das Programm mit bearbeitet werden soll. Das ist mir besonders wichtig. Ich fordere Sie auch auf, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von der CDU, hier tatsächlich inhaltlich nachzulegen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Nun hat sich der Kollege Adasch von der CDU-Fraktion gemeldet. Bitte schön!

Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Kollegen aus der AfD, mit Ihrem Antrag begehen Sie den Fehler, den Sie unserer Gesellschaft häufig vorwerfen: Sie beklagen, dass Maßnahmen gegen Extremismus, vor allem gegen Extremismus von rechts, ergriffen werden. Nun rühmen Sie sich als Retter des Landes gegen Extremismus ausschließlich aus der linken Ecke.

Lassen Sie mich Ihnen sagen: Wir als CDU dulden keine Art des Extremismus, weder von links noch von rechts, noch aus irgendeiner anderen Richtung!

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Lassen Sie uns zurückgehen! Der Grund, weshalb in den vergangenen Jahrzehnten gerade ein großes Augenmerk auf dem Kampf gegen rechtsextremistische Strömungen lag, liegt sicherlich in unserer historischen Erfahrung. Das wird man in diesem Zusammenhang mit bedenken müssen,

und das wird angesichts des Ausmaßes von Leid und Schrecken, die die Herrschaft der Nationalsozialisten über dieses Land gebracht haben, auch nach über 70 Jahren hier kaum verwundern. Diese Taten sind im kollektiven Gedächtnis glücklicherweise noch immer tief verwurzelt.

Ich sage ganz deutlich: Auch linke Ideologen haben schlimmstes Leid über die Welt und auch über uns Deutsche gebracht. Auch deshalb dürfen wir selbstverständlich nicht all die Untaten verharmlosen, mit welchen Linksextremisten - getrieben von tief sitzendem Hass sowohl auf den Staat im Allgemeinen als auch auf seine Institutionen und seine Repräsentanten - ganz gravierende Straftaten begehen und damit unsere Rechtsgemeinschaft als Ganzes zu schädigen versuchen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Ebenso wie andere Extremisten, etwa Islamisten, sind sie nicht bereit, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren, sondern ihnen geht es darum, die bestehende Ordnung zu überwinden. Dies stellt einen deutlichen Angriff auf unsere Verfassung und auf unser Land dar, in welchem uns allen daran gelegen sein sollte und muss, in friedlicher Weise miteinander zu leben.

Wir sollten uns aber fragen: Ist es richtig, dass wir uns hier tatsächlich mehr mit der Frage beschäftigen, aus welcher Ecke unserer Gesellschaft verfassungsfeindliche Straf- und Gewalttaten kommen, als uns vielmehr zu überlegen, wie man solchen Angriffen sinnvoll und nachhaltig begegnen kann? Natürlich spielen die Antworten auf diese Frage eine Rolle, soweit es darum geht, Ursachenforschung zu betreiben. Was treibt die Menschen an, die bereit sind, Gewalt an anderen Menschen und deren Eigentum zu verüben? Welche geistigen Umfelder prägen sie in ihrem Denken?

Hier in diesem Hause hilft es im Kern nicht weiter, wenn man, wie Sie mit Ihrem Antrag, versucht, sich durch einseitig formulierte Anträge zu profilieren. Ihnen geht es darum, mit dieser Debatte die Gräben zu vertiefen, eine Scheindiskussion um die Frage nach rechts oder links zu führen, wo es in Wahrheit nur um eines geht: den Kampf gegen Angriffe auf unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Diese sollten wir hochhalten und schützen - ganz egal, von welcher Seite sie angegriffen wird.

Wir müssen Aufklärungsarbeit betreiben und sensibilisieren, jungen Menschen eine Perspektive geben und ihnen Möglichkeiten aufzeigen, wie sie in diesem Land etwas verändern können, ohne dabei zu den Mitteln der Gewalt zu greifen. Wir müssen uns nach dem Leitprinzip der wehrhaften Demokratie starke Sicherheitsbehörden leisten, die keine rechtsfreien Räume dulden. Auch dies ist für ein friedliches Miteinander absolut notwendig. Aber all diese Maßnahmen müssen wir eben nicht nur gegen links ergreifen, sondern auch gegen rechts, gegen islamistische oder sonst religiös motivierte Gewalt genauso wie gegen anderweitig motivierten Extremismus aus dem In- oder Ausland.

Genau diesen Ansatz verfolgt die Niedersächsische Landesregierung mit der Ausweitung ihres Landesprogramms, welches nun alle Formen des politischen und religiösen Extremismus mit einbezieht.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Sie haben doch zwei Landesprogramme!)

Eben dafür machen wir uns seit Jahren stark. Lassen Sie uns jeglicher Form extremistischer Gewalt gegen unsere demokratische Gemeinschaft mit konsequenter Stärke entgegentreten! Dies sollten wir gemeinsam und über alle politischen Lager hinweg tun, vor allem ohne Scheindiskussionen über die Frage, welche Art des Extremismus dabei zunächst vermeintlich zu kurz kommt; denn jede Art von Extremismus schädigt unser Land und unser gemeinschaftliches Miteinander. Dessen Schutz und der Schutz unserer Verfassung müssen unser gemeinsames Ziel sein.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herr Kollege, es reicht noch zu einer Zwischenfrage. Frau Kollegin Hamburg war mit ihrer Meldung noch flott dran, bevor Sie am Schlusssatz angekommen waren. Gestatten Sie eine Zwischenfrage von ihr?

Thomas Adasch (CDU):

Ja.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Bitte schön!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Adasch, für das Zulassen der Frage.

Mich interessiert, ob Sie planen, das Landesprogramm ab 2019 finanziell besser auszustatten; denn die Frage des Zukurzkommens stellt sich sonst real.

Thomas Adasch (CDU):

Ich glaube, es ist auch in anderen Wortbeiträgen deutlich geworden, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Ja?)

- Ich kann also Ja sagen. Wir beschäftigen uns natürlich mit diesem Thema.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu einer **persönlichen Bemerkung** nach § 76 der Geschäftsordnung hat sich der Kollege Kurku gemeldet.

Ich will kurz aus § 76 zitieren:

"Das Mitglied des Landtages darf in der persönlichen Bemerkung nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen es gerichtet wurden, oder eigene Ausführungen berichtigen. Es darf nicht länger als fünf Minuten sprechen."

Herr Kollege Kurku, Sie haben das Wort.

Deniz Kurku (SPD):

Herr Präsident, herzlichen Dank. - Ich habe mit mir gehadert, ob ich überhaupt auf diese Anschuldigung reagieren soll oder nicht. Aber ich merke, dass sich diese nicht nur hier in dieser Plenarsitzung fortgesetzt hat. Wenn ich nicht darauf reagiere, werden wir das Thema hier wahrscheinlich noch länger haben.

Hier wird seitens der AfD immer wieder von dieser Antifa-Flagge gesprochen.

Von daher möchte ich eines klarstellen: Es war in Kirchweyhe. Dort gab es einen sehr dramatischen Vorfall. Dort ist ein junger Mann zu Tode gekommen, Daniel S. Dazu wird häufig eine Gedenkveranstaltung seitens der Menschen vor Ort gemacht.

In diesem Jahr war es allerdings ein wenig anders, und zwar hat sich dort ein - ohne Namen zu nennen - Mann, der zu dem Zeitpunkt noch Mitarbeiter der AfD-Landtagsfraktion war - gleichzeitig war er auch Vorsitzender der Jungen Alternative und irgendwie auch noch Mitglied der Identitären Bewegung -,

(Dana Guth [AfD]: Das stimmt doch nicht!)

gemeinsam mit Rechtsextremisten und anderen zu einer Gedenkveranstaltung zusammengefunden.

Daraufhin hat sich, wie in jedem Jahr, ein relativ breites Bündnis, auch mit kirchlichen Vertretern, gewerkschaftlichen Vertretern - ganz unterschiedlich; übrigens Kirchweyhe und nicht "Kirchwehe", Herr Bothe -, zusammengefunden. Dort durfte ich als Redner - als Sprecher unserer Landtagsfraktion gegen Rechtsextremismus - fungieren. Das habe ich auch gern getan. Dort - das kann jeder in der Presse gern nachlesen - gab es irgendwo jemanden, der sich von hinten mit einer Antifa-Flagge auf dem Rücken dazugestellt hat.

Das zu meiner Nähe zum Linksextremismus. Ich denke, damit ist das ein für alle Mal ausgeräumt. Es wäre schön, wenn Sie das auch beherzigen würden.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Das war der erste Punkt.

Da ich nur fünf Minuten Redezeit habe, möchte ich noch auf einen direkt gegen mich gerichteten Angriff von gestern eingehen. Dazu zitiere ich aus dem vorläufigen Stenografischen Bericht - herzlichen Dank an den Stenografischen Dienst, dass wir Vorabauszüge so schnell bekommen können - Herrn Emden:

"Herr Kurku hat in Delmenhorst eine Veranstaltung über die AfD durchgeführt, ist aber nicht bereit gewesen, auch nur einen einziges Mitglied der AfD zuzulassen und in irgendeine Art von Dialog zu treten, sondern hat ausdrücklich verlangt, dass AfD-Mitglieder dort nicht zu erscheinen haben."

Jetzt möchte ich gerne darauf hinweisen, dass an diesem ganzen Satz eigentlich nur zwei Begriffe richtig sind, und das sind "Herr Kurku" und "Delmenhorst". Der Rest ist völlig aus dem Zusammenhang gerissen.

Ich mache es kurz:

Erstens. Die Veranstaltung wurde nicht von mir ausgerichtet, sondern die Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen, hatte eingeladen.

Zweitens. Es war keine Veranstaltung über die AfD, sondern eine Veranstaltung zum Thema "Gefährdung der Demokratie".

(Zurufe: Das war nicht falsch! - Das ist das Gleiche! - Will er dann jedes Mal eingeladen werden? - Weitere Zurufe)

- Ich würde gerne fortfahren, weil meine Redezeit weiterläuft.

Drittens. Kein einziges Mitglied der AfD wurde je ausgeschlossen. Es war eine offene Veranstaltung, zu der natürlich nicht jedes einzelne Mitglied ausdrücklich eingeladen wird, bei der aber, wie in jeder Presseverlautbarung - im Internet auch auf meinen Seiten - nachzulesen ist, jeder herzlich willkommen war.

Viertens. Dass ich irgendetwas verlangt haben soll, stimmt auch nicht.

Ich denke, damit sind die Sachen ausgeräumt, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Kurku.

(Zuruf von Klaus Wichmann [AfD])

Da ich zumindest auf dem rechten Ohr den Einwand des PGF der AfD gehört habe, der sich darüber beschwert hat, dass es sich eben im zweiten
Teil der persönlichen Bemerkung um einen Sachverhalt handelt, der zu *diesem* Punkt nicht besprochen wurde, muss ich sagen, dass das zwar zutrifft. Im ersten Teil ging es um den aktuell behandelten Punkt. Im zweiten Teil - das hat Herr Kurku
gesagt - ging es um einen Punkt von gestern. Er
konnte sich dazu aber erst jetzt zu Wort melden,
weil das Protokoll erst jetzt vorlag. Er hätte sich
auch heute noch dazu melden können.

Von daher war das korrekt, Herr Kollege. Wenn Sie das anders sehen, stehen Ihnen die entsprechenden Möglichkeiten offen, die in unserer Geschäftsordnung vorgesehen sind und die Sie sicherlich recht gut kennen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beenden jetzt die Beratung und kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Inneres und Sport sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer möchte dem so folgen? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts. Der nächste, der 12. Tagungsabschnitt ist für den 13. bis 15. November 2018 vorgesehen, also von Dienstag bis Donnerstag. Die Präsidentin wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat Beginn und Tagesordnung festlegen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende. Vergessen Sie nicht die Zeitumstellung!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 13.06 Uhr.